M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Schwerpunkt: CHINA

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU:

Mit Register!

Nr. 92 März 1981 DM 4,00

impressum
blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328 Kronenstr. 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i. Breisgau Telefon: 0761/74003. Burozeiten Mo-Fr 10-12 und 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von Julia Ballot, Roland Beckert, Birgitt Bender, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Alexander Bruder, Florence Buchmann, Georg Cremer, Dagmar Engels, Gero Erdmann, Benedikt Fehr, André Guerrini, Walter Hättig, Susanne Habicht, Stefan Helming, Hartmut Jung, Uli Kieser, Bettina Kocher, Eugen Kohm, Volker Krempin, Elisabeth Lauck, Helga Lorenz, Thomas Marx, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Wolfram Mikuteit, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du-Mont, Mariele Pelster, Horst Pöttker, Dominique Prodel, Raili Salmela, Eva Schneider, Peter Schmid, Dieter Seifried, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Georg Wacker, Gottfried Wellmer, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.) Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148239-755: Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Satz:
Composer-Satz-Service, Bonn, Tel 282619
Druck:
Soak-Druck, Hannover, Tel 176 18

Redaktionsschluß der nachsten Nummer
28. 04. 1981

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 35, (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: 25, DM).

Schweiz: SFR 35, (bzw. 25,)
Österreich: ÖS 260, (bzw. 190,)
Luftpostabonnements:
Europa: 44,60 DM (bzw 34,60)
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 52,60 DM (bzw. 42,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 59, DM (bzw. 49,)
Australien, Südpazifik: 65,40 DM (bzw. 55,40)
Einzelpreis: DM / SFR 4,- //ÖS 30,-



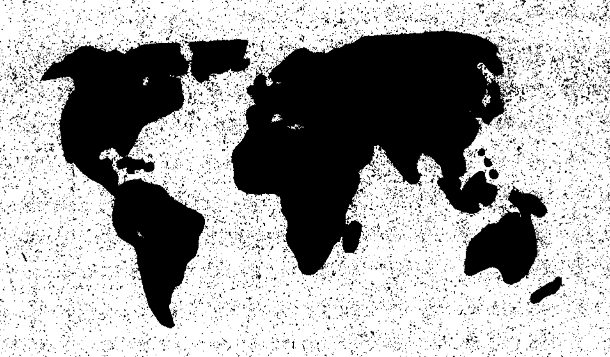
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

PERU-Perspektiven der Demokratisierung

Ergänzung zum Artikel im letzten Heft (Nr. 91):
Auf Seite 48, in der ersten Spalte sind zwei Zeilen beim Setzen verlorengegangen, dadurch ist die Information stark entstellt.
Unter der Überschrift „Perspektiven" muß der 3. Satz komplett heißen:
„Die bisher subventionierten Preise für Milch, Brot, Speiseöl und Zucker stiegen sofort um 70-100 %, die Löhne stiegen gleichzeitig nur um etwa 15 %."

bm

NACHRICHTEN UND BERICHTE



El Salvador

Das Zuckerbrot zur Peitsche

In Bezug auf den Konflikt in El Salvador ist zu der konsequenten Politik der Stärke und Hochrüstung der neuen US-Regierung eine weitere, zweite Schiene installiert worden. Sie will die Wiederherstellung der alten Ordnung, der ersehnten Grabesruhe, auf dem Verhandlungswege erreichen.
Diese für US-Präsident Reagan neue Variante außenpolitischer Einflußnahme scheint der Tatsache geschuldet, daß sowohl in den Vereinigten Staaten selbst (vgl. FR vom 9. 3. 81 und Der Spiegel 12/81) als auch im internationalen Ausland seine beängstigende Kraftmeierei auf Widerstand gestoßen ist.

Ende Februar hatte die US-Regierung eine internationale Kampagne gestartet, um sich der Loyalität ihrer Freunde und Verbündeten für ihre interventionistische Machtpolitik in El Salvador zu versichern.
Als Köder sollte die politische Platitüde herhalten, El Salvador sei – nunmehr erwiesenermaßen – von Terroristen und Kommunisten heimgesucht, werde aus den Ostblockstaaten, Kuba und Nicaragua mit Waffen überschwemmt, kurz: Es handele sich in El Salvador um einen importierten Bürgerkrieg mit dem Ziel, die Bastionen der kommunistischen Welt auch in Mittelamerika weiter auszubauen.
Auf diplomatische Weltreise wurden eigens zwei Sonderbeauftragte des State Department geschickt, um – wie es hieß – „über die US-Politik in Bezug auf El Salvador zu unterrichten". Doch die meisten wollten nicht so recht an das Reagan'sche Schreckgespenst glauben, zumal überprüfbare Belege für die unterstellten sowjet-kubanischen Waffenlieferungen bis heute fehlen. Frankreich, Dänemark, die Niederlande und andere drückten ihre Ablehnung durch „Zurückhaltung" aus, teilweise auch durch offene Parteinahme für das salvadorianische Volk. Auch in der BRD stieß Herr Eagleburger, Sonderbeauftragter für Westeuropa, nicht auf die erwartete Resonanz in der bundesdeutschen Öffentlichkeit, nicht die erwartete Unterstützung durch die Medien, um durch seine Ideologie überzeugen zu können. (1)
Scheiterte auf der einen Seite also seine Mission weitgehend, wurde sie doch in anderen Aspekten erfolgreich:
Ist doch die sogenannte Verhandlungslösung so einfach und für die liberaleren Staaten des Westens und deren Parteienspektren so viel akzeptabler!
Man spalte die Kontrahenten in drei Lager: Die rechten Terroristen, die linken Terroristen und die wahren Demokraten, deren Hauptfigur der gegenwärtige Präsident Napoleon Duarte ist. Dann teile man die linken Terroristen auf in echte und unechte, in wahre Kommunisten und arme Irregeleitete, die im Grunde ihres Herzens Demokraten sind. Man spalte so die Opposition, führe die Junta-„Demokraten" mit den Oppositions-„Demokraten" zueinander und schlage dann vereint die kommunistische Gefahr . . .

„El Salvador ist ein souveränes und unabhängiges Land!" (O-Ton State Department)

Das alles scheint zumindest das Rezept zu sein, mit dem Reagan jetzt der Welt entgegentritt.
Dabei wird allerdings großzügig über die Tatsache hinweggesehen, daß die FDR nach wie vor unzweideutig und einhellig jedes Gespräch mit der Junta ablehnt und die Kräfteverhältnisse innerhalb der Oppositionsfront darauf hindeuten, bei dieser Ablehnung auch zukünftig zu bleiben.
Deshalb ist diese anvisierte „Verhandlungslösung" wohl eher als eine propagandistische denn als pragmatische einzuschätzen.

Nichtsdestotrotz trägt dieser US-Vorschlag auch in der BRD schon Früchte. Die SPD ist nicht mehr bereit, wie sie das im Rahmen der Sozialistischen Internationale bisher tat, in der Öffentlichkeit für eine bedingungslose Unterstützung der FDR einzutreten, sondern sie spricht mit der Bundesregierung von „Verhandlungen zwischen Demokraten". Die „Demokraten" sind in diesem Falle

Presseerklärung

Die Botschaft der Republik Nicaragua gibt folgendes Kommunique der Regierung von Nicaragua bekannt:
„Die Regierung von Nicaragua sieht mit Sorge die Anschuldigungen, daß nicaraguensisches Territorium für ein angebliches Einschleusen von Waffen aus der UdSSR und anderen Ländern für die salvadoranischen Guerrillas benützt wird.
Diese Beschuldigungen werden in einem Augenblick erhoben, in dem sich der Strom von Waffen für die Armee von El Salvador wächst und sich die Repression in dieser mittelamerikanischen Nation verschärft mit all seinen Folgeerscheinungen wie Morde, Gefangene und Gefolterte.
Andererseits unterstützt die Regierung von Nicaragua die Erklärungen von politischen Führern El Salvadors, die ihr Interesse bekundeten, eine politische Lösung zu suchen, die, ohne Einmischungen irgendwelcher Art, der salvadoranischen Nation dabei hilft, eine Antwort auf die schwere Krise zu geben, in der sie gegenwärtig lebt.
Unter diesem Umständen bekräftigt die Regierung von Nicaragua ihr unveränderliches Festhalten am Prinzip der Nichtintervention und Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Länder."

auf der einen Seite der rechte Christdemokrat Napoleon Duarte, Mitglied der Mörderjunta, auf der anderen Seite der Sozialdemokrat Guillermo Ungo, Vorsitzender der FDR. (2) Verhandlungen auf dieser Ebene wurden in der BRD ernsthaft als Lösungsmöglichkeit erwogen, besonders nachdem Herr Geißler offen für eine massive Unterstützung der Mörderjunta eintrat und sich ein heftiger innenpolitischer Konflikt zwischen CDU/CSU und Bundesregierung um die El Salvador-Politik anbahnte. Als Duarte dann als Gesandter der lateinamerikanischen Christdemokraten nach Brüssel kommen wollte, wurde schon von Verhandlungen zwischen Duarte und Ungo auf bundesdeutschem Boden gemunkelt.
Krasser noch als in der BRD vollzog sich in Kanada der Wandel: Nach anfangs lautstarker Kritik an der amerikanischen El Salvador-Politik durch die Regierung Trudeau, unterstützt von vielen Demonstrationen bei Reagans Besuch in Kanada, schwenkte die kanadische Regierung innerhalb von 27 Stunden in ihrer Position um. Die amerikanischen Waffenlieferungen an El Salvador wurden nicht mehr erwähnt, die von den Amerikanern gestützte salvadorianische Junta unter Napoleon Duarte gilt plötzlich als „wahrscheinlich der beste Übergang für das Volk von El Salvador bei der Verwirklichung von Demokratie" (Bad. Ztg. 13. 3. 81). Die Kanadier erhielten dafür von Reagan Zusagen, die teilweise an erster Stelle auf der Wunschliste gegenüber den USA standen: „Luft und Wasser des kanadischen Nachbarn sollen nicht mutwillig verunreinigt werden, die Alaska-Gasleitung wird gebaut, . . an der Ostküste soll es zu keinem Fischereikrieg kommen" (Bad. Ztg. 13. 3. 81). So haben es die Amerikaner wieder einmal verstanden, die schwierigen bilateralen Beziehungen zwischen Kanada und den USA auszunutzen, Kanada wirtschaftspolitisch unter Druck zu setzen, Kritik auszuschalten und somit ein Tuch des Schweigens über die schleichende US-Intervention in El Salvador zu legen.
In ähnlicher Weise wird auf die liberalen Regierungen Mexikos, Costa Ricas und Ecuadors ökonomischer Druck ausgeübt, um sie zu disziplinieren. Der Staatschef Ecuadors gab gegenüber FDR-Vertretern zu, „unter einem nicht mehr auszuhaltenden wirtschaftlichen Druck der USA zu stehen" (IDES Nr. 26 vom 20. 2. 81). Dazu Richard Allen, außenpolitischer Berater in Lateinamerikafragen: „Keine moralische Last darf zur Dienerin der Politik werden" (ebenda).
Angesichts der Aufrüstungs- und Interventionspolitik der USA scheint allerdings für die FDR auch ein Sieg nur über die Verhandlungsebene – wenn auch unter anderen Voraussetzungen als die oben vorgegebenen – möglich.
Die Vorbedingungen Ungos, bzw. der FDR sind klar:
Er fordert von Duarte, entweder aus der Mörderjunta auszutreten und sich auf die Seite der FDR, des Volksbündnisses mit der Mehrheit der Christdemokraten, zu stellen, oder seine wirkliche Macht durch Freilassungen zu beweisen, was natürlich für Duarte nicht möglich ist, weil darüber nicht er, sondern die Militärs verfügen.
Weiterhin fordert die FDR Verhandlungen mit den USA, weil sie „nicht mit den Akrobaten, sondern mit der Zirkusdirektion sprechen" will (IDES Nr. 28 vom 6. 3. 81). Bislang weigern sich die USA, Gesprächspartner der FDR zu werden. William Dyess, Sprecher des US-Außenministeriums begründet das so: „. . . El Salvador ist ein souveränes, unabhängiges Land. Wir werden ihm nicht sagen, was es zu tun hat." (FR 5. 3. 81).



Terrorismo yanquee en acción

Wir werden in El Salvador Flagge zeigen!" (O-Ton State Department)

Was Reagan nicht sagt, wird er schon zeigen in den Hinterhöfen seiner Nation. Der Krieg der Militärs gegen das Volk wird weitergeführt, das Blutbald dauert an. „Niemand sollte den geringsten Zweifel hegen. Wir werden in El Salvador Flagge zeigen!" so ein hoher Beamter des Referats Mittelamerika im State Department (Die Zeit vom 20. 2. 81).
Die noch vor drei Monaten gestoppte Militärhilfe der USA an die Junta wurde nicht nur wieder aufgenommen, sondern inzwischen verdreifacht. „Wie der Sprecher des Außenministeriums, William Dyess, in Washington mitteilte, wird die Militärhilfe von 10,4 Millionen Dollar, die Präsident Carter am Ende seiner Amtszeit beschlossen hat, auf 35,4 Millionen Dollar erhöht. Mit der ‚Finanzspritze' sollen hauptsächlich Hubschrauber, Panzerfahrzeuge, Radaranlagen und leichte Waffen gekauft werden" (FR v. 4. 3. 81). Im Klartext heißt dies: Es werden die Waffen gekauft, die leicht beweglich sind, die im Kampf gegen Dörfer, gegen die Bevölkerung eingesetzt werden können. Es sind die Waffen einer Kriegsführung, die wir aus Vietnam kennen. Ebenfalls aus Vietnam kennen wir die „Green Barets", berühmt-berüchtigte US-Spezialeinheit im Anti-Guerilla-Kampf. 15 Angehörige dieser „Special Force" (wie ihre offizielle Bezeichnung lautet) haben den Befehl erhalten, sich von der Panama-Kanalzone aus nach El Salvador zu begeben, um „die Armee im Kampf gegen Untergrundkämpfer auszubilden" (FR vom 14. 3. 81). Weiterhin wurde die Anzahl der Militärberater von 25 auf 54 erhöht, also mehr als verdoppelt. Wie die TAZ berichtet, sind US-Berater zur Zeit dabei, „eine Sondereinheit mit dem Namen ‚Brigade Atlacatl' aufzustellen. Der Brigade sollen ungefähr 2000 ausgesuchte und spezialisierte Soldaten angehören, die ‚nach amerikanischem Vorbild in totaler Mobilität kämpfen' – so die Auskunft eines Offiziers der Nationalgarde. Sie sollen mit den neuen Hubschraubern UH–1 ‚Hueye' und mit modernen Kommunikationssystemen ausgerüstet werden, die in den letzten Wochen aus den USA geliefert wurden." (TAZ vom 19. 3. 81).
Mit der Militärhilfe wurde auch die Wirtschaftshilfe an El Salvador von 63 Millionen auf 130 Millionen Dollar aufgestockt (vgl. FR 4. 3. 81). Diese verdoppelte Wirtschaftshilfe kommt letztendlich auch den Militärs zugute. Sie können damit ihre Macht stützen und den schon in Ansätzen völkermörderischen Krieg gegen die eigene Bevölkerung fortsetzen. Die eindeutige Linie der Politik der USA kann hierbei wieder in einem Vergleich mit der Politik gegenüber Nicaragua deutlich gezogen werden. Während sie die Militär- und Wirtschaftshilfe für die Junta erhöhen, streichen sie die restliche Wirtschaftshilfe des laufenden Haushaltsjahres für Nicaragua. Diese noch ausstehende US-Hilfe war mit 15 Millionen Dollar veranschlagt, zu der auch Getreidelieferungen im Wert von 9,6 Millionen Dollar zählten.
Die schließlich Leidtragenden dieser Politik sind in beiden Fällen die Bevölkerung.

Diplomatische Offensive auf beiden Seiten

Während also seit kurzem die USA gemeinsam mit der Duarte-Junta deren Position gegenüber anderen Ländern zu verstärken suchen, mit massivem Druck und ökonomischer Erpressung, geht die diplomatische Offensive um internationale Anerkennung der FDR unvermindert weiter (vgl. „blätter" Nr. 90, 91). Ihre Aufforderung an die Sozialistische Internationale, an ihrer Stelle bei der US-Regierung zu intervenieren, scheint erfolgreich. Bernt Carlsson, Generalsekretär der SI hat sich bereits an den Vorsitzenden Willy Brandt gewandt, um ihn um die geforderten Vermittlungsgespräche zu bitten. (FR vom 3. 3. und 5. 3. 81).
Hier sollte aber vor Optimismus gewarnt werden, denn die Einflußmöglichkeiten

der Sozialistischen Internationale bzw. Willy Brandts auf die US-Regierung dürften nicht die größten sein.
Für die Solidaritätsbewegung hier in der BRD bleibt es daher wichtig, weiterhin die FDR in ihren Forderungen zu unterstützen:

– Anerkennung der FDR als einzige legitime Vertreterin des salvadorianischen Volkes durch die Bundesregierung!
– Druck der Bundesregierung auf die USA, die militärische und wirtschaftliche Hilfe für die Junta einzustellen!

Anmerkungen:
1: Dennoch war seine Reise für die US-Regierung offenbar so erfolgreich, daß er inzwischen „zum Staatssekretär für europäische Angelegenheiten im Außenministerium" (FR vom 6. 3.) ernannt wurde. Diese Tatsache weist auch auf den hohen Stellenwert El Salvadors in der US-Außenpolitik einerseits, auf die Bedeutung dieser Politik für die europäisch- bzw. deutsch-amerikanischen Beziehungen andererseits hin.
2: Im folgenden Text wird der FDR-Vorsitzende relativ häufig erwähnt. Dies spiegelt eher die Beachtung wider, die Ungo im bundesdeutschen Blätterwald erfährt, nicht aber seine Position innerhalb der FDR. Der Einfluß der Sozialdemokraten ist in der Oppositionsfront ziemlich gering. Daß dennoch einer von ihnen zum Vorsitzenden ernannt wurde, ist einem diplomatischen Opportunismus geschuldet, um den die FDR nicht herumzukommen scheint, will sie ihre internationale Anerkennung vorantreiben.

Bevölkerung flieht aus den Dörfern

(ides). Die großangelegten Aktionen der Regierungstruppen El Salvadors dauerten auch am Wochenende unvermindert an. Sie konzentrierten sich auf die Umgebung von Guazapa und Suchitoto nördlich der Hauptstadt und auf die Provinz Morazan. Ziel der Angriffe sind vor allem die Dörfer dieser Gebiete.
In Morazan, wo den Regierungstruppen der Einbruch in von der Opposition kontrolliertes Gebiet gelungen war, ist ihr Vormarsch von starken Einheiten der FMLN zum Stehen gebracht worden. Der stundenlange Beschuß der Dörfer mit Granatwerfern und durch mit Maschinengewehren ausgerüstete Hubschrauber seit nunmehr fünf Tagen hat eine neue Fluchtwelle der Bauern ausgelöst.
In dem etwa 100 qkm großen Gebiet zwischen dem Vulkan Guazapa und dem Ort Suchitoto verfolgt die Armee eine Taktik der „verbrannten Erde".
Beobachter bezeichnen die Lage der Zivilbevölkerung in Morazan und im Gebiet des Vulkans Guazapa als verzweifelt. Um den Oppositionstruppen den Rückhalt in der Bevölkerung zu nehmen, sind die Regierungsstreitkräfte offenbar bereit, ganze Landstriche zu entvölkern. Die FMLN hat das Rote Kreuz aufgerufen, ihre Vertreter in die bombardierten Gebiete zu entsenden, um der Zivilbevölkerung Schutz zu geben.
Das neuerliche Amnestieangebot von Präsident Napoleon Duarte, wies die FMLN am Wochenende über ihren Sender „Radio Venceremos" zurück. „Was bedeutet die Amnestie noch für die Dutzende von toten Kindern und Bauern, die in den letzten vier Tagen in der dauernden und mörderischen Bombardierung der Bauerndörfer in Morazan gestorben sind?" wurde in einer Erklärung der FMLN gefragt.
Unterdessen hat sich in der Hauptstadt SanSalvador in den letzten drei Tagen die Zahl der Toten, die durchschnittlich jeden Tag gefunden werden, verdoppelt. Sie wird jetzt sogar von amtlicher Seite mit 60 angegeben.

(taz)

Katholische Institutionen billigen Aufstand in El Salvador

„Aus Unterdrückung wurde Völkermord"
In einer ausführlichen Erklärung haben zehn salvadorianische katholische Institutionen den Volksaufstand in dem mittelamerikanischen Land gerechtfertigt. In dem u. a. von der Caritas El Salvador, der Konferenz der Ordensleute und der nationalen Kommission „Gerechtigkeit und Frieden" herausgegebenen Papier heißt es, die Unterzeichner wollten als Angehörige der katholischen Kirche das Volk in einem Augenblick begleiten, in dem es sich auf den Volksaufstand als letztes Mittel, den Frieden zu erreichen, vorbereitete. Fünfzig Jahre lang habe El Salvador unter sozialer, politischer und wirtschaftlicher Unterdrückung gelitten. Unter der gegenwärtigen Junta aus Militärs und Christdemokraten jedoch habe sich die Repression bis zum Völkermord verstärkt.
Aus Santa Tecla, wo die politischen Gefangenen des Landes, unter ihnen der Sohn des ehemaligen Juntamitglieds Ehrlich, inhaftiert sind, wurde gemeldet, daß Militär das Gefängnis umstellt haben. In einer aus der Haftanstalt geschmuggelten Pressemitteilung erklärten die Inhaftierten, daß sie um ihr Leben fürchten.

(epd 7. 1. 81)



SPENDENAKTION „Waffen für El Salvador"

Postscheck Berlin/West 288 59-107
Sonderkonto Bankleitzahl 100 100 10
Freunde der alternativen Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Erste Informationen zur Situation der Flüchtlinge aus El Salvador in Mexico

Laut Mitteilung der ACNUR (Alto Comisionado de Naciones Unidas para los Refugiados, Flüchtlingskommission der Vereinten Nationen) vom 17.2. in San Jose, Costa Rica befinden sich derzeit 35 000 Flüchtlinge aus El Salvador in Mexico. Hector Cuadra vom Zentrum für Probleme der III. Welt in Mexico City forderte die UNO öffentlich auf, dafür zu sorgen, daß die Länder in denen sich Flüchtlinge aus El Salvador befinden (neben Mexico sind es Costa Rica mit 7 000, Honduras mit 16 000, Nicaragua und Belize mit jeweils 4 000 und Guatemala mit 3 000), diesen Einwohnerrechte garantieren. Er fügte hinzu, daß sie bis jetzt in der Mehrzahl die Gebote der Menschlichkeit mißachten. (uno mas uno, 18.2.80)

Hinter dieser Meldung steht der Tatbestand daß sich die Salvadorianer in Mexico in größter Not befinden.

Nach Angaben von R. G.B. (ACNUR, M.C.), kommen die Flüchtlinge mit einem Touristenvisum an, das einen Monat gilt. Sie können sich sofort an ACNUR wenden und einen Antrag stellen, als politische Flüchtlinge anerkannt zu werden. Wenn sie beweisen können, daß sie in El Salvador politisch verfolgt worden sind (es genügt schon Lehrer oder Student zu sein), werden sie nach Rücksprache mit der Zentrale in Costa Rica, die die Angaben überprüft, als politische Flüchtlinge anerkannt. Sie erhalten jedoch schon vor dieser Prozedur eine einmalige Unterstützung von ca. 200 DM dazu für jedes Familienmitglied weitere 100 DM.

Wer von Costa Rica aus bestätigt wird, kann diese Unterstützung noch zweimal beantragen. ACNUR bemüht sich weiterhin den Flüchtlingen Stipendien, Arbeitsstellen und Wohnungen zu vermitteln.

Die Anerkennung als politischer Flüchtling durch die UNO ist in keiner Weise mit dem Recht verbunden, sich länger in Mexico aufzuhalten, als das Touristenvisum reicht. Mexico kennt den Status des politischen Flüchtlings nicht. Das herrschende Recht kennt nur politische oder wirtschaftliche Asylanten. Wie in aller Welt, erhält niemand aus wirtschaftlichen Gründen Asyl. Um politisches Asyl zu bekommen, muß man sehr viele Voraussetzungen erfüllen. Der Kriterienkatalog für politische Asylanten ist sehr viel enger gefaßt als der für politische Flüchtlinge der UNO.

Der Asylsuchende muß nachweisen, daß er direkt von der Regierung El Salvadors verfolgt, bzw. bedroht worden ist. Dieser Beweis ist in der Regel schwer zu führen, da es ja „nicht" die Regierung ist, die die Leute verfolgt, sondern rechtsradikale, paramilitärische Gruppen, mit denen sie angeblich nichts zu tun hat. In den meisten Fällen lehnt Mexico den Antrag auf politisches Asyl ab, stuft die Flüchtlinge als wirtschaftliche Asylsuchende ein, was bedeutet, daß sie sofort das Land verlassen müssen.

Die Mehrheit der Flüchtlinge aus El Salvador vermeidet lieber diese Prozedur und lebt illegal im Land. Sie befinden sich in ständiger Angst vor Verfolgungen von Seiten der mex. Behörden. Diese scheuen nicht davor zurück, alle Illegalen, die sie aufgreifen können, mit Lastwagen über die Grenze nach Guatemale zu deportieren. ACNUR bestätigt, daß diese Transporte sehr häufig sind. Über das Schicksal dieser Deportierten in Guatemala ist dagegen nichts zu erfahren: „Wir ahnen, daß schreckliches mit ihnen passiert."

P.S.: „uno mas uno" vom 18.11.80. Der Chef der Einwanderungsbehörde von Tijuana (Nordprovinz von Mexico an der Grenze zu den USA) wurde dieser Tage seines Postens enthoben. Es war bekannt geworden, daß unter seiner Aufsicht Bürger aus El Salvador, die über die Grenze in die USA wollten, festgenommen, erpreßt und verschleppt wurden. Seine Begründung dafür war, sie hätten die Grenze illegal überschreiten wollen.

Mexico City, 18.11.80

Rose Gauger & Martin Storz

Theologe Metz bekundet Verständnis für Gewalt

HAMBURG, 8. März (KNA). Verständnis für revolutionäre Gewalt hat der katholische Theologe Johann Baptist Metz (Münster) bekundet. Wo Menschen Gewalt anwendeten, nicht um sich zu verteidigen, sondern „um die ohnmächtig Unterdrückten nicht noch ohnmächtiger und unterdrückter werden zu lassen", werde Gewalt als Ausdruck einer „verzweifelten Form von Liebe" verstehbar, sagte Metz am Sonntag im Norddeutschen Rundfunk. Metz, der in diesem Zusammenhang von einer „revolutionären Situationsethik" sprach, meinte, wer außerhalb der revolutionären Situation stehe, solle sich davor hüten, von einem abstrakten Standpunkt aus „besserwisserisch" zu sagen, daß jede Art von Gewaltanwendung verboten sei. Die Geschichte schaffe Situationen, aus denen die Menschen nicht unschuldig herauskommen könnten.

Der als Begründer der politischen Theologie geltende katholische Fundamentaltheologe unterstrich die Zusammengehörigkeit von Politik und christlicher Religion. Ein politisch Neutraler, so Metz, wäre nie gekreuzigt worden. Dem Papst warf Metz vor, er arbeite „trotz und wegen" seiner vielen Weltreisen „eigentlich" an einer auf die europäischen Verhältnisse konzentrierten Kirche. Ein schöpferischer Austausch zwischen armen und reichen Kirchen komme nicht in Gang und dringe nicht bis nach Rom vor. Von den deutschen Bischöfen wünscht sich Metz, daß sie ihr Amt zum „Stachel" für ein risikoreiches Handeln machten.

Chile

Todesstrafe für politische Gefangene gefordert!

Ende Januar 1981 wurden in Chile Miriam Ortega Araya, Victor Ortega Araya, Carlos Garcia Herrera, Carmen Escobar Gonzalez und Rodolfo Rodriguez Moraga verhaftet. Sie werden jetzt vor einem Kriegsgericht angeklagt, Urheber fast aller Widerstandsaktionen des letzten Jahres zu sein. Der Innenminister fordert für sie die Todesstrafe! Mit diesen willkürlichen Anklagen versucht die chilenische Militärdiktatur den Widerstand des chilenischen Volkes auf fünf Personen zu reduzieren.
(Die oppositionellen Kräfte in Chile sind in letzter Zeit stärker geworden. Man verliert allmählich die Angst vor dem Militärregime. Beispiele dafür sind die zahlreichen Enteignungen von Nahrungsmitteln und deren Verteilung in Elendsvierteln, Straßendemonstrationen, Landbesetzungen, Banküberfälle und Anschläge auf Statussymbole der Diktatur).
Die COORDINACION SOLIDARIDAD EUROPEA CON CHILE fordert die Öffentlichkeit auf, sich massiv für die Abschaffung der Todesstrafe und für die Rettung des Lebens der Verhafteten einzusetzen, durch Protesttelegramme und Briefe an die Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen. Außerdem ist es sinnvoll, Protestbriefe oder Telegramme an die chilenischen Massenmedien zu schicken, da es schon mehrmals vorgekommen ist, daß christdemokratisch beeinflußte Radiosender oder Zeitungen über solche Protestaktionen berichtet haben. (Textvorschläge und Adressen siehe unten).

Unter der Überschrift: „Alles aufgeklärt?" berichtet die chilenische christdemokratische Wochenzeitschrift „hoy" über den Fall:
„In einer spektakulären Pressekonferenz, Pressekonferenzen des Geheimdiensts gab es bisher wenige, gab der Geheimdienst CNI am 18. Februar bekannt, daß er fünf mutmaßliche MIR-Mitglieder (Bewegung der Revolutionären Linken) der Militärstaatsanwaltschaft übergeben habe, unter der Anklage, die meisten der Attentate des vergangenen Jahres begangen zu haben. Die schwerwiegendste Beschuldigung war, am 15. 7. 1980 den Oberstleutnant Roger Vergara (Chef der Geheimdienstschule) umgebracht zu haben . . . (Es folgen die Namen der Beschuldigten). Der Gruppe wird außerdem die Beteiligung an sieben Morden vorgeworfen, wovon sechs bei bewaffneten Raubüberfällen begangen wurden und einer beim Attentat auf die „Flamme der Freiheit". Nach Angaben der Sicherheitsdienste haben die fünf eine Zelle gebildet, deren Chef Carlos Garcia Herrera war, der vermutlich Mitglied der bewaffneten Einheiten des MIR ist. Garcia Herrera soll an vier von fünf Banküberfällen teilgenommen haben, am Überfall auf ‚Elevap', den Supermarkt ‚Agas' und eine Filiale von ‚Chiletabacos', an dem fehlgeschlagenen Attentat in der Calle Rancagua, an der Sprengung der Hochspannungsmasten in Calera de Tango, einem Angriff auf eine Kaserne der Kriminalpolizei und zwei Angriffen auf Kasernen des Geheimdienstes CNI. Für diesen letzten Punkt gibt es keine offizielle Anklage.
Als Zelle haben die fünf an dem Attentat in der Calle Rancagua, der Sprengung der Hochspannungsmasten, dem Überfall auf eine Bankfiliale in Cerrillos und am gleichzeitigen Überfall auf drei Bankfilialen an der Ecke Macul/Irrarazabal teilgenommen.

Nach der Version der Sicherheitsdienste konnte medizinisches Gerät, Uniformen der Streitkräfte, Sprengstoff und einige Waffen sichergestellt werden.
Der CNI erklärte, daß drei der fünf eine militärische Ausbildung in Punto Cero, einem Guerillacamp in Camagüey, Cuba, erhalten hätten. Sie seien heimlich wieder nach Chile eingereist, wobei sie falsche Ausweise benutzt hätten.
Carlos Garcia und seine Freundin Carmen Escobar wurden am 24. Januar 1981 zusammen mit ihrer 16 Monate alten Tochter festgenommen. Das Baby blieb elf Tage in der Gewalt des CNI. 1) Der vierjährige Sohn des Paares befand sich zu diesem Zeitpunkt bei der Großmutter. Carmen Escobars Bruder, Guillermo Escobar Gonzalez, wurde am 29. Januar festgenommen und ist noch nicht den Justizbehörden überstellt worden, obwohl ein entsprechender Antrag vorliegt und obwohl der gesetzlich festgelegte Zeitraum von zwanzig Tagen schon vorbei ist, während derer der Geheimdienst einen Gefangenen in seiner Gewalt behalten darf 2).
Maria Luisa Gonzalez, die Mutter von Carmen Escobar Gonzalez, erklärte gegenüber „hoy", daß das Paar in sehr ärmlichen Verhältnissen gelebt habe: „Ich kann Ihnen sagen, und die Nachbarn können das bestätigen, daß sie sehr oft zu mir gekommen sind, weil es bei mir immer etwas zu essen gab." Sie sagt, daß die beiden zumindest an einem der ihnen vorgeworfenen Verbrechen mit Sicherheit unschuldig sind, als die Hochspannungsmasten gesprengt wurden, habe sie selbst zusammen mit den beiden ferngesehen. Sie kann auch zu anderen Fällen aussagen: Als der Supermarkt ‚Agas' überfallen wurde (November 1979), arbeitete Carlos Garcia bei einem Busunternehmen, und Anfang 1980, als zwei der ihr vorgeworfenen Überfälle verübt wurden, lag Carmen Escobar wegen der Folgen eines Kaiserschnitts bei der Geburt ihrer Tochter im Krankenhaus Barros Luco . . . Der CNI erklärte, daß durch die Festnahme dieser Personen zwar verschiedene Straftaten aufgeklärt werden konnten, daß dies aber nicht der Kern der Subversion sei. Er erklärte weiter, zwei andere „mit Sicherheit" beteiligte Frauen seien noch flüchtig. Die Antwort auf die Frage nach Andres Pascal Allende (Generalsekretär des MIR, der in Chile im Untergrund lebt) war dürftig: „Das ist sehr schwierig zu beantworten, sehr schwierig" . . ."

1) Mit der Drohung, die Kinder zu foltern, werden die Eltern unter Druck gesetzt.
2) Während dieser 20 Tage werden die Leute vom CNI gefoltert. Da sie an geheimen Orten gefangengehalten werden, kann dies vollkommen unkontrolliert geschehen. Wenn die Gefangenen der Justiz überstellt sind, wird ihr Haftort publik und sie genießen dadurch einen gewissen Schutz vor physischer Folter. Allerdings kann der CNI sie auch aus den normalen Gefängnissen wieder abholen.

Adressen, an die man schreiben kann:

Revista „hoy"
Monsenor Miller 74
Santiago
CHILE

→

Senores Departamento de Prensa
Diario La Tercera
Santiago
CHILE

Director Radio Chilena
Santiago
CHILE

Textvorschlag für einen Brief an chilenische Zeitungen und Radiostationen:

Carta abierta a la Primera Fiscalia Militar y al publico chileno
Hemos sido informados que cinco personas fueron detenidos y acusados por „la mayoria de los crimenes terroristas que se comentieron en Chile durante el año 1980". Son procesados por una fiscalia militar. Sus nombres son: Miriam Ortega Araya, Victor Ortega Araya, Carlos Garcia Herrera, Carmen Escobar Gonzalez y Rodolfo Rodriguez Moraga. Fueron detenidos el 24 de enero. Junto a Carmen Escobar fue detenida su hija de 16 meses, y durante 11 dias permanecio en manos del CNI. Ahora el Ministro del Interior ha pedido la pena de muerte para todos los cinco acusados.
Exigimos: Que no se dictamine la pena de muerte para los cinco detenidos. Abolicion de la pena de muerte en Chile!

(Offener Brief an die Staatsanwaltschaft und die chilenische Öffentlichkeit
Wir haben die Nachricht erhalten, daß fünf Personen wegen „der meisten terroristischen Verbrechen, die während des Jahres 1980 in Chile begangen wurden" angeklagt und vor ein Kriegsgericht gestellt worden sind. Ihre Namen sind: . . . Sie wurden am 24. Januar festgenommen, wobei zusammen mit Carmen Escobar ihr 16 Monate altes Baby verhaftet wurde und 11 Tage in der Gewalt des CNI blieb. Inzwischen hat der Innenminister im Prozeß die Todesstrafe für alle fünf Angeklagten gefordert. Wir fordern:
Keine Todesurteile für die fünf Verhafteten. Abschaffung der Todesstrafe in Chile!)

Telegrammtextvorschlag (Adresse: Vereinte Nationen, Menschenrechtskommission, Palast der Nationen, CH–1211, Genf, Schweiz):

Exigimos intervencion por abolicion pena de muerte en Chile y por la vida de los 5 detenidos. (Wir fordern Intervention für die Abschaffung der Todesstrafe in Chile und für das Leben der 5 Verhafteten).

cn

BRASILIEN

Metaller wegen Streik verurteilt

Am 1. April 1980 traten die Metallarbeiter der Industrieregion Sao Bernardo für 41 Tage in den Streik (in den „blättern" Nr. 87, August 1980, haben wir ausführlich über diesen Streik berichtet). Sie forderten höhere Löhne und das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung in den Betrieben.
Ein brasilianisches Militärgericht hat nun am 25. Februar 1981 elf Führer dieses Streiks, darunter den international bekannten Luis Inacio da Silva („Lula"), wegen Verstoßes gegen die nationale Sicherheit zu Haftstrafen zwischen zwei und dreieinhalb Jahren verurteilt. Sie wurden für schuldig befunden, für einen verbotenen Streik eingetreten zu sein und dadurch zum „Rechtsbruch" aufgewiegelt zu haben. Die brasilianischen Gesetze sehen in solchen Fällen Haftstrafen bis zu 12 Jahren vor. Zwei der 13 Angeklagten wurden freigelassen.
Für den Prozeß wurden außerordentlich scharfe Sicherheitsvorkehrungen getroffen. Die Auslandspresse wurde nicht zugelassen. Ein Verwandter je Angeklagter und 15 Inlandsjuristen durften dem Prozeß beiwohnen. Die Angeklagten hatten sich aus diesem Grunde geweigert, im Gerichtssaal zu erscheinen. Auch die Vertrauensanwälte der Angeklagten hatten den Prozeß mit der Begründung boykottiert, es werde mit gezinkten Karten gespielt. Das Gericht hatte daraufhin Pflichtverteidiger bestimmt.
Der 35jährige „Lula" ist der ehemalige Präsident der Metallergewerkschaft von Sao Bernardo, dem wichtigsten Industriegebiet von Sao Paulo, und ein Führer der im vergangenen Jahr gegründeten Arbeiterpartei. Der von der katholischen Kirche unterstützte Streik hatte im April/Mai die gesamte brasilianische Automobilindustrie lahmgelegt. Die Verurteilung ist nicht nur als Schlag gegen die Streikbewegung der brasilianischen Metallarbeiter zu sehen, sondern richtet sich insgesamt gegen die Gewerkschaftsbewegung und die erwähnte Arbeiterpartei. Die Gewerkschaftsbewegung in Sao Paulo, dem Industrie- und Wirtschaftszentrum des Landes, hatte beim Kampf um die Rückgewinnung politischer und gewerkschaftlicher Rechte in Brasilien nationale Bedeutung. Sie hatte sich gegen staatliche Interventionen in den Gewerkschaften gestellt und auf Verhaftungen von Gewerkschaftlern in anderen Landesteilen mit Solidaritätsstreiks reagiert.
Ein Arbeitsgericht hatte den Ausstand damals für illegal erklärt, daraufhin hatte das Arbeitsministerium „Lula" und die anderen Gewerkschafter ihrer Ämter enthoben. Sie standen jedoch weiter an der Spitze der Streikbewegung.
Das jetzige Urteil des Militärgerichts fiel kurz vor Beginn neuer Lohnverhandlungen der Metallarbeiter im Bundesstaat Sao Paulo (TAZ 27.2. 81)
Die Christliche Arbeiterjugend der Erzdiözese Freiburg (CAJ, Okenstr. 15, 7800 Freiburg, 0761/57024) führt eine Unterschriftenaktion zur Unterstützung der Metall-gewerkschafter durch.
Der Text ihres Schreibens (von uns wegen der kürzlich erfolgten Verurteilung aktualisiert) an das Bundeskanzleramt, Postfach, 53 Bonn lautet:
Betr.: Metallarbeiterstreik in Brasilien – Anklage nach dem Gesetz für nationale Sicherheit

Hiermit drücke ich meine Solidarität mit den angeklagten bzw. verurteilten brasilianischen Gewerkschaftern aus: Luis Inacio da Silva, Severino Alves da Silva, Djalma de Souza Bom, Devanir Ribeiro, Expedito Soares Batista, Rubens Teodoro de Arruda, Gilson Luis Correa de Menezes, Jose Venancio de Soza Luz, Jao Batista dos Santos, Emilson Simoes de Moura, Osmar Santos de Mendonca, Juracy Batista Magalhaes, Jose Maria de Almeida.
Die Forderungen, die die oben genannten Personen gestellt haben, sind unter anderem folgende: Lohnerhöhungen, Einführung der 40-Stunden-Woche und Beteiligung an den Betriebsentscheidungen. Ich will hiermit meine uneingeschränkte Unterstützung für den Kampf dieser Arbeiter zum Ausdruck bringen. Ich bestehe darauf, daß die Anklagen bzw. Verurteilungen gegen sie unverzüglich zurückgenommen werden. Aus meiner Sicht stellen die Forderungen der Arbeiter in keiner Hinsicht eine Gefahr für die nationale Sicherheit dar, wie ihnen von offizieller Seite vorgeworfen wird.
Hochachtungsvoll...

Die portugiesische Übersetzung dieses Briefes, die an den Supremo Tribunal Federal, Praca dos Tres Poderes, 70.000 Brasilia und Präsident B. Figueiredo, Palacio do Planalto, Praca dos Tres Poderes, 70.000 Brasilia DF geschickt werden soll, lautet folgendermaßen:

Com respeito a greve dos metalurgicos Desejo expressar a minha solidariedade para com os seguintes membros do sindicato (es folgen die Namen, s.o.). Referente as exigencias das pessoas acima citadas, exigencias como: aumento de salario, semana de trbalho de 40 horas e participaçao nas decisoes tomadas dentro da fabrica. Quero aqui tamem expressar o meu total apoio a luta destes trabalhadores e exigir que as acusaçoes que sobre eles pesam sejam imediatamente retiradas. Ao meu ver, as exigencias dos trabalhadores nao colocam de forma alguma a Seguranca Nacional em perigo, conforme e alegado pelos Senhores. Atenciosamente...

bm

BRD-Waffenexporte

Die Exportoffensive rollt weiter

Die Diskussion über die Lieferung deutscher Panzer nach Saudi-Arabien und damit den endgültigen Abschied von dem ohnehin durchlöcherten Prinzip, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, dauert weiterhin an. (siehe Deutsche Panzer nach Saudi-Arabien?, blätter des iz3w Nr. 91, S. 3 f.). Vor der offiziellen Entscheidung soll die SPD-interne Diskussion über die Grundsätze des Rüstungsexports abgewartet werden. Die Bundesregierung ist für das Exportgeschäft: Das Wirtschaftsministerium hat sich stets für eine weitflächige Genehmigungspraxis ausgesprochen. Der Außenminister hat Saudi-Arabien vom Makel befreit, ein Spannungsgebiet zu sein und damit das juristische Exporthindernis beseitigt. Bundeskanzler Schmidt hat in mehreren Interviews sowie in einer Rede vor dem Bundestag die Bedeutung Saudi-Arabiens für die westdeutsche Ölversorgung, seine Rolle bei der Dämpfung der Preissteigerungen für Öl sowie als Gläubiger zahlreicher Länder hervorgehoben.
Wohl ein Versuch, den Waffenexport als geringeres Übel schmackhaft zu machen, ist in der Erinnerung Schmidts an Überlegungen zur Entsendung westdeutscher Soldaten an den Persischen Golf zu sehen (FR 31.1.1981). Auf den Vorwurf, moralische Grundsätze energiewirtschaftlichen Interessen zu opfern, verwies Schmidt auf die moralische Pflicht zur Sicherung der Ölversorgung (Kölner Stadtanzeiger 18.2.81). Schmidt fährt Ende April nach Saudi-Arabien. Allerdings sind die innerparlamentarischen Kritiker noch nicht plattgebügelt. Zu ihnen gehören Abgeordnete im linken Spektrum, die jede Ausweitung der Rüstungsexporte ablehnen, sowie Abgeordnete, die mit Rücksicht auf Israel speziell gegen den zur Diskussion stehenden Handel mit Saudi-Arabien eintreten. Daß diese beiden Gruppen zusammen zahlenmäßig relativ bedeutend sind, ist der Äußerung Wehners zu entnehmen, er glaube nicht an einen allmählichen Meinungswandel der SPD-Fraktion zugunsten der Waffenlieferung an Saudi-Arabien (FR 18.2.81). Allerdings benötigt die Bundesregierung für die Genehmigung des Exports keine Zustimmung des Parlaments. Wie die Bundesregierung letztlich entscheiden wird, ist gegenwärtig schwer abzusehen.

Völlig offensichtlich ist, daß der Panzerlieferung nach Saudi-Arabien weitere Lieferungen folgen werden. Ersatzteile, wohl auch Nachfolgemodelle würden später geliefert. Bei Waffenlieferungen dieser Größenordnung wäre die Entsendung von Wartungspersonal, möglicherweise auch Militärberatern, eine Frage der Zeit. (Vorwärts 12.2.81; Wirtschaftswoche 6.2.81).
Die Londoner Regierung hat bereits bei der Bundesregierung wegen einer Exportgenehmigung für das Kampfflugzeug Tornado, das gemeinsam von Großbritannien, der BRD und Italien gebaut wird, angefragt (Südd. Zeitung 23.2.81). Obwohl Saudi-Arabien Absichten dementierte, den Tornado – Presseberichte sprachen von 200 Stück – zu kaufen, befaßte sich das Bundeskabinett mit der britischen Anfrage (Südd. Zeitung, 24.2.1981; Die Neue 25.2.1981).
Nach der Panzerlieferung an Saudi-Arabien wäre Bonn mit dem Wunsch Israels nach Waffenlieferungen konfrontiert. Sowohl der Oppositionsführer Peres, der gute Aussichten hat, aus den vorgezogenen Wahlen als neuer israelischer Regierungschef hervorzugehen, als auch ein Mitglied der israelischen Regierungsfraktion Likud haben entsprechende Forderungen für den Fall angekündigt, daß der Handel mit Saudi-Arabien perfekt wird (FR 29.1.1981; NZZ 15.1.81). Es kann als sicher gelten, daß Bonn auch diesem Waffenexportwunsch nachkommen würde.
Aber auch andere Länder würden offener und verstärkt westdeutsche Waffen anfordern, wenn mit der Lieferung nach Saudi-Arabien die einstmals restriktiv formulierten Bedingungen des Rüstungsexports endgültig gefallen sind. Bereits jetzt haben die Thyssen-Henschelwerke einen formellen Antrag auf Freigabe eines Panzergeschäfts mit Malaysia im Wert von mehreren hundert Millionen DM gestellt. Zudem möchte Malaysia 500 gepanzerte Fahrzeuge des Typs Condor kaufen, der „Sonderwagen" von Bundesgrenzschutz und Polizei ähnelt. Für diese Panzerwagen, deren Bestimmung in der Unterdrückung innerer Widerstandsaktionen zu sehen ist, ist lediglich eine Exportlizenz nach dem Außenwirtschaftsgesetz nötig, da diese Fahrzeuge nicht als Kriegswaffen deklariert sind und somit nicht unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen. (Südd. Zeitung, 25.2.1981).

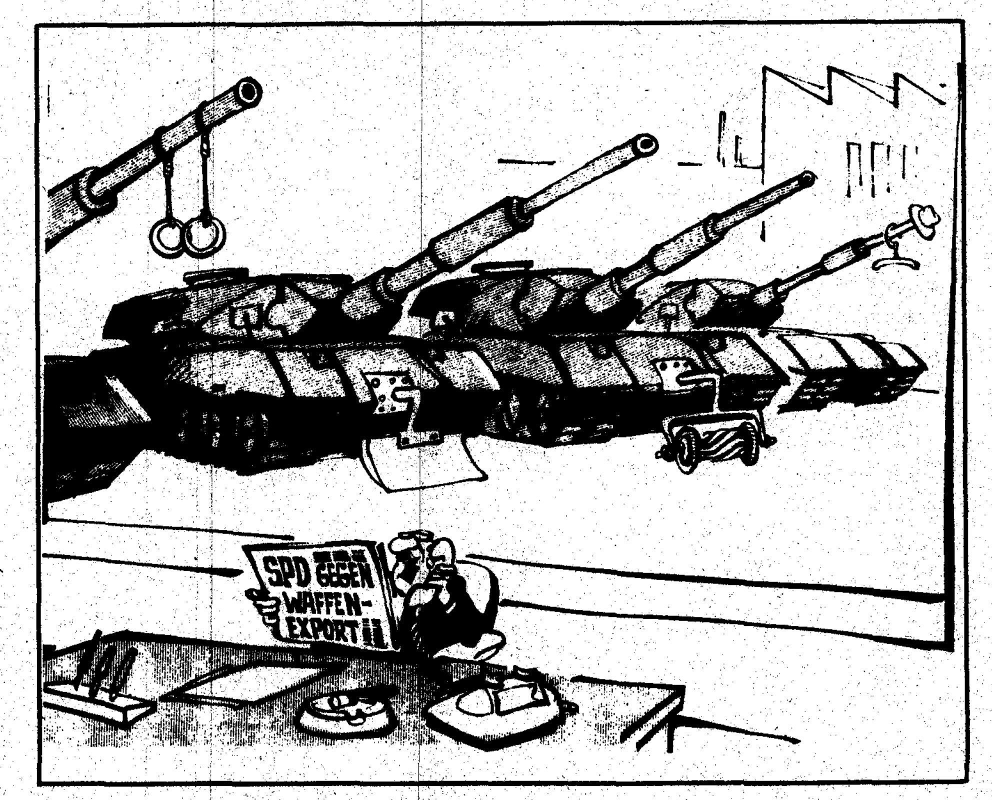
Mittlerweile hat sich die Rüstungsindustrie auch öffentlich in die Auseinandersetzung eingeschaltet. Die Manager Bär (Rheinmetall Berlin AG) und Horst (Messerschmitt-Bölkow-Blohm) fordern eine kontinuierliche Auslastung der Forschungs- und Fertigungskapazitäten durch Exportaufträge. MBB-Horst empfiehlt den Einsatz der Ersatzteillieferungen als außenpolitisches Erpressungsmittel: „Wartung und Ersatzteile sind für die Abnehmerländer so wichtig, daß man Einfluß auf sie nehmen kann, sobald sie Produkte der Wehrtechnik erhalten haben. Ich erinnere an die



frühere Abhängigkeit Ägyptens von der Sowjetunion". Auch er versucht, Waffenexporte durch Koppelgeschäfte, etwa der gleichzeitigen Lieferung von Stahlwerken und Raffinerieanlagen schmackhaft zu machen. Natürlich fehlt es auch der Rüstungsindustrie nicht an hochethischen Begründungen für ihren Exportvorstoß. Manager Bär beruft sich auf angebliche Ergebnisse der Friedensforschung: „Wehrtechnische Exporte wurden aus dem friedenspolitischen Imperativ des Grundgesetzes überzeugend begründet." (Wirtschaftswoche, 6.2.81, S. 38). Der Vorstandsvorsitzende des Leopard - 2 - Produzenten Kraus-Maffei, Griesmeier, teilte in einer Stellungnahme mit, daß seine Firma derzeit sieben Leopard-2-Panzer pro Monat baut, Ende dieses Jahres monatlich 20 bauen wird aber ohne weiteres eine Monatskapazität von 50 Stück erreichen könnte (Wirtschaftswoche, 6.2.81, S. 36). Im Klartext: Der Rüstungskonzern hat bereits weit über die Nachfrage der Bundeswehr hinausgehende Kapazitäten geschaffen; diese sollen durch eine Exportoffensive ausgelastet werden.

Erfreulicherweise hat sich der IG Metall-Vorsitzende Loderer in mehreren Stellungnahmen entschieden gegen eine Ausweitung der westdeutschen Rüstungsexporte ausgesprochen. Loderer wirft den Betreibern der Exportoffensive vor, das Arbeitsplatzargument systematisch hochgespielt zu haben. Er schätzt die Zahl exportabhängiger Arbeitsplätze im Rüstungsbereich auf etwa 30.000; selbst eine Verdoppelung der westdeutschen Rüstungsexporte würde – auf Kosten von Arbeitsplätzen in anderen Ländern – nur (allenfalls) weitere 30 000 Arbeitsplätze bringen (Wirtschaftswoche, 6.2. 81, S. 42 f.); keine 3 % der heutigen Arbeitslosen würden also eine Arbeit finden. Wer also, so läßt sich Loderers Argumentation fortführen, aus Gründen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für Rüstungsexporte eintritt, will die Existenzängste der Beschäftigten für andere Interessen mobilisieren; wer aber das arbeitsmarktpolitische Argument ernst meint, muß damit auch eine massive, beispiellose Ausweitung der Rüstungsexporte, ein Hineinwachsen der BRD in US-amerikanische Dimensionen verbinden. Der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Bundestagsausschuß, Abelein, hat empfohlen, zur Sicherung vieler Arbeitsplätze zivile Kapazitäten im Maschinen- und Fahrzeugbau für verstärkte Rüstungsproduktion zu nutzen (FR. 2.2.81). Wir müssen hier anerkennen, daß dieser Unionspolitiker bereit ist, aus der Geschichte zu lernen; schließlich konnte auch nach 1933 die Arbeitslosigkeit auf gleiche Weise wirksam bekämpft werden.
Loderer fordert zur Sicherung rüstungsabhängiger Arbeitsplätze eine längerfristige Planung und Verstetigung der Beschaffungsprogramme für Rüstungsgüter, um somit Überkapazitäten zu vermeiden, staatliche Auflagen zur Erhaltung und Erhöhung des Anteils ziviler Produktion sowie die schrittweise Umstellung von militärischer auf zivile Produktion (Interview in Wirtschaftswoche, 6.2.81, S. 42 f.). Nach einem Bericht der Gewerkschaftszeitung „metall" haben auf der Werft von Blohm und Voss, auf der Panzerwannen für den Leopard-2, Fregatten für die Bundesmarine sowie Kriegsschiffe für Argentinien und Nigeria gebaut werden, 350 Vertrauensleute der IG Metall mit einstimmigem Beschluß einen „Arbeitskreis alternative Fertigung" ins Leben gerufen, um die Umrüstung auf zivile Produktionsgüter voranzutreiben (FR 13.2.81).

Überaus weit verbreitet in der gegenwärtigen Diskussion ist die Position, zur Entscheidung stünde die Beibehaltung einer restriktiven Waffenexportpolitik. Verantwortlich hierfür sind einerseits die Beteuerungen der Bundesregierung, sie behalte „ihre unverändert restriktive Haltung zum Rüstungsexport" bei (so im Weißbuch 1979); die lauten Klagen der Rüstungsindustrie wirken andererseits in die gleiche Richtung. Eine Studie zweier Friedensforscher (M. Brzoska u. H. Wulf: Offensive im Rüstungsexport in: Studiengruppe Militärpolitik: Aufrüsten, um abzurüsten?, Sept. 1980, rororo 4717) zeigt erneut, daß die Exportoffensive auf vollen Touren läuft. Eine Liste aller Empfänger bekanntgewordener westdeutscher Rüstungsgüter führt 71 Dritte - Welt - Länder auf. Von diesen 71 Ländern waren 41 an einem oder mehreren Kriegen nach 1945 beteiligt. „Die Wahrscheinlichkeit, daß Waffen und anderes militärisches Gerät aus der Bundesrepublik bei Konflikten eingesetzt werden, ist hoch." Zwei Begründungen für die jeweiligen Exportgenehmigungen sind bei der Bundesregierung besonders beliebt: Werden Waffen wie U-Boote oder Fregatten geliefert, so wird die Genehmigung mit dem Hinweis gerechtfertigt, diese seien nicht bei der Unterdrückung von Straßenkämpfen einsetzbar; werden aber Handfeuerwaffen, Munition und nicht schweres Gerät geliefert, also Rüstungsgüter, die bei der Unterdrückung inneren Widerstandes dringend gebraucht werden, so dürfen wir uns des Hinweises erfreuen, dieses Gerät sei für den Angriff auf ein Nachbarland nur wenig geeignet.
Ein Nachtrag, in dem die Autoren der Studie den westdeutschen Rüstungsexport 1980/81 erfassen, zeigt ebenfalls wieweit die Exportoffensive bereits gediehen ist. Verhandelt wird neben dem Geschäft mit Saudi-Arabien und den bereits erwähnten gepanzerten Fahrzeugen nach Malaysia auch über die Lieferung von vier (?) U-Booten an Indien. Vor dem Iran-Irak-Krieg wurden Verhandlungen mit dem Irak wegen der Lieferung von Alpha-Jet Trainings- und Erdkampfflugzeugen aufgenommen. Ungesicherte Informationen sprechen von Verhandlungen über die Lieferung von Militärlastkraftwagen an Syrien und Libyen. Umfangreiche Bestellungen sind bei der westdeutschen Rüstungs-



„Aber Schneepflüge, Turngeräte und Rasenmäher dürfen wir doch liefern, Herr Bundeskanzler?"

industrie eingegangen: Libyen soll 200 (?) Nachbauten des Leopard - 1 - Panzers erhalten, Brasilien will Know-how im Marinebereich, der Irak hat eine unbekannte Anzahl von Transall-Maschinen bestellt, Marokko, weiterhin im Krieg mit der westsaharischen Befreiungsfront, hat 10 Transportflugzeuge bestellt. 20 Kriegsschiffe sind aus der Dritten Welt bei Deutschen Werften in Auftrag: zwei U-Boote für Chile, Schnellboote für Abu Dhabi und Kuweit, Korvetten für Kolumbien. Lieferungen an Südafrika sind 1980 bekannt geworden: Südafrika erhielt ein als Forschungsschiff deklariertes Wachboot, eine Munitionsfüllanlage von der Firma Rheinmetall, auf deren Endverbleibsurkunden Paraguay als Empfänger angeführt war, sowie, nach unbestätigten Meldungen, Teile für eine 155 mm Haubitze. (Die Ergänzung der Studie sowie die unten erwähnte Stellungnahme der Studiengruppe Militärpolitik ist beziehbar bei: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, Falkenstein 1, 2 Hamburg 53).

Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut (SIPRI) stellte schon in seinem Jahresbericht 1979 fest: „Die Bundesrepublik nimmt zunehmend den Rang eines Großwaffenexportlandes ein." In der Tat: Nach Zahlen der US-Abrüstungsbehörde für 1977 war die Bundesrepublik mit einem Rüstungsexport von 800 Millionen Dollar der Welt fünftgrößter Rüstungsexporteur, nur knapp hinter Großbritannien (825 Mio. Dollar). Der BRD-Rüstungsexport erreichte 1977 zwei Drittel des Umfangs der französischen Rüstungsexporte. (Wirtschaftswoche, 6.2.81, S. 37). Die BRD bewegt sich also heute durchaus in den Größenordnungen diese großen Waffenexporteure.

Es geht also nicht um die Beibehaltung einer restriktiven Exportpolitik sondern um die Beibehaltung oder Streichung restriktiv formulierter Bedingungen für den Rüstungsexport, die die Bundesregierung entweder bisher durch ihre Genehmigungen selbst durchlöchert hat oder die die Rüstungsindustrie erfolgreich umgangen hat. Mit der Anpassung der Bedingungen an die Praxis würde allerdings der Rüstungsexport erleichtert und damit auch gesteigert.

Die Studiengruppe Militärpolitik, ein Zusammenschluß von etwa 30 Fachwissenschaftlern, die sich mit Fragen der Friedensforschung und „Sicherheitspolitik" befassen, haben in einer Stellungnahme aus den umfangreichen Möglichkeiten zum Waffenexport, den der heutige rechtliche Rahmen bietet, folgende Konsequenz gezogen: Sie fordern ein Verbot des Exports von Rüstungsgütern an Länder, die nicht der NATO angehören. Sie greifen damit einen Gesetzesantrag der SPD-Fraktion von 1966 auf, an den sich zu erinnern der SPD als Regierungspartei allerdings heute schwer fällt.

Es ist gefährlich, wenn ein großer Teil der Öffentlichkeit der Bundesregierung auf den Leim kriecht und die bisherige Politik für restriktiv hält. Sollte sich die Bundesregierung doch entscheiden, es bei den bisherigen Gesetzen und Verordnungen zu belassen, mit denen die Rüstungsindustrie ja auch schon ganz gut leben, besser gesagt, sterben lassen konnte, so besteht die Gefahr, daß die Rüstungsexporte wieder aus der öffentlichen Diskussion verschwinden, und die Rüstungsexporte ohne kritische Gegenstimmen durchgezogen werden können. Dritte-Welt-Gruppen, friedenspolitischen Initiativen stellt sich also die Aufgabe, das Ausmaß der jetzt schon laufenden Rüstungsexporte in die Länder der Dritten Welt weitmöglichst bekannt zu machen. Bei einer vom Spiegel in Auftrag gegebenen Emnid-Umfrage sprachen sich 54 % der Befragten gegen die Lieferung der U-Boote an Chile aus, immerhin 41 % waren – trotz der bewußt hochgespielten *Spekulationen* über eine für ein Jahrzehnt gesicherte Ölversorgung – gegen die Lieferung der Panzer nach Saudi-Arabien. (Spiegel 23.2.81). Eine Kampagne gegen die BRD-Rolle als Großwaffenexporteur stünde also nicht auf verlorenem Posten.

ge

Deutsche Waffen im Irak

Immer dringlicher stellt sich in letzter Zeit die Frage nach der Verantwortung der Bundesrepublik für die schwerwiegenden Folgen ihrer Waffenexporte. Kriegerische Auseinandersetzungen mit deutschen Waffen – längst sind das keine Ausnahmen mehr. Die Auswirkungen dieser Konflikte mit Waffen sind bekannt und machen betroffen: unzählige Menschen geraten in ein Elend, das hierzulande kaum mehr nachfühlbar ist, müssen Flucht ohne Hab und Gut auf sich nehmen, Zerstörung und Tod.

Die Bundesrepublik ist in den letzten Jahren zu einem der Hauptexporteure für Rüstungsgüter geworden, wobei 70 % des Exportvolumens in Länder der Dritten Welt gingen. Dabei verliert der auf einen Beschluß der Regierung Brandt zurückgehende und bis heute verbal aufrechterhaltene Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern, offenbar immer mehr an Bedeutung. Die in Koalitionskreisen auffällig verbreitete Bereitschaft, schwere Leopard II-Panzer an Saudi Arabien zu liefern, ist eins der aktuellsten Beispiele dafür, wie ein wesentlicher Beschluß in seiner Substanz abgebaut wird. Erinnert sei auch an Verträge über die Lieferung deutscher Schnell-U-Boote an Chile, Argentinien, Kuwait u.a. im Verlauf des letzten Jahres.

Unterdessen dauert der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran unvermindert an, auch wenn westliche Berichterstatter ihre Aufmerksamkeit längst von hier abgezogen haben. Was Beachtung verdient, ist auch nicht das Kriegsgeschehen selbst, sondern jene Geschäfte hinter den Kulissen, die den militärischen Konflikt nunmehr seit Monaten am Leben erhalten.

Zwei Monate nach Beginn des Krieges zwischen dem Irak und dem Iran schloß Frankreich eines der größten Waffengeschäfte der letzten Jahre mit dem Irak ab. Im Rahmen eines komplexen Abkommens wurden Vereinbarungen zur zivilen und militärischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten getroffen, sowie 150 Kampfflugzeuge des Typs Alpha-Jet und eine nicht weiter bekannte Zahl von Lenkwaffen und Raketen verkauft. Irak ist inzwischen im Besitz von 31 Alpha-Jets, die als deutsch-französische Gemeinschaftsproduktion etwa zu gleichen Teilen von den Firmen Dornier in der Bundesrepublik und Dassault-Breguet in Frankreich hergestellt werden. Auch Messerschmitt-Bölckow-Blohm (MBB) produziert mit. Die Sachlage ist mithin klar. Was die Lieferung von Waffen in Spannungsgebiete angeht, so haben bundesdeutsche Rüstungsfirmen auch dafür ein Ventil gefunden: die formale Abwicklung des Geschäfts über offizielle Stellen im Land des Koproduzenten, in diesem Fall die französische Regierung.

Die Bundesregierung hat bislang noch keine Schritte unternommen, solcherart betriebene Umgehung ihres Grundsatzes zu unterbinden. Vielmehr lehnt sie formell jede Verantwortung für derartige Geschäfte ihres französischen Partners ab, indem sie sich auf ein entsprechend ausgehandeltes Abkommen der beiden Verteidigungsminister Schmidt und Debré von 1972 beruft. Man kommt nicht umhin, sich – und der Bundesregierung – die Frage zu stellen, ob der Beschluß, keine Rüstungsgüter in Spannungsgebiete zu liefern, grundsätzlichen Charakter hat oder nach Belieben taktisch gehandhabt wird.

Keine deutschen Waffen in Spannungsgebiete?

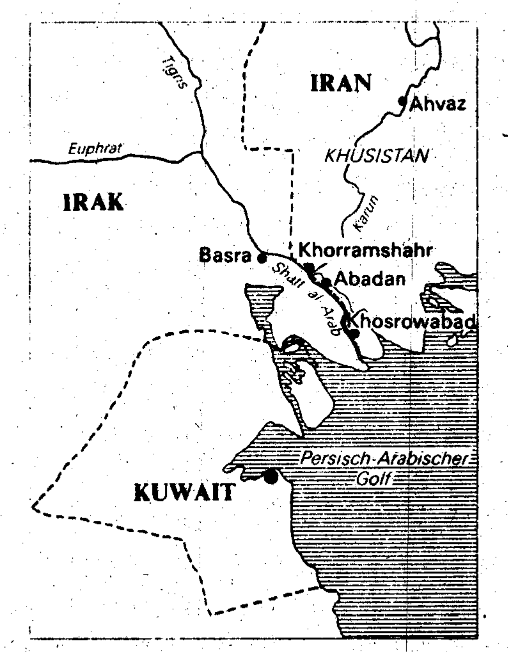
Iran

Der Krieg bedroht die Versorgung

Im Gegensatz zur etablierten Tagespresse, die das spektakuläre inszenierte Ende der Geiselaffäre in den Mittelpunkt ihrer Berichterstattung gestellt hat, halten wir die Fortdauer des Krieges mit dem Irak für den Vorgang, der am gründlichsten wiedergegeben, analysiert und kommentiert werden muß. Denn vom Verlauf des Krieges hängt die gefährdete Versorgung der iranischen Bevölkerung und das ungewisse Schicksal der Khomeiny-Regierung mit seinen zwei Fraktionen ab. Bisher konnten die Iraner sich erfolgreich verteidigen und dank ihrer See- und Luftüberlegenheit den anfangs versiegten Ölexport wieder aufnehmen, was aufgrund der äußeren Abhängigkeit ihrer vom Imperialismus verformten Wirtschaft lebensnotwendig ist. Da der Irak von allen Seiten mit Kriegsschiffen und Kampfflugzeugen ausstaffiert wird, droht sich die militärische Lage jedoch zum Nachteil Irans zu verändern. Sobald die winterliche Schlammperiode vorbei ist, wird sich zeigen, wie das Khomeiny-Regime der bedrohlichen Entwicklung zuvorkommen will: Kompromißfrieden, bedingungslose Offensive oder hinhaltendes Taktieren an der Front, verbunden mit eigenen Rüstungskäufen. Zu den Hintergründen des Krieges vgl. auch blätter des iz3w, Nr. 89, Okt. 1980.

„Sogar die Erde schlägt sich in der Phantasie der Golf-Schiiten auf die Seite der iranischen Verteidiger. Irakische MIGs, so erzählt ein Mokkatrinker in Bahrain, seien an einem Berg zerschellt der sich jählings an der Grenze zum Iran emporgebuckelt habe." (Der Spiegel, 5.1.1981)

Zunächst Sensation ersten Ranges, ist der Krieg zwischen den beiden Nachbarvölkern am Golf bei uns mittlerweile fast in Vergessenheit geraten. So geht es mit allem Leid, an dem Massenmedien sich aufgeilen, deren vordergründiger Informationswert und deren kurzlebige Anteilnahme nur Mittel sind, um Profit hereinzubringen. Um aus dem Gemetzel zwischen Iran und dem Irak, das vor Wochen Schlagzeilen machte, auch jetzt noch ein wenig verkaufsfördernden Reiz herauszukitzeln, berichtet der „Spiegel" so darüber, als sei es ein Märchen aus Tausendundeiner Nacht. Dabei ist der Krieg heute blutiger Ernst wie im vergangenen Oktober. Nicht nur, daß weiter geschossen, gebombt, gesprengt und gestorben wird. Zumindest für die iranische Bevölkerung geht es auch um die wirtschaftliche Grundlage ihrer Existenz.



Ohne Khusistan kein Ölexport, ohne Ölexport keine Lebensmittel

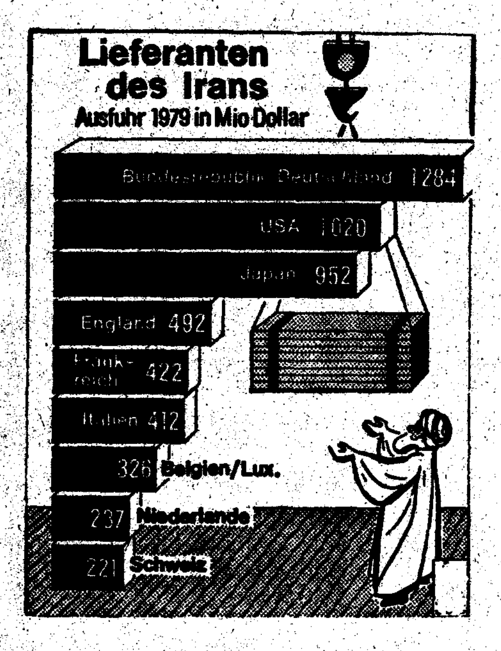
Seitdem das Schah-Regime die Landwirtschaft verkommen ließ, ist das Erdöl zur unverzichtbaren Lebensgrundlage der Massen geworden. Heute werden zwei Drittel des iranischen Nahrungsbedarfs aus dem Ausland eingeführt. (NZZ, 1.11.1980) Diese Lebensmittelimporte können nur mit den Einnahmen bezahlt werden, die die Ausfuhr des immer begehrteren Rohstoffs erbringt. Denn der Schah hat sich auch nicht um den Aufbau einer einheimischen Industrieproduktion gekümmert, mit der Devisen erwirtschaftet werden könnten. Fallen Ölförderung und Ölexport aus, bricht die ganz auf den Austausch mit dem Weltmarkt angewiesene iranische Versorgung zusammen wie ein Kartenhaus. Dann wird es über kurz oder lang Hungersnöte geben.

In der Islamischen Republik kommt noch hinzu, daß die herrschende schiitische Geistlichkeit einen Teil der Öleinnahmen als Almosen oder Sold für die vielen Erwerbslosen in den Elendsvierteln um die Städte verwendet. Diesen „Mustasafin" müßten stattdessen kulturelle und wirtschaftliche Anreize geboten werden, in die Landwirtschaft zurückzukehren, um die einheimische Nahrungsmittelproduktion wenigstens wieder auf ihren alten Stand vor der verhängnisvollen „weißen Revolution" des Schah zu bringen. Aber selbst wenn eine sinnvolle Sozialpolitik tatsächlich durchgeführt würde, bliebe Iran noch lange abhängig vom Öl. Denn nur mit brutalen Zwangsmitteln, wie sie das Pol-Pot-Regime in Kampuchea angewendet hat, wäre eine schnelle Rückkehr der Massen auf's Land und eine kurzfristige Ankurbelung der Nahrungsmittelproduktion zu erreichen. Der Ölexport ist also bis auf weiteres unter allen Umständen lebensnotwendig.

Das iranische Erdöl wird fast nur in der westlichen Provinz Khusistan gefördert, die überwiegend Einwohner arabischer Sprache und Kultur hat. Hier stehen die Bohrtürme, laufen die Pipelines bei der Stadt Dezful zusammen, sind die riesigen Tankerhäfen (Kharg) und Raffinierien (bei Abadan) errichtet worden. Nach Khusistan marschierten die irakischen Truppen im vergangenen Herbst ein. Zwar gelang es ihnen nicht, die großen Städte Abadan, Ahwaz, Khorramschahr endgültig zu erobern. Ihre Panzer wurden von der zunächst überraschten persischen Armee bald zum Halten gebracht und gruben sich ein. Bei erstarrten Fronten dienen sie heute als Artillerie. Dennoch ist die Lage sehr bedrohlich: Eins der erklärten Kriegsziele Saddam Husseins in Bagdad ist Khusistan (nach irakischer Terminologie „Arabistan") zu befreien, d.h. entweder zu annektieren oder in einen „unabhängigen" arabischen Staat von Bagdads Gnaden zu verwandeln. (NZZ, 1.11.1980) Neuerdings betrachtet Saddam Hussein die über iranisches Territorium verlaufenden Fronten als „Militärgrenzen", die der Irak zu seiner Verteidigung auch in Zukunft brauche. (NZZ, 29.12.1980) Außerdem wurden die für den Ölexport notwendigen Einrichtungen bei den Kämpfen in Mitleidenschaft gezogen: Ein großer Teil der Pipelines geriet unter irakische Kontrolle, Raffinerien und Tankerterminals erhielten schwere Treffer und brannten ab. Im Oktober kam die iranische Ausfuhr von Mineralöl vollkommen zum Erliegen. Sofort schrumpften die persischen Einlagen bei den Londoner Banken, über die Welthandelsgeschäfte finanziell abgewickelt werden, auf ein Minimum zusammen, und die Teheraner Regierung zog sämtliche privaten Bestände an ausländischem Geld ein, um dem Mangel an Devisen abzuhelfen (FR, 4.11.1980, NZZ, 11.11.1980).

Aber schon Mitte November gelang es den fieberhaft tätigen Iranern wieder, über das beschädigte Kharg und die weiter im Süden, außerhalb der unmittelbaren Kampfzone gelegenen Häfen Lavan und Sirri Erdöl nach Süd- und Norkorea, Rumänien und der Türkei zu liefern (TAZ, 14.11.1980). Anfang Februar 1981 betrug die Exportmenge immerhin schon eine Million barrel täglich (FR, 10.2.1981). Das ist mehr als ein Drittel des vor dem Krieg ausgeführten Erdöls, wobei ein Teil des Einnahmeausfalls noch durch inzwischen wieder er-

höhte Preise wettgemacht wird. Auf dem Weltmarkt werden zur Zeit um die 38 US-Dollar für das barrel bezahlt. Es ist also davon auszugehen, daß Iran (ähnlich wie der Kriegsgegner Irak über seine Pipelines zum Mittelmeer) eine ausreichende Menge Erdöl fördern und exportieren kann, um an die allernotwendigsten Devisen heranzukommen.



Ende der Geiselaffäre: 52 Amerikaner gegen 8 Milliarden Dollar

Eine andere Devisenquelle, die allerdings in Zukunft nicht mehr sprudeln wird, war die Geiselaffäre. Es sollen hier nicht noch einmal die verworrenen Ereignisse aufgezählt werden, seit am 4. November 1979 jugendliche Anhänger Ayatollah Khomeinys die US-Botschaft in Teheran stürmten und ihr Personal gefangennahmen, um die Auslieferung des provokativ in New York umsorgten Schah zu erzwingen. Festgehalten sei nur das Ergebnis: Am 20. Januar 1981, wenige Stunden vor der Amtseinführung des neuen US-Präsidenten Reagan, wurden die 52 amerikanischen Diplomaten von den iranischen Machthabern freigelassen und konnten über Algerien und die Bundesrepublik in die USA zurückfliegen. Als Gegenleistung wurden 8 Milliarden Dollar persische Guthaben, die von amerikanischen Banken gesperrt worden waren, auf dem Umweg über algerische Treuhandkonten bei der Bank von England nach Iran zurücküberwiesen.

Am Tag zuvor war in Algerien das Abkommen darüber unterzeichnet worden. Daß es zustandekam, war auch ein Verdienst der geschickten algerischen Diplomatie, die dabei Vermittlerdienste leistete, besonders des algerischen Außenministers Mohamed Sedik Benyahia. Er hatte z.B. allzu islamisch-revolutionär klingende Noten Teherans nicht sofort an die amerikanische Seite weitergegeben, sondern um redaktionelle Abänderungen gebeten, um einen vorzeitigen Abbruch der Verhandlungen zu verhindern.

Mit jeder einzelnen der 52 Geiseln wurde in den USA und bei uns propagandistisches Schaugeschäft gemacht. Die kommerziellen Medien ließen es sich einiges kosten, um das Copyright an Schauerberichten über Folterungen in persischen Verliesen zu erwerben. Die pauschal diffamierten Iraner mußten den größten Teil der freigewordenen Devisen gleich wieder benutzen, um Schulden und Schadenersatzansprüche bei amerikanischen Banken und anderen ausländischen Unternehmen zu begleichen. So sehr das Khomeiny-Regime bei den Verhandlungen auch auf die Gleichstellung mit der Supermacht USA geachtet hatte es konnte eben doch nur eine vordergründige, formale Gleichstellung auf der schiefen Ebene des Imperialismus sein. Immerhin sind nach den Abzügen noch 2,7 Milliarden Dollar zur iranischen Verfügung bei der Zentralbank in Teheran verblieben (FR, 20, 21, 22.1., 10.2.81).

Alltag in Teheran: Benzin und Heizöl knapp

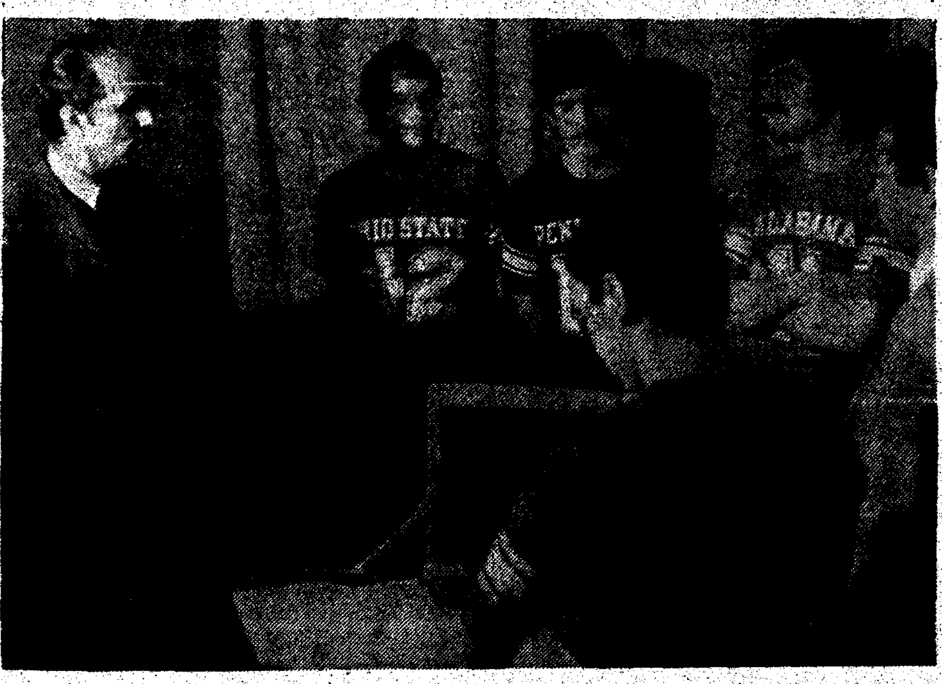
Darauf, daß noch kein akuter Devisenmangel herrscht, deutet auch, daß das Leben im weit von der Front entfernten Teheran, aber auch in Ahwaz, der Provinzhauptstadt Khusistans, seinen halbwegs normalen Gang nimmt. Zwar sind einige Lebensmittel wie Zucker, Speiseöl und Waschpulver rationiert, aber die Warteschlangen vor den Läden beruhen eher auf Hamsterkäufen als auf einer wirklichen Knappheit. Die Läden sind jedenfalls täglich auf's neue mit Grundnahrungsmitteln wie Brot, Mehl, Milch, Tee oder Käse gefüllt und die Lebensmittelhändler sind die einzigen im Land, die immer noch gute Geschäfte machen. Auch die nächtliche Verdunkelungspflicht, Bombenalarm und Flak-Übungen sind reine Vorsichtsmaßnahmen, die allmählich ihre Schrecken verlieren. Irakische Luftangriffe hat es seit den allerersten Kriegstagen nicht mehr gegeben.

Anfang Dezember sah sich Khomeiny sogar zu Weisungen an die Zeitungsherausgeber veranlaßt, dem Kampfgeschehen in der Berichterstattung mehr Beachtung zu schenken, damit der Krieg im Bewußtsein der Bevölkerung präsent bleibe. Ihm ist es natürlich lieber, wenn die Wut der Massen sich gegen den äußeren Feind richtet, der ja in diesem Fall auch wirklich vorhanden ist, als wenn die unfähige, elitäre und unterdrückerische Herrschaft der Ayatollahs im eigenen Land diskutiert wird.

Die bisher unangenehmste Folge des Krieges ist für viele Teheraner die Rationierung von Treibstoff und, wichtiger noch im Winter, Heizöl: angesichts des Reichtums an fossilen Bodenschätzen, den das Land besitzt, eine besonders ärgerliche Maßnahme, die zeigt, wie stark der irakische Einmarsch nach Khusistan den empfindlichen Lebensnerv der iranischen Wirtschaft bedroht (NZZ, 3,8,12, 1980; Die Neue, 14.12.1980).

Iranische Gegenoffensive im Winterschlamm

Die Gefährdung des Ölexports zu verringern, war sicher eines der Ziele von Staatspräsident Bani-Sadr, der auch Oberbefehlshaber der Armee ist, als er Anfang Januar 1981 eine Gegenoffensive in Khusistan in Bewegung setzen ließ. Iranische Truppen versuchten, die Iraker aus ihren befestigten Stellungen zu werfen und wieder zurückzudrängen. Es gelang ihnen auch, einige hundert Gefangene zu machen, die der internationalen Presse in Teheran vorgeführt wurden. Aber die Offensive blieb nach Anfangserfolgen bald stecken, nicht zuletzt wohl auch, weil die Tief-



Der algerische Botschafter im Gespräch mit amerikanischen Geiseln.

ebene Khusistans sich im Winter, zur Regenzeit, in ein Schlammfeld verwandelt, auf dem Truppenbewegungen nur schwer möglich sind. Offenbar konnten die Iraner nicht eine einzige Ortschaft zurückerobern. Die ungünstige Jahreszeit und eine mangelhafte Vorbereitung lassen vermuten, daß das Hauptmotiv Bani-Sadrs nicht militärischer oder wirtschaftlicher Art war, sondern daß innenpolitische Machtkämpfe ihn die wenig aussichtsreiche Offensive befehlen ließen. Seine Rivalen, die verbohrten Ayatollahs von der regierenden „Islamisch Republikanischen Partei", führten damals gerade eine besonders heftige Kampagne gegen ihn, die den Vorwurf des „Immobilismus" der Truppen erhob und in der Anklage gipfelte, Bani-Sadr führe den Krieg vollkommen falsch (NZZ, 8., 13.1. 1981; TAZ, 7.1.1981).

Der despotische Flügel des Regimes: IRP, Regierung und Pasdaran

Schon seit langem sind die das Khomeiny-Regime tragenden Kräfte in zwei Lager gespalten, die sich immer mehr voneinander entfernen und immer offener befehden. Das eine wird angeführt von den in der „Islamisch Republikanischen Partei" (IRP) organisierten hohen Geistlichen mit den Ayatollahs Beheschti und Montazeri an der Spitze. Die IRP verfügt im Parlament über eine nicht ganz ungefährdete Mehrheit (vtl. dazu das folgende Interview mit B. Mortazawi), stellt den Parlamentspräsidenten Rafsanjani und trägt die Regierung Radjai. Ihr kommt es in erster Linie darauf an, daß die staatliche Macht sich in den Händen der oberen schiitischen Geistlichkeit konzentriert und daß die islamischen Vorschriften ungeachtet ihrer historischen Bedingtheiten rigide eingehalten werden.
Aus diesen Interessen heraus werden Presse und Rundfunk zensiert, oppositionelle politische Organisationen verboten, „Säuberungen" an den Universitäten durchgeführt, die Autonomierechte der nicht-persischen Nationalitäten Irans (die vielfach der sunnitischen Glaubensrichtung angehören) beschnitten. Wenn es ihnen notwendig erscheint, lassen die hohen geistlichen Herren auch einsperren, foltern und erschießen oder setzen die Armee massiv gegen die kurdische Minderheit ein – alles mit der ideologischen Begründung, dies sei zur Bekämpfung der imperialistischen Teufel in den USA notwendig.
Anhänger hat dieses Lager bei vielen Entwurzelten und Arbeitslosen in den Elendsvierteln – eine Schicht, die durch die verräterische Wirtschaftspolitik des Schah-Regims während der fünfziger und sechziger Jahre geradezu herangezüchtet wurde. Viele dieser „Mustasafin" haben sich den „Wächtern der Revolution" („Pasdaran") oder anderen islamischen Schlägerbanden angeschlossen, die bei den Ayatollahs im Sold stehen. Hier finden sie wenigstens ein dürftiges Auskommen und können durch Fanatismus den Verlust ihrer kulturellen und persönlichen Identität überdecken. Andere werden von der Geistlichkeit über religiöse Stiftungen mit Almosen am Leben erhalten. Sie alle fühlen sich ihren geistlichen Gönnern und Wohltätern natürlich verbunden, die umgekehrt auch auf die „Wächter der Revolution" angewiesen sind, weil ihre Macht sonst keine Gewaltbasis hätte. (NZZ, 22.11.1980, 5.1., 7.2.1980; Die Neue, 7.11.1980; DWMD, 16.1.1981).

Im anderen Lager eine andere Religiosität

Symbolfigur des anderen Lagers ist Abdolhassan Bani-Sadr, der mit 70 % der abgegebenen Stimmen von der Bevölkerung zum Staatspräsidenten gewählt worden ist. Auch Bani-Sadr ist religiös, aber im Gegensatz zu den rigiden, rückwärtsgewandten Ayatollahs der IRP strebt er eine Erneuerung des Islam unter Wahrung seiner sozialen Grundideen an: Gerechtigkeit, Widerstand gegen Unterdrückung, Verantwortung des Einzelnen für die Allgemeinheit und der Allgemeinheit für den Einzelnen, Begrenzung von Eigentum und Profit.
Der Theoretiker, auf den Bani-Sadr sich dabei stützt, ist Ali Schariati, der die Islamische Republik nicht mehr erlebt hat, weil er jung an den Auswirkungen seiner Folterungen durch den Schah-Geheimdienst SAVAK gestorben ist. Für Schariati heißt Erneuerung vor allem, die isalmische Kultur von den falschen Bildern zu befreien, die sich die Europäer aufgrund ihres Rassismus von ihr machen und die vermittels der Zwangs- und Verführungsgewalt ihres Imperialismus zur Realität des Islam geworden sind. Der ohnmächtige Kolonisierte übernimmt auch hierin das Denken des mächtigen Kolonisators. Rigide Formelhaftigkeit und starrer Traditionalismus, wie ihn die Ayatollahs der IRP heute zweifellos zur Schau tragen, sah Schariati als so ein von Europa aus aufgepropftes, rassistisches Element, das von den Iranern endlich abgelegt werden müsse. Schariati zu Iranern in Abadan: „Ich hielt im College de France eine Rede über Ali. Da gab es Leute, die überhaupt nicht wußten, wer Ali ist. Danach sprach ich über die Schia. Meine Zuhörer hielten mich nach der Rede für eine progressiven, neuzeitlichen Menschen. Warum? Weil es keine vorgefaßten Meinungen gab, die übertragen werden konnten. Wenn ich aber in der Universität von Mashad am Geburtstag Imam Hosseins (der bedeutendste Märtyrer des schiitischen Glaubens) eine Rede halten möchte, habe ich Bedenken, den Namen Hossein zu erwähnen, weil ich befürchten muß, daß alle die religiöse Formel „Gott segne ihn und schenke ihm Frieden" (salawat) aussprechen. Erwähne ich den Namen von Abu'l-Fazl, erinnern sie sich plötzlich an seinen durchlöcherten Wasserschlauch und fangen an zu weinen. Habt ihr in Abadan auch Abu'l-Fazl-Parties, wo man ein Trauermahl zu seiner Erinnerung serviert, ohne ihn zu kennen? Ein Mensch, der das Leben wegen seines Zieles aufgab, erfährt in seiner eigenen Gemeinschaft eine derartige Behandlung, daß man als muslimischer Redner vor anderen Muslimen, die an ihn glauben, seinen Namen nicht erwähnen kann. Ich wünschte, es wäre

Unterstützt die vom Krieg betroffene Bevölkerung im Iran!

Uns bewegt die Sorge, daß die hilflosen Menschen, die unmittelbar vom blutigen und zerstörerischen Krieg mit Irak betroffen sind, in Vergessenheit geraden, daß man sie ihrem fatalen Schicksal überläßt, und daß die Weltöffentlichkeit womöglich ihrer menschlich-moralischen Anteilnahme nicht nachkommt.
Wir wissen nicht – und die iranische Regierung verschweigt es – wieviele Einwohner der vom Krieg betroffenen Städte im Süden Irans durch den ständigen Artilleriebeschuß, Luftbombardements, Bodenraketen und ähnliche Mordwaffen uns Leben gekommen sind. Wir wissen jedoch, daß Hunderttausende durch den Krieg ihr Hab und Gut verloren haben, als Obdachlose von den ununterbrochenen Bombenangriffen der irakischen Invasoren verletzt oder unverletzt fliehen und nach einer Unterkunft suchen.
Der Strom der leidtragenden und verletzten Menschen reißt einfach nicht ab. Die Krankenhäuser in diesen Gegenden sind nach Augenzeugenberichten überfüllt und die provisorisch errichteten Zelte und Stationen reichen beiweitem nicht aus, um die Verletzten aufzunehmen.
Gerade deshalb wenden wir uns im Namen dieser hilfsbedürftigen, schuldlosen und notleidenden Menschen an Sie. Helfen Sie mit, um den Schmerz dieser Menschen zu lindern.

Zum Zwecke der Sammlung von Geldspenden haben wir ein Bank-Konto bei der Kölner Bank eröffnet, dessen Nummer 58874 lautet. Die Bankleitzahl ist: 37160087.

Wir danken Ihnen für Ihre moralische Anteilnahme im voraus und stehen Ihnen für jede Frage und Auskunft über diese Geldspenden-Aktion gerne zur Verfügung.

Vorstand der Conföderation
Iranischer Studenten
Postfach 100 406
5000 Köln 1, Tel. 0221/135 217

nicht die Rede von Hossein, von Mohammad, vom Koran und vom Islam. So müßten keine imaginären, dekadenten und phantastischen Gedanken übertragen werden. Ich wünschte, es gäbe nicht diese häßlichen, verzerrten und ekelhaften Bilder, damit wir unsere Geschichte ohne Schwierigkeit logisch und korrekt für unvoreingenommene Menschen darstellen könnten. Die Abendländer haben leider unsere Geschichte nicht verleugnet, sondern gesagt, ihr habt eine, aber in dieser Form. Wir haben sie uns angesehen und uns davor geekelt. Unser Ausweg besteht darin, dieses Bild zu zerstören und das Bild der Realität in unseren Gedanken zu zeichnen, unsere großen kulturellen Quellen bewußt mit Fähigkeit und Verantwortung gegenüber unserer Gesellschaft zu erforschen und zu bearbeiten – nicht aber so, wie es der Westen für uns getan hat, wovor man sich ekeln muß." (Schariati, Ali: Expoloitation und Raffinierung der kulturellen Quellen. Bonn 1980, S. 30 f).

Jeder, der zu Recht den rigiden Despotismus der IRP kritisiert, sollte auch diesen zentralen Gedanken Schariatis im Kopf haben. Denn wird es gleichzeitig eine Kritik an den arroganten Bildern, die wir uns seit Jahrhunderten vom Islam machen und die unter dem Anpassungsdruck des Imperialismus seine Realität geworden sind! Von Schariati ausgehend vertritt Bani-Sadr den Standpunkt, daß ein erneuter, von formelhaftem Traditionalismus befreiter Islam eine Kraft des Fortschritts ist, die die Iraner auch dazu anspornen wird, die Produktivkräfte ihres Landes unter souveräner Einbeziehung westlicher Wissenschaftsergebnisse zu entwickeln.



Worte in Khomeinys Schatten: Präsident Abol Hassan Bani-Sadr.

Bani-Sadrs politisches Programm und seine Machtbasis

Der Staatspräsident nennt die schweren wirtschaftlichen Probleme Irans konkret beim Namen, auf denen die Auslandsabhängigkeit der Versorgung und das Elend breiter Massen beruht, vor allem die viel zu geringe landwirtschaftliche und industrielle Eigenproduktion. Er macht sich immerhin Gedanken über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die der Misere abhelfen könnten, auch wenn er sie bisher nicht verwirklicht oder unter den herrschenden Umständen nicht verwirklichen kann.

Im übrigen spricht er sich für so viel Toleranz des Regimes aus, daß die Konflikte zwischen den die Islamische Republik tragenden Schichten, Nationalitäten und politischen Organisationen in demokratischem Meinungskampf ausgetragen werden können. Schon oft hat er die von der IRP ausgeübte Zensur angeprangert und Autonomierechte für die nationalen und religiösen Minderheiten gefordert.

Das heißt natürlich nicht, daß Bani-Sadrs Programm sozialistisch ist! Gegen die blutige Unterdrückung radikaler Arbeiterorganisationen, die heute bereits Khomeiny stürzen, die Islamische Republik beseitigen und das Privateigentum abschaffen wollen, hat er nichts unternommen. Solche Organisationen sind heute in Iran (mit Ausnahme Kurdistans) gering an Zahl, klein und schwach.

Wenn Begriffe aus der Geschichte der europäischen Produktions- und Herrschaftsweise hier überhaupt einen Sinn haben, würde ich sagen, Bani-Sadr schwebt eine Gesellschaft vor, für die dreierlei kennzeichnend ist: Erstens kleine und mittlere Privatunternehmen (Basarhandel und -Handwerk, selbständige Bauern, für den Inlandsbedarf unter Einbeziehung westlicher Technologie produzierende Fabriken), die unbehelligt von (ausländischen) Konzernen miteinander konkurrieren. Zweitens demokratische Freiheitsrechte, die eine gewisse Mobilität des Kapitals und der Arbeitskräfte sowie die Herausbildung einer kritikfähigen Öffentlichkeit ermöglichen, welche zwischen den privaten Interessen und dem Staat vermittelt. Drittens ein machtvoller, die Erdölrente verteilender, der islamischen Moral verpflichteter Staat, der ausländische Einflüsse fernhält, Profite beschneidet, Monopole nationalisiert, genossenschaftliche Initiativen unterstützt, das Gesundheitswesen und andere soziale Dienste übernimmt und vor allem dafür sorgt, daß die iranische Kultur sich eigenständig entwickelt, in der dann jedes Mitglied der Gesellschaft seine Identität finden kann. Der isalmische Staat soll dafür sorgen, daß die iranische Gesellschaft, die nach frühbürgerlich anmutenden Idealen konzipiert ist, nicht die bekannte Entwicklung zu jenem monströsen kapitalistischen System mit all seinen extremen Entfremdungen und Widersprüchen nimmt, unter dem wir Europäer in der Gegenwart zu leiden haben.

Wahrscheinlich enthalten die Vorstellungen Bani-Sadrs innere Widersprüche, die zutage treten und sich zuschärfen werden, wenn die Verwirklichung dieses Konzepts jemals in Angriff genommen werden sollte. Ich sehe vor allem zwei: Erstens kann ich mir nicht vorstellen, daß die islamische Moral der Beamten und Politiker ausreicht, um zu verhindern, daß der Staat allmählich zum gesamtpolitischen Kapitalverwerter wird, ähnlich wie die sozialistische Moral in den Ostblockländern dazu nicht ausreicht. Zweitens wird selbst eine islamische Klein- und Mittelbourgeoisie nicht darauf verzichten, Lohnabhängige auszubeuten. Wird also auch die wachsende Arbeiterklasse alle politischen Freiheitsrechte haben? Und was würde das für die Bourgeoisie und den Staat bedeuten?

Bezeichnend ist, daß Bani-Sadr von den Mittelschichten, besonders den Basar-Händlern, unterstützt wird. Die zweite Stütze seiner Macht ist die ihm untergebene reguläre Armee, die mit den Schlägertruppen der IRP rivalisiert. Viele Linke sind heute froh, daß die Armee noch existiert, nachdem sie unmittelbar nach dem Sturz des Schah ihre Auflösung gefordert hatten (NZZ, 5.1., 13.2.1981; FR, 16.2.1981).

Linke Organisationen in die Machtkämpfe innerhalb des Regimes integriert

Es ist der Konflikt zwischen diesen beiden Flügeln des Khomeiny-Regimes und nicht etwa der Widerspruch zwischen Kapital und Lohnarbeit, der heute die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse des Landes be-

herrscht und von dem ihre reale Bewegung angetrieben wird. Das zeigt sich schon daran, daß linke Organisationen, die dem Khomeiny-Regime anfangs kritisch gegenüberstanden, sich ihm inzwischen unterworfen haben, indem sie entweder auf der einen oder anderen Seite an den internen Machtkämpfen teilnehmen. Die Tudeh-Partei, als Vasall der Sowjetunion ohnehin nie sonderlich an demokratischen Freiheitsrechten interessiert, sowie ein angeblicher Mehrheitsflügel der Volksfedayin unterstützen die IRP und marschieren mittlerweile gemeinsam mit den islamischen Schlägertruppen der auf der Straße. Die Volks-Mujahedin und ein anderer Teil der gespaltenen Fedayin haben sich hinter Bani-Sadr gestellt. Für die einen sollen die demokratischen Forderungen hinter dem Kampf gegen den Imperialismus zurückstehen, während von den anderen begriffen wird, daß die Errichtung demokratischer Verhältnisse gerade die Voraussetzung für einen erfolgreichen antiimperialistischen Kampf ist, weil nur dort Einheit möglich ist, wo jede Gruppe ihre besonderen Interessen zumindest artikulieren und vertreten kann. Meiner Auffassung nach sollte die Solidaritätsbewegung in der Bundesrepublik ebenfalls versuchen, das Lager Bani-Sadr zu stärken, soweit das in ihren Kräften steht. Iranische und deutsche Sozialisten müssen sich dabei nur im klaren bleiben, daß mit einem Sieg Bani-Sadrs erst ein vorläufiges Etappenziel erreicht wäre und daß danach irgendwann der Kampf gegen das private Erwerbseigentum beginnt (NZZ, 13. 2. 81; FR, 16.2.1981)

Bani-Sadrs Stellung festigt sich

Welches von den beiden Lagern sich schließlich durchsetzen wird, läßt sich heute schwer voraussagen. Ich halte den verbreiteten Pessimismus für falsch, Bani-Sadrs Rücktritt sei nur noch eine Frage der Zeit. Im Volksaufstand gegen den Schah gab das Boykottverhalten der Basaris den Ausschlag zum Erfolg, und sie stehen heute eindeutig auf der Seite der Staatspräsidenten, der gleichzeitig der Oppositionsführer seines Landes ist.

Wichtig ist der Fortgang des Krieges: Gehen er und damit Khusistan verloren, verliert die IRP ihre Gewaltbasis, weil dann die Mittel knapp werden, um die „Wächter der Revolution" zu bezahlen. Führt Bani-Sadr die Armee zu einem eindrucksvollen Sieg, gewinnt er an Prestige bei der Bevölkerung. Nur der status quo begünstigt eher die Ayatollahs, weil er ihnen das Propagandageschäft erleichtert: Stoff, um sowohl gegen den äußeren Feind Saddam Hussein als auch gegen Bani-Sadr zu hetzen.

Daß das demokratische Lager allmählich an Stärke gewinnt, zeigt sich an einigen Ereignissen, die auf den ersten Blick unbedeutend erscheinen: Die berüchtigtste Figur der repressiven IRP-Politik, Blutrichter Ayatollah Khalkali, mußte kürzlich Parlamentssitz und andere Ämter niederlegen, weil seine Schergen Gefangene gefoltert und Bestechungsgelder angenommen hatten. Anfang Januar kam es zu einem unerwarteten Widerstand breiter Bevölkerungsteile gegen die Schließung eines Büros des „Moslemischen Angestelltenvereins", der den Volks-Mujahedin nahesteht. Die prominenten IRP-Führer Beheschti und Montazeri sahen sich daraufhin gewzungen, die Mujahedin zu loben. Der opportunistische Beheschti bezeichnete sie sogar als „Stück von meinem Körper", nachdem er Wochen zuvor noch tatkräftig an ihrem Verbot mitgewirkt hatte. Die Korrespondenten der westlichen Presse berichten übereinstimmend, daß Bani-Sadr in der Öffentlichkeit immer beliebter wird. Dagegen scheint es der IRP gelungen zu sein, für die Pasdaran schwere Bewaffnung durchzusetzen, die bisher der regulären Armee vorbehalten war. Khomeiny selbst, dessen Stellungnahme für den Ausgang des Machtkampfes früher als entscheidend angesehen wurde, versucht nach wie vor, über den rivalisierenden Flügeln seines Regimes zu erscheinen, die sich natürlich beide auf ihn berufen. Vermutlich schlägt sein Herz für die IRP, wobei schwer einzuschätzen ist, ob er nicht auch ein wenig für die Ideen Schariatis aufgeschlossen ist. Auf jeden Fall ist er zu sehr Taktiker und Realist, um nicht zu erkennen, daß ohne oder sogar gegen Bani-Sadr nicht viel zu machen ist. Gegen die Foltermethoden Khalkalis ist er nach langem Schweigen eingeschritten. Und sein Sohn Ahmed trat am zweiten Jahrestag der Revolution Mitte Februar zusammen mit Bani-Sadr bei einer großen Volksversammlung auf und verlas eine Erklärung seines Vaters, in der die Geistlichen aufgefordert werden, sich nicht in Angelegenheiten einzumischen, von denen sie nichts verstehen (NZZ, 22.11.1980, 5.1., 7., 13.2.1981; Die Neue, 14.1.1981; FR, 16.2.1981).

Komplizierte Lage in Kurdistan

Doch zurück zum Krieg mit dem Irak. Er hat einen zweiten Schauplatz von dem unsere etablierten Massenmedien noch weniger berichten und den auch das Teheraner Regime totschweigt, obwohl auf ihm 3 der 11 Divisionen der iranischen Armee und eine große Zahl von Pasdaran gebunden sind: Kurdistan, dessen leidgeprüftes, auf fünf Staaten verstreutes Volk bei keiner Auseinandersetzung in dieser Weltgegend ungeschoren bleibt. Als der Einmarsch in Khusistan steckenblieb und die arabische Bevölkerung dort nicht wie erhofft zu den irakischen Eindringlingen überlief, erinnerte sich die in Bagdad herrschende Clique Saddam Husseins an ein anderes Nationalitätenproblem in Iran, das sie möglicherweise für sich ausnutzen könnte. Kurz vor Weihnachten versuchten irakische Truppen an der Nordgrenze vorzudringen, wo die Kurden seit langem um kulturelle Autonomie und politische Selbstbestimmungsrechte gegenüber der persischen Zentralgewalt in Teheran kämpfen, sei sie nun durch den Schah oder Khomeiny repräsentiert. Über die Methode ihres berechtigten Kampfes sind sie sich allerdings nicht einig: Ein Teil von ihnen, der in der Kurdischen Demokratischen Partei Irans (KDPI) unter Führung Abdel Rahman Ghassemlous organisiert ist, führt seit langem einen regelrechten Krieg mit schweren Waffen, ein anderer Teil will die Autonomierechte mit politischen Mitteln durchsetzen. Über diese Frage kam es im Sommer 1980 zu einer heftigen Auseinandersetzung sogar innerhalb der KDPI. Ghani Baloughian und sechs andere Mitglieder des Zentralkomitees traten aus der Partei aus, weil sie der von ihnen als verräterisch empfundenen Gewaltpolitik Ghassemlous nicht mehr folgen wollten. Ähnlich verhielten sich die bis dahin mit der KDPI verbündeten kurdischen Teile der Volksfedayin sowie der Tudeh-Partei, die heute gemeinsam mit Baloughian kritisieren, daß Ghassemlous Anhänger die Regie-

rung in Teheran zu einer Zeit bekriegen, wo Iran den Angriffen des Irak ausgesetzt ist.
Entsprechend eng sind die Verbindungen zwischen der KDPI und dem Regime in Bagdad geworden, die von keiner Seite mehr bestritten werden. Saddam Hussein liefert den kurdischen Truppen Munition und Flugzeugabwehrraketen, Ghassemlou will wie eh und je nicht wahrhaben, daß damit die Gefahr verbunden ist, auf die Dauer von Bagdad abhängig zu werden.
Auf der anderen Seite der von irakischen Truppen kontrollierten Grenze lassen sich die kurdischen Autonomisten von Khomeiny unterstützen. Vor allem eine Gruppe um Jalal Talabani, der mit dem berühmten, vom CIA „unterstützten" Barzani bitter verfeindet war, hat den bewaffneten Kampf gegen das Baath-Regime in Bagdad wieder aufgenommen. Genaues über Art und Umfang der Hilfe aus Teheran ist nicht zu erfahren. Die iranische Luftwaffe fliegt oft Angriffe gegen die Stadt Suleimaniyeh, die ein wichtiges Verwaltungs- und Armeezentrum im irakischen Teil Kurdistans ist. Dadurch werden die Aktionsmöglichkeiten der irakischen Truppen gegen die kurdischen Autonomisten eingeschränkt.
In Kurdistan findet zu beiden Seiten der Grenze ein ausgedehnter Partisanenkrieg mit kompliziertem Front- und Bündnisverlauf statt, der mit der Formel „Iraker mit den iranischen Kurden und Iraner mit den irakischen Kurden" nicht einmal vollständig beschrieben ist, da auch noch Verbände der schahtreuen Generale Palisban und Oveissi vom Irak aus sowie khomeinytreue schiitische Kurdenmilizen vom südlichen iranischen Kurdistan aus operieren (NZZ 7.1.1981).
Ein beträchtlicher Teil der Kurden handelt leider nach jener falschen Maxime, daß der Feind des Feindes ein Freund sein müsse. Das behindert ihren berechtigten Kampf für nationale Identität und politische Selbstbestimmung. Eine Ausnahme macht lediglich die Gruppe Komala („Revolutionäre Arbeiterorganisation in Iranisch-Kurdistan"), der der religiöse Führer der kurdischen Sunniten, Scheich Husseini, angehört. Die Komala führt ebenfalls einen bewaffneten Kampf um Autonomierechte gegen Teheran, ist dabei aber wesentlich stärker auf ihre Unabhängigkeit bedacht als die KDPI. Vor allem dem Irak und der UdSSR gegenüber verhält sich die Komala schroff ablehnend.
In einem ihrer Aufrufe an die irakischen Kurden vom Frühjahr 1980 heißt es: „Das verbrecherische Baath-Regime, das Tag für Tag abhängiger wird vom Imperialismus, kehrt zur Kriegshetze zurück, um sich vor eurem gegenwärtigen Widerstand zu retten. Um euch zu unterdrücken, erfindet es für euch äußere Feinde. Diese herrschende Clique (in Bagdad) zu unterstützen, kann eure Befreiung nicht voranbringen, sondern nur euer entschiedener Kampf gegen sie. Gleichzeitig solltet ihr dem schmeichlerischen Werben der herrschenden Klasse Irans nicht trauen. In eurem Kampf gegen das pro-imperialistische Baath-Regime vertraut auf eure eigene Kraft. Ein Regime (in Teheran), das Bomben auf die Kurden Irans wirft, das die kurdische Bevölkerung in Iran wirtschaftlich aushungert und iranische Kurden foltert, kann nicht der Freund des kurdischen Volks im Irak sein! (übersetzt aus: Komala document series 1, Uppsala 1980, S. 10). Kürzlich scheint die Komala Mahabad erobert zu haben (NZZ, 7.2.1981).

Militärische Überlegenheit Irans zur See und in der Luft

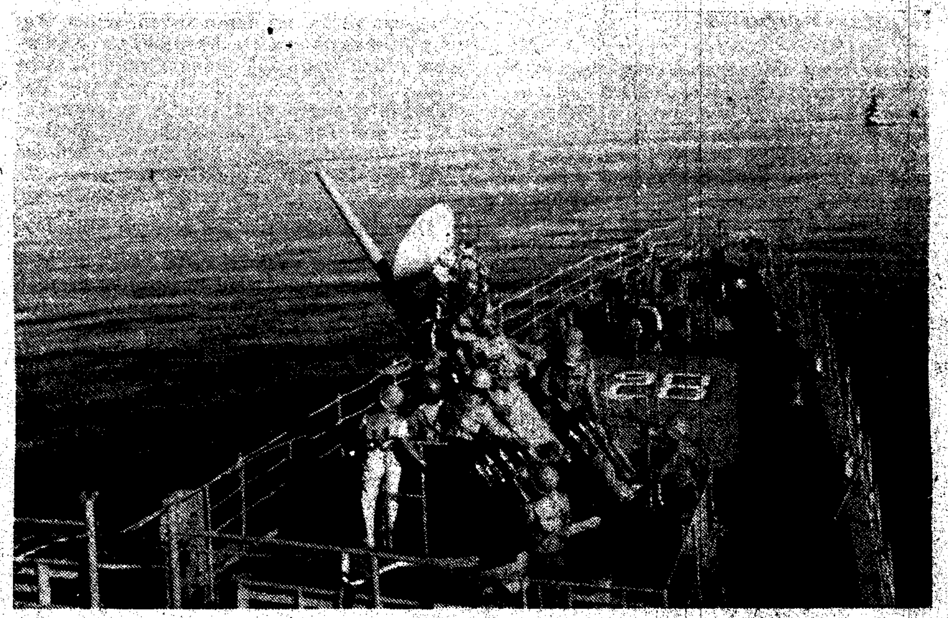
Iran hat seinen Ölexport in beschränktem Umfang aufrechterhalten können, weil es nach den ersten Überraschungsschlägen der Iraker sowohl in der Luft als vor allem auch zu Wasser eine deutliche Überlegenheit behaupten konnte. Die iranische Marine übt die Seeherrschaft im arabisch-persischen Golf aus und garantiert bisher erfolgreich die Schiffahrt durch die Straße von Hormuz. Die iranische Luftwaffe fliegt täglich an die hundert Einsätze, was bedeutet, daß immerhin noch 20 % der vom Schah beschafften Flugzeuge kampfbereit sind (NZZ, 1.1.1981). Die See- und Luftüberlegenheit ist notwendig, weil sonst die Tanker nicht ungefährdet fahren und mit mehr oder minder improvisierter Technik vollgepumpt werden könnten.
Eine weitere Stärke Irans im Krieg liegt darin, daß das Land mehr Soldaten aufstellen kann als Irak, einfach weil die Bevölkerung größer ist: 35 Millionen gegenüber 12 Millionen. Außerdem kämpfen die iranischen Truppen entschlossener und mutiger, besonders die „Wächter der Revolution". Das hängt sicher noch mit dem Volksaufstand gegen das Schah-Regime zusammen, mit dem Sturm der national-religiösen Gefühle, die einerseits halfen, die Amerikaner und ihre Marionetten zu vertreiben und die andererseits jetzt das Khomeiny-Regime und besonders die IRP an der Macht halten. Es hat aber auch damit zu tun, daß die Iraner ihr eigenes Land verteidigen, während die Iraker fremde Eindringlinge sind.

Massive Rüstungslieferungen an den Irak stehen bevor

Die Überlegenheit der iranischen Luft- und Seestreitkräfte ist allerdings nicht ungefährdet. Auf längere Sicht droht sie verloren zu gehen, weil der Irak von allen möglichen Seiten mit neuen Kampfflugzeugen und Kriegsschiffen ausgerüstet wird und sein Nachschub mit Ersatzteilen gesicherter ist. Anfang Februar lieferte Frankreich die ersten von 60 versprochenen Düsenjägern Mirage F 1 nach Bagdad, was sich trotz höchster Diskretion des Vorgangs nicht verheimlichen ließ. Giscard d'Estaing ist mit Rücksicht auf die Profitinteressen der französischen Rüstungsindustrie offenbar fest entschlossen, trotz des offenen Gemetzels am Golf alle bestellten todbringenden Produkte: Flugzeuge, Hubschrauber, Panzer und Raketen ohne Verzögerung an den Irak zu liefern (NZZ, 3.2.1981, vgl. auch die Tabelle in: blätter des iz3w, Nr. 89, Okt. 1980, S. 52 ff). Auch die irakische Flotte kann bald mit Neuzugängen rechnen: von der russischen Rüstungsindustrie sind zehn Flugkörperkorvetten in Aussicht gestellt, von der italienischen vier Fregatten, sechs Korvetten und ein Versorgungsschiff (NZZ, 1.1.1981).
Damit noch nicht genug: Hinter dem Irak stehen die konservativen arabischen Regimes wie das saudi-arabische (NZZ, 28.11.1980), das zur Zeit mit der Bundesregierung und anderen EG-Staaten über Waffengeschäfte größten Umfangs – Leopard, Tornado – verhandelt. Mit einiger Aussicht auf Erfolg, denn ebensowenig wie Giscard scheint der sozialdemokratische Bundeskanzler Schmidt oder die offen Profitinteressen vertretende Premierministerin Thatcher abgeneigt, auf Kosten von Gesundheit und Leben anderer Völker die „Arbeitsplätze" in ihren Ländern zu sichern.

Die Islamische Republik in Mißkredit

Demgegenüber ist die islamische Republik Iran bei der westlichen Rüstungsindustrie zur Zeit wenig als Kunde gefragt. Sie gilt als unberechenbar, sowohl, was ihre Zahlungsmoral und -Fähigkeit, als auch, was die Verwendung der Waffen angeht. Man befürchtet wohl, daß sie sich eines Tages wieder gegen die eigenen Interessen richten könnten. Ob diese Gefahr hier wirklich größer ist als anderswo in der Dritten Welt, sei dahingestellt.
Bezeichnend ist, daß westliche Industrieländer wie Frankreich und die Bundesrepublik in den letzten beiden Jahren von iranischen allmählich auf Ölimporte aus anderen OPEC-Ländern umgestiegen sind, z.B. irakische. Das internationale Kapital ist mißtrauisch geworden, weil das Khomeiny-Regime, so reaktionär es auch sonst ist, auf vom Schah schon gekaufte Atomkraftwerke, Awacs-Frühwarnsysteme, eine supermoderne Metro für Teheran und andere imperialistische „Errungenschaften" kurzerhand verzichtet hat und sich nicht scheute, die diesbezüglichen Verträge zu brechen.
Kürzlich (Januar 1981) sind die iranischen Investitionen der multinationalen Pharma-Konzerne von der Islamischen Republik nationalisiert worden, darunter die Niederlassungen von Bayer, Höchst, Merck, Schering und Boeringer, Grünenthal, deren deutsche Manager davon natürlich nicht begeistert sind, auch wenn sie auf Entschädigung hoffen (FR, 23., 27.1.1981). Der ja-



Radargesteuertes 76-mm-Geschütz an Bord einer iranischen Korvette der «Admiral Bayndor»-Klasse. Die vier Schiffe führen Namen von iranischen Marineoffizieren, die im August 1941 im Kampf gegen die Briten fielen.

panische Multi Mitsui, der für 2,5 Milliarden Dollar einen riesigen petrochemischen Komplex bei Bandar Khomeiny errichten wollte, möchte sich davon heute am liebsten völlig zurückziehen und die damit verbundenen Verluste lieber in Kauf nehmen, als mit den neuen Machthabern Irans weiter zurechtkommen zu müssen (NZZ, 12.11.1980).
Auch die Geiselaffäre mag ihr Teil zur Berührungsangst gegenüber den Ayatollahs beigetragen haben. Jedenfalls hat die mit Rüstungshilfe für unterdrückerische Regimes in anderen Fällen (z.B. El Salvador) nicht gerade zimperliche Reagan-Administration nach der Freilassung der Geiseln erklärt, Iran werde auch in Zukunft von den USA weder Waffen noch Ersatzteile erhalten. Überdies mahnte Außenminister Haig trotz offizieller Aufhebung der Handelssanktionen zu größter Vorsicht und Zurückhaltung bei jedem Geschäftsverkehr mit Persien. (NZZ, 31.1.1981). Alles, was irgendwie mit Khomeiny zu tun hat, ist nicht mehr kreditwürdig, selbst auf die Gefahr hin, daß dabei Profite durch die Lappen gehen: Das Risiko ist den Herren mit den Köfferchen, die sich früher die Klinken des Schah-Palastes gegenseitig in die Hand drückten, heute einfach zu hoch.
Wie verlogen die Exportpolitik der Industriestaaten bei Rüstungsgeschäften ist, zeigt sich am Beispiel Iran-Irak in nackter Deutlichkeit: Lieber hält man es mit einem offenkundigen Aggressor, den man halbwegs im Griff zu haben glaubt, als mit einem Angegriffenen, der nicht geheuer ist, weil er sich gegen die Interaktionsformen des imperialistischen Weltsystems sträubt. Möglicherweise ist das eine ganz irrationale Einstellung derjenigen, die über das internationale Kapital verfügen, weil ja noch lange nicht ausgemacht ist, ob mit Khomeiny nicht doch ganz gute Geschäfte zu machen wären, wenn man seinem schroffen islamischen Gebaren nur flexibler begegnen würde. Waffen jedenfalls ließen sich an die Islamische Republik zur Zeit leicht verkaufen, und solange das Erdöl im iranischen Boden steckt, ist auch verbürgt, daß sie irgendwann bezahlt werden können.

Nachschubsorgen Irans

Iran hat gegen die bedrohliche Entwicklung der irakischen Rüstung bisher keine wirksamen Mittel gefunden. Es hat auf's schärfste bei der französischen Regierung protestiert (NZZ, 7.2.1981) und versucht außerdem, die arabischen Versorgungskonvois für Bagdad, die aus Kuwait kommen, durch Luftangriffe auszuschalten, sobald sie die irakische Grenze überschritten haben. Im November wurde dabei sogar ein kuwaitischer Grenzposten in Mitleidenschaft gezogen. Damit läßt sich allerdings nicht verhindern, daß Saudi-Arabien Saddam Hussein — offenbar mit us-amerikanischer Billigung — großzügige Finanzhilfe gewährt. (NZZ, 28.11.1980) Seinen eigenen Waffen- und Ersatzteilnachschub wickelt Iran über graue Märkte und entlegene Drittländer wie Korea, Libyen und angeblich sogar Israel ab (Die Neue, 9.1.1981). Außerdem schlachten die Iraner immer noch das eigene Rüstungsmaterial aus, das der Schah in so reichlichem Maße angeschafft hat.
Unter den gegenwärtigen Umständen ist davon auszugehen, daß sich das militärische Kräfteverhältnis immer mehr zum Nachteil Irans verschieben wird, je länger der materialverschleißende Krieg dauert. Welche Handlungsmöglichkeiten hat die Führung des Landes, um dem zuvorzukommen? Ich sehe drei.

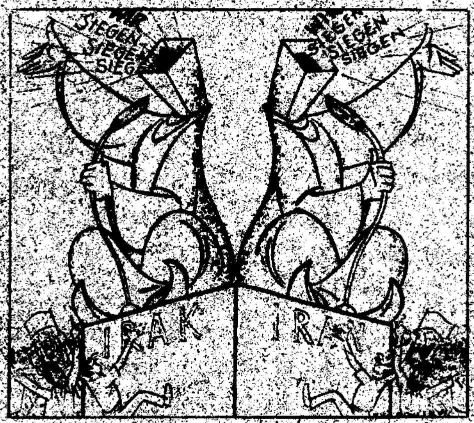
Kompromißfrieden: wünschenswert, aber unwahrscheinlich

Die erste besteht darin, einen möglichst schnellen Kompromißfrieden anzustreben, bei dem beide Regimes halbwegs das Gesicht wahren können. Eine geeignete Formel zu finden, dürfte zwar nicht einfach, aber von geschickten und geduldigen Diplomaten immerhin zu schaffen sein, etwa auf der Linie, daß die Kontrahenten sich verpflichten, den Vertrag von Algier aus dem Jahre 1975 in Zukunft strikt einzuhalten. Iran müßte dabei auf zwei winzige Territorien am Schatt el Arab verzichten.
Ich meine, daß diese Lösung für die arme Bevölkerung der beiden Länder bei weitem die beste wäre, weil sie das Blutvergießen früh beenden, die Versorgung sicherstellen und den Unterprivilegierten die Möglichkeit zurückgeben würde, anstatt gegen den äußeren Feind um sozialen Fortschritt und politische Rechte im Innern zu kämpfen. Hierin liegt allerdings auch der Grund, warum dieser Weg von den Regimes höchstwahrscheinlich nicht beschritten wird. Beiden kommt der Krieg nämlich sehr gelegen, um trotz Unterdrückung, elitärer Mißwirtschaft und sozialpolitischer Untätigkeit weiterhin an der Macht zu bleiben. Solange die Massen in Gedanken, Worten und Taten gegen die „Ungläubigen" und „barbarischen Teufel" des anderen Landes zu Felde ziehen, werden sie kaum Widerstand leisten gegen das eigene Regime: weder die benachteiligte schiitische Mehrheit des Irak noch die nichtpersischen Nationalitäten Irans (mit Ausnahme der Kurden) noch die ausgebeuteten Bauern und Arbeiter in beiden Ländern. Khomeiny und Saddam Hussein brauchen den Krieg, um die eigene Herrschaft zu verteidigen. Keiner von ihnen wird auf das Hauptthema der Propaganda so schnell verzichten wollen, die die Volksmassen bei der Stange hält.
Alle Vermittlungsversuche stießen denn auch bisher in Bagdad und Teheran auf taube Ohren, ob sie nun im Auftrag der UNO vom ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme, vom kubanischen Außenminister Malmierca oder von der arabischen Gipfelkonferenz in Taif unternommen wurden (NZZ, 17.11.1980; BZ, 27.1.1981). Solidarität mit dem persischen Volk erfordert, solche Vermittlungsbemühungen bekannt zu machen und zu unterstützen, wer auch immer sie unternimmt.

Die Risiken einer entscheidenden Offensive

wahrscheinlicher ist, daß die iranische Führung an die zweite Handlungsmöglichkeit denkt: Die noch bestehende Luftüberlegenheit könnte benutzt werden, um in ihrem Schutz zu einem klimatisch günstigen Zeitpunkt im Frühling oder Sommer unter Aufbietung

aller Truppenreserven eine große, sorgfältig vorbereitete Offensive zu wagen. Todesmut einer größeren Zahl von Kämpfern müßte die bessere technische Ausrüstung der irakischen Bodentruppen aufwiegen. Auch wenn dabei mehr iranische Soldaten ums Leben kämen, als beim Gegner, hätte das Khomeiny-Regime mit solchem Wagnis die Chance, in diesem Krieg endgültig zu siegen.
Im Gegensatz zu Teheran liegt die irakische Hauptstadt Bagdad, aber auch das bedeutende Basra in strategischer Reichweite eines durchschlagenden persischen Angriffs.
Entsprechend groß sind die Risiken: Bräche die Offensive nicht durch, bedeutete das die endgültige Niederlage und wahrscheinlich das Ende des Khomeiny-Regimes. Die iranischen Truppen hätten sich in diesem Fall ausgeblutet, ohne daß Hoffnung auf Ersatz bestünde. Die Niederlage würde die führenden Politiker und Ayatollah in der Gunst der Bevölkerung, deren Erwartungen durch die Kriegspropaganda auf's Äußerste hochgespannt worden sind, tief sinken lassen, obwohl natürlich alle versuchen würden, sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben. Und mit Khusistan wäre die materielle Basis des Khomeiny-Regimes verloren. Ich halte daher auch diese Möglichkeit für nicht sehr wahrscheinlich.
Für die Masse der Bevölkerung wäre es in jedem Fall schlimm, wenn die Führung alles auf eine Karte setzen und einen kriegsentscheidenden Angriff wagen würde. Selbst wenn er durchschla-

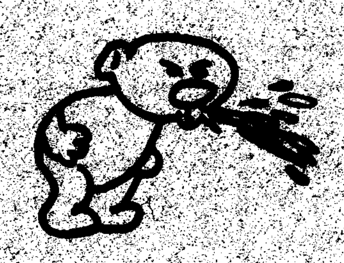


gen sollte, müßte das unter den gegebenen Umständen noch einmal mit zehntausenden von Toten und Krüppeln erkauft werden, die nicht mehr für ihre Angehörigen sorgen können. Von Vorteil wäre in diesem Fall immerhin, daß das Lager Bani-Sadrs politischen Auftrieb erhielte.
Gelänge die Offensive allerdings nicht, wären die Auswirkungen für die Bevölkerung katastrophal: Tote und Verletzte wären noch zahlreicher, mit Khusistan ginge die Versorgungsgrundlage verloren, und auch politisch würde sich die Lage eher verschlimmern als verbessern. Denn es ist ganz unwahrscheinlich, daß nach dem Zusammenbruch des Khomeiny-Regimes eine fortschrittlichere Regierung an die Macht käme, die die Interessen der Iraner besser vertreten würde. Außer in Kurdistan sind die linken Kräfte schwach. Und mit den USA, der UdSSR, den westeuropäischen und konservativen arabischen Staaten steht die Meute der imperialistischen und expansionistischen Mächte schon bereit, die danach trachten, ein Marionettenregime nach ihrer Facon zu installieren.

Am wahrscheinlichsten: ein langer Krieg mit Rüstungswettlauf

Die dritte Handlungsweise halte ich für die wahrscheinlichste, weil sie dem Khomeiny-Regime die Aussicht auf Fortbestehen bei geringem Risiko eröffnet und weil Saddam Hussein ein spiegelbildliches Interesse haben dürfte: Verlängerung des ideologisch und propagandistisch ausschlachtbaren Krieges mit mäßiger Kampftätigkeit an den erstarrten Fronten und gelegentlichen Scheinoffensiven wie im Januar. Gleichzeitig angestrengte Versuche, das Anwachsen des irakischen Rüstungspotentials durch eigene Waffenkäufe auszugleichen, wo immer sie zu haben sind.
Das könnte zum Beispiel bei der Sowjetunion sein, mit der sich eine engere Zusammenarbeit anzubahnen scheint, seit dem 7. November 1980 ein iranisch-russisches Transitabkommen geschlossen wurde. Es sieht u.a. die Benutzung von sowjetischem Territorium für den Transport von Waren vor, die zwischen Iran und europäischen Ländern (einschließlich des Ostblocks) gehandelt werden. Zu diesen Waren gehören laut russischem Kommentar Metalle und Traktoren – warum sollten es nicht auch Kanonen werden, die auf diesem Weg nach Iran gelangen? (DWMD, 16.12.1980; zum Transitabkommen mit der UdSSR vgl. auch das folgende Interview mit B. Mortazawi, das vor allem auf die iranischen Gegenleistungen eingeht.)
Es wird sich zeigen, ob der Krieg das Khomeiny-Regime veranlaßt, sich stärker als bisher bei der UdSSR anzubiedern, und ob der sowjetische Einfluß in Iran zunehmen wird, wie die CIS befürchtet. Außer der Tudeh-Partei wollte das bisher in Teheran niemand, am wenigsten die IRP. Vielleicht versuchen es die iranischen Machthaber auch bei der Bundesrepublik, Brasilien, Israel, die Rüstungsindustrie in der ganzen Welt ist eigentlich scharf darauf, möglichst viel Panzer, Kanonen, Bombenflugzeuge, U-Boote, Zerstörer und Raketen zu verkaufen.
Die finsteren Führer der islamischen Revolution müßten nur wieder etwas kreditwürdiger werden, als sie es zur Zeit sind. Das könnten sie zum Beispiel damit erreichen, daß sie sich hinter Bani-Sadr zurückhalten, der den waffenexportierenden Industriestaaten offenbar mehr Vertrauen einflößt. (Möglicherweise kommen Beheschti und die IRP auf die Dauer auch mit den Russen ganz gut aus, wenn sie erst einmal entdeckt haben, daß das gar keine Kommunisten sind, sondern Leute, die auf ihre Weise ebenfalls in der Tradition der Despotie stehen.) Es gibt sicher noch andere Möglichkeiten, um eine gewisse internationale Reputierlichkeit zurückzuwinnen. Ich kann mir kaum vorstellen, daß das Khomeiny-Regime in bedrängter Lage nicht alle Hebel in Bewegung setzen wird, um an Flugzeuge und Panzer heranzukommen. Die Frage ist nur, wieweit es dabei in der Lage ist, über seinen eigenen islamischen Schatten zu springen.
Statt eines Endes mit Schrecken, das die entscheidende Offensive herbeiführen würde, ist dies eine Perspektive des Schreckens ohne Ende. Das damit vermachte Leid wird vermutlich nicht geringer sein. Daß ein langes Hinziehen des Krieges wahrscheinlich ist, weil es die beiden Regimes im Sattel hält, und daß damit der soziale Fortschritt in beiden Ländern lange blockiert wird, sind zwei Seiten derselben Medaille.
Im Unterschied zu anderen Ländern der Dritten Welt haben Iran und der Irak günstige Ausgangsbedingungen, weil sie über reiche fossile Bodenschätze verfügen. Die damit erwirtschafteten Deviseneinnahmen ermöglichen es ihnen, Entwicklungsprojekte durchzuführen, die sie unabhängiger machen könnten: Ankurbelung der landwirtschaftlichen Produktion für den Eigenbedarf, Aufbau eigener Industrien zur Herstellung der wichtigsten Konsumgüter usw. Allerdings werden die Einnahmen aus dem Ölexport nur solange hereinkommen, wie diese wichtigste Ressource nicht verbraucht ist. Das könnte schon in 20 oder 30 Jahren der Fall sein. Wenn es bis dahin nicht gelungen ist, eine eigenständige, selbsttragende Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur aufzubauen, werden Elend und Abhängigkeit sich verschärfen und zum Dauerzustand werden. In dieser Situation erscheint es verhängnisvoll, wenn die Regierungen in Bagdad und Teheran ihre reichen Ressourcen heute dazu verschwenden, sich in den Industrieländern Waffen zu kaufen, die sie gegeneinander richten. Wie der Krieg auch ausgehen mag: sie handeln sich nur ausgebrannte Panzer und anderen Schrott damit ein, anstatt die Voraussetzungen zu schaffen, sich eines Tages wieder aus eigener Kraft versorgen zu können.

hpö



Die Frauen in Nicaragua wollen gerne mit uns reden

Nachdem mein Interview mit Fideline M. in der Courage abgedruckt und von vielen mir bekannten Frauen als interessant bezeichnet worden ist, möchte ich mit dem folgenden Beitrag über die Frauen in Nicaragua versuchen, die Diskussion weiter anzuregen. Es ist wichtig, daß alle Ansätze, die es in Frauen- und Lateinamerika-Gruppen bereits gibt, eine LA-Frauensolidaritätsarbeit aufzubauen vorangetrieben werden.

In diesem Zusammenhang stellt Nicaragua ein heikles Problem dar. Das Interview von Cordelia Dilg mit Silvia Reyes von der Frauenorganisation AMNLAE, das im Tazjournal zu Zentralamerika abgedruckt worden ist, wirkt auf viele Frauen wie eine kalte Dusche.

Cordelia versucht zu erklären, daß die Frauen in Nicaragua ihre Rolle aus den Notwendigkeiten heraus begreifen, die der Aufbau des Landes mit sich bringt. Sie meinen, daß sie das freie Nicaragua gemeinsam mit den Männern aufbauen müssen und hinter dieser Aufgabe die geschlechtsspezifischen Unterschiede an Bedeutung verlieren.

Wir feministischen Europäerinnen können meist nicht glauben, daß die eigenständige und gleichberechtigte Integration der Frauen in den politischen Prozess seit dem Sturz Somozas bruchlos erfolgen konnte. Wir fragen die Genossinnen ständig, ob die Frauen nicht weiterhin unter dem „machismo" und seinen Folgen zu leiden haben, weil eine neue Gesellschaftsordnung meist erst sehr langsam neue Menschen schafft.

Plakat der Frauenorganisation Nicaraguas. Die Texte:
"Bildet Euch für unsere Befreiung"
"Organisiert für den Kampf, organisiert für den Wiederaufbau"
"Frau, Deine Organisation ist die Asociacion de Mujeres Nicaraguenses"

Unsere Zweifel werden fast immer für unbegründet erklärt und es entsteht der Eindruck, daß die politische Aktion Männer und Frauen bruchlos zusammenschließt. Doch daneben machen wir die Beobachtung, daß Frauen in leitender Stellung fast nirgendwo zu finden sind, daß Abtreibungen verboten sind und daß die Kleinfamilie zum Grundelement der Gesellschaft erklärt wird, daß der „machismo" auf der Straße, in den Behörden und vielerorts mit Händen zu greifen ist und viele Frauen im privaten Gespräch darüber Klage führen.

Wenn man die Frauen von Nicaragua kennenlernen will, ist AMNLAE leider nicht der günstigste Anknüpfungspunkt. Nicht von ungefähr habe ich in meinem Buch über Nicaragua so wenig über die Frauen geschrieben. Ich hatte im Dezember 1979 ein Gespräch mit Silvia, das demjenigen, das Cordelia aufgeschrieben hat, aufs Haar glich. Ich hatte das Gefühl, die Probleme, die für uns wichtig sind, nicht ansprechen zu können und kam mir weder kompetent genug noch berechtigt vor, an dieser Situation etwas zu kritisieren. AMNLAE gibt an ausländische Journalisten/innen nur durch den Mund autorisierter Sprecherinnen Auskunft. Diese sind häufig den US- und Europafrauen gegenüber äußerst zurückhaltend. Sie meinen, daß wir sie mit falschen Vorstellungen und mit hysterischer Männerfeindlichkeit, die Ausfluß unserer dekadenten Gesellschaften ist, verwirren könnten.

Bei meinem zweiten Besuch in Nicaragua ein Jahr später habe ich verschiedene Frauen kennengelernt, über die ich hier einiges erzählen will.

Viele Leute, die in Lateinamerika gereist sind – es gibt auch wissenschaftliche Untersuchungen darüber – meinen beobachtet zu haben, daß dort die Frauen, vor allem auf dem Land, sehr häufig das Sagen haben. In der Mehrzahl müssen sie die Familie ganz oder teilweise ernähren, weil die Männer oft abhauen oder zu wenig verdienen. Die Männer kümmern sich weder um die Kindererziehung noch um den Haushalt, so ist die Frau Alleinherrscherin. Derartige Beobachtungen machen sich die Sache wohl zu leicht. Die Frauenherrschaft ist Ausdruck ihrer totalen Abhängigkeit von Heim, Herd und Kindern. Es ist selbstverständlich, daß die Männer ihre Frauen schlagen, hintergehen, daß sie trinken und das Geld aus dem Hause tragen, daß sie der Frau verbieten irgendwohin zu gehen. Natürlich ist die vielfache Ausbeutung der Frau in den ärmsten Schichten am krassesten, aber sie stellen die Mehrheit der Bevölkerung dar.

In Nicaragua hat sich an diesen allgemeinen LA-Zuständen einiges geändert. Der Staat und die führende Partei erheben den Anspruch, die volle Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen und alle dafür nötigen Schritte zu unternehmen. Dies schafft ein öffentliches Klima, in dem viele Diskriminierungen nicht mehr vorkommen können und Voraussetzungen geschaffen sind, die Emanzipation der Frau, ihre selbständige Organisierung und die Formulierung ihrer Forderungen, in die Wege zu leiten.

Natürlich ist frau noch lange nicht so weit, dies zeigt die Situation der Frauenorganisation, das Fehlen von Gesetzen über freie Abtreibung und der Mangel an Ausbildungsplätzen und Arbeitsstellen zur beruflichen Integration der Frau.

Es ist klar, daß dies alles noch lange dauert und viel davon abhängen wird, wie die Frauen sich organisieren und in den Prozeß selbständig eingreifen. Die Voraussetzungen da-



Zwei Guerrilleras während des Aufstandes

für sind sehr unterschiedlich. Es gibt Frauen, die versuchen hierbei aktiv zu sein, es gibt Frauen, die nicht wissen, was sie tun können und sollen. Die beiden Beispiele weiter unten machen deutlich, wo im einzelnen die Schwierigkeiten liegen.

Alicia, eine Hausfrau

Alicia ist 32 Jahre alt, Hausfrau und verheiratet, sie hat fünf Töchter. Die Älteste ist zwölf, sie lebt bei den Großeltern im Haus gegenüber. Ihr Vater hat Alicia sitzenlassen, als sie schwanger war. Die kleinen Mädchen sind zwischen zwei und sechs Jahre alt, die Älteste von ihnen geht in eine Vorschule der baptistischen Kirche, dafür muß die Familie 300 Cordobas im Monat bezahlen. Der Mann verdient als staatlicher Angestellter 3 000 im Monat, Miete, Wasser und Licht kosten monatlich 400 bis 600 Cordobas. Das Kind steht jeden Morgen um fünf Uhr auf, weil der Bus um 6 vorbeifährt. Die privaten Kindergärten sind fast alle verstaatlicht und kosten nichts, aber es gibt so wenig Plätze, daß Alicia keine Tochter dort unterbringen konnte. Wenn keine Arztrechnungen anfallen, reicht das Geld gerade aus. Doch die 6jährige hat Asthma und die dreijährige ein Augenleiden. Beide können nicht in der Poliklinik behandelt werden, weil es Spezialfälle sind.
Alicia mußte nach dem 5. Schuljahr abgehen und Geld verdienen. Eine Ausbildung besitzt sie nicht. Zu Somozas Zeiten hat sie einmal einen Nähkurs besucht und einen Preis, eine Nähmaschine, gewonnen. Doch dieser ist nie verteilt worden, weil die Schulleitung die Nähmaschine einfach verkauft hat. Ihr Mann hat Abitur und kennt sich in Politik aus. Davon meint sie nichts zu verstehen. Sie ist sehr für die Revolution, hofft, daß die Wünsche, die sie mit der neuen Regierung verbindet, vor allem mit Tomas Borge, bald in Erfüllung gehen. Sie meinte nach dem Sieg der Sandinisten, daß man jetzt gleich in die Häuser der Somozisten einziehen könne und ist enttäuscht, daß sie noch immer in ihrer primitiven Hütte leben muß. Der Mann arbeitet den ganzen Tag und geht abends in die Universität. Sie weiß, daß sie Komplexe hat, weil sie nicht fehlerfrei schreiben kann und keinen Beruf hat. Beide haben während des Bürgerkrieges die FSLN unterstützt und mußten mit allen Kindern für ein paar Wochen nach Costa Rica fliehen. Das war das einzige Auslandserlebnis in ihrem Leben, dort ist ihr alles kalt und fremd vorgekommen, so stellt sie sich die USA vor.

Ihre Schwiegermutter verachtet Alicia und meint, daß ihr Sohn eine bessere verdient habe. Sie wirft ihr vor, nur Töchter zu haben, sich nicht hübsch zu richten, eine faule Schlampe zu sein. Der Mann verehrt seine Mutter und bringt im Streit dieselben Vorwürfe vor.
In der Familie wird nicht geschlagen, die Eltern sind sehr liebevoll mit den kleinen Mädchen und haben sie den ganzen Tag auf dem Schoß. Der Vater trinkt nicht und raucht nicht, er hilft nicht im Haushalt und verdient das Geld. Alicia fürchtet zuweilen, daß er sie mit einer jungen und hübschen Frau von der Universität verlassen könnte. Dann bekommt sie Herzschmerzen und denkt darüber nach, wie sie Geld verdienen könnte. Wenn er sie nicht mehr mag, soll er gehen.
Ich begleite Alicia in die Poliklinik, wo sie zum ersten Mal im Leben zum Zahnarzt will. Ich mache mich auf eine lange Wartezeit gefaßt. Nach zwanzig Minuten ist sie fertig. Sie

habe dem Arzt bei der Anmeldung erklärt, mit einer deutschen Journalistin da zu sein, die das Gesundheitswesen kennenlernen wolle, das habe die Wartezeit verkürzt. Man kann das Leben nur mit Tricks und Schlichen meistern. Diese Erfahrung aus der Somozazeit steckt in Alicia und in allen Nicaraguanern unendlich tief. Ebenso ist der Stolz entwickelt, die Empfindlichkeit gegen jede Demütigung. Als andere Wartende sie fragen, ob ich ihre Herrin sei, gibt sie ausführlich Bescheid, daß es sich bei uns beiden um Freundinnen handelt. Nachher trinken wir in einem Restaurant einen Saft. Alicia nimmt die Rechnung als Andenken mit sich. Anschließend besuchen wir das stinkvornehme Hotel Intercontinental. Sie meint, wir würden nicht eingelassen, doch kann hier jeder westlich aussehende Mensch ohne Schwierigkeiten rein. Wir besichtigen alles. Der Sohn des Verwalters hat Geburtstag und es ist im Garten neben dem Swimming-Pool eine riesige Tafel mit einer mehrstöckigen Supertorte aufgebaut. Alicia kann sich kaum beruhigen, sie denkt dauernd daran, wie ihre Kinder bei einem solchen Fest jubeln würden. Wir beschließen, daß man die Reichen vollends abschaffen muß.
Eine deutsche Touristin fragt uns nach einem Arzt. Alicia empfiehlt ihren Hausarzt, der ihr gesagt hat, er könne englisch und deutsch. Dies erweist sich als falsch und Alicia ist tief empört, daß der „kluge" Mann die arme dumme Frau so hereingelegt hat.
Alicia hat keine Freundinnen. Die Frauen in der Nachbarschaft sind klatschsüchtig und gefallen ihr nicht, im Stadtkomitee sind nur ehemalige Somozisten zugange, außerdem ist sie immer müde und nie mit der Hausarbeit fertig. Sie müßte mit ihrer Mutter zum Arzt, mit den Kleinen zum Optiker, mit der Ältesten in die Klinik gehen, es ist ihr zu viel, sie hat ständig etwas versäumt. Sie müßte öfter auf den Markt, mehr gehaltvolle Sachen kochen, aufpassen, daß die Kinder immer die Hände waschen, nach Milch rennen, fehlende Knöpfe annähen.
Über Frauenempanzipation weiß sie alles. Sie weiß, daß zwei Kinder völlig genug sind, daß man auch unverheiratet mit einem guten Beruf leben könnte, daß man von den Männern finanziell unabhängig sein muß. Sie weiß, daß ich lache, wenn sie sich schminkt, daß mir die Kinder nicht gefallen, wenn sie sie mit den Maxikleidchen herausputzt. Sie weiß, daß sie die Älteste nicht von der Schule nehmen soll, damit sie ihr hilft. Sie weiß, daß sie ihre Komplexe überwinden sollte, daß sie lesen und schreiben üben muß, daß alle in den Massenorganisationen aktiv sein sollten, weil die Regierung nichts ohne das Volk ausrichten kann.
Alicias Schwester geht es viel schlechter. Der Mann trinkt, schlägt sie und verbietet ihr, das Haus zu verlassen. Die 14jährige Nichte ist soeben schwangeren Zustands mit einem Typen abgehauen.
Die Hausbesitzerin verlangt eine Nachzahlung von mehreren tausend Córdoba. Während des Krieges hat niemand Miete gezahlt und jetzt fangen die Hausbesitzer an, Nachzahlungen zu fordern. Die Hütte verfällt zusehends, durch die riesigen Ritzen und Löcher zwischen den Holzlatten kommen alle möglichen Tiere angekrochen. Von dem Geld, das ich ihr mitgebracht habe, hat Alicia Schaukeln für die Kinder gekauft. Sie will sich entschuldigen, weil es nichts Nützliches ist. Als ich ihr später noch etwas gebe, kauft sie sich einen Eßtisch, seither sagt die Hauswirtin, sie lüge, wenn sie behaupte kein Geld zu haben.
Als die Kinder eines Tages wild und schreiend durch das Haus toben und alle chaotisierten, fragte sie mich, ob das bei uns auch nur die Kinder der Armen dürften. Sie meinte, die reichen Kinder müßten in Nicaragua immer gesittet, brav und ernst sein, das findet sie traurig, ihre Kinder sollen alles dürfen, hinterher nimmt sie den Besen.

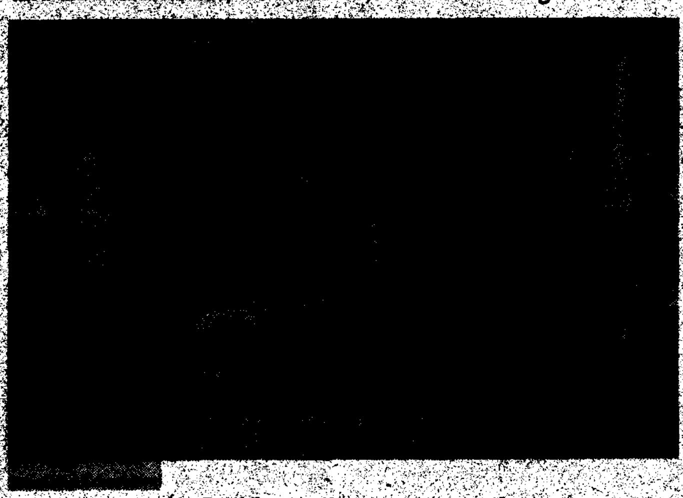
Alicia hat gerne von den Solidaritätstouristinnen und -touristen Besuch. Sie erzählen ihr von der fernen Welt, das ist wie Kino. Sie möchte mir die jüngste Tochter mitgeben, damit ich sie aufziehe und sie eine feine Dame wird. Dann soll sie zurückkommen und ihrer Mutter den Lebensabend



verschönen. Aber am liebsten würde Alicia selbst kommen und die Kälte erleben, die Menschen in den Mänteln sehen, den Schnee spüren. Als es in Managua einmal Abends nur 20 Grad hat, ist sie überzeugt, daß es kälter nicht geht.
Sie weiß, daß ihre Ausländerfreundlichkeit von vielen als Profitlichkeit ausgelegt wird, weil man von ihnen etwas geschenkt bekommt und sich etwas darauf einbilden kann. Sie traut sich aber genügend Menschenkenntnis zu, um festzustellen, wer sie als Studienobjekt und wer als Freundin sieht.
Ich glaube, daß es in Managua von Alicias nur so wimmelt.

Frauen von Frente Obrero

Frente Obrero(FO) nennt sich eine kleine Gruppe in Nicaragua, die seit dem Sieg der Sandinisten als linkssektiererisch, damit konterrevolutionär und staatsfeindlich verfolgt worden ist. Viele Mitglieder haben monatelang im Gefängnis gesessen, sind dann aber alle freigesprochen worden. Heute sind sie nicht verboten, können aber fast nichts machen, weil alle Sachwerte, die der Organisation gehörten, noch immer beschlagnahmt sind. Die FO unterstützt die Sandinisten, hat aber in mehreren Punkten Kritik und Gegenvorschläge. Die Sandinisten gehen davon aus, daß die Lage im Lande gegenwärtig noch immer viel zu labil ist, um solche Auseinandersetzungen auszutragen.
Die Frauen der FO haben versucht in AMNLAE mitzuarbeiten, sind aber nicht sehr weit gekommen, es besteht ein grundsätzliches Mißtrauen gegen sie, außerdem setzen sie sich entschieden für die Freigabe der Abtreibung und umfangreiche Familienplanung ein. Sie lehnen das Argument, daß das schwach bevölkerte Nicaragua Nachwuchs braucht, wie es von offiziellen Seiten ständig zu hören ist, mit der Begründung ab, daß die vielen Kinder hauptsächlich bei der armen Bevölkerung vorkommen. „Keine Frau kann zehn bis fünfzehn Geburten schadlos überstehen, und die meisten wissen sowieso nicht, wie sie die Kinder ernähren sollen, noch immer sind über die Hälfte der Kinder im Lande unterernährt, was sehr oft zu irreparablen Gehirnschäden führt."
In der FO hat sich eine Gruppe von Frauen und Männern gebildet, die die Probleme aufarbeiten wollen, die sie einerseits durch die Tatsache sehen, daß sie sich in AMNLAE nicht artikulieren können, denn dort sind sie nicht erwünscht, und andererseits aus der Einsicht, daß es in der eigenen



Organisation viele Probleme gibt.
So sind in der Phase der Verfolgung viele Genossen ausgestiegen, weil ihnen der Druck zu groß war. Die Frauen haben häufig den gleichen Schritt gemacht und dabei zugegeben, es nur aus Angst vor Konflikten zu tun. Viele Frauen haben die Erfahrung gemacht, daß sie während der Zeit, in der die Männer im Gefängnis waren, sehr aktiv geworden sind und neue Fähigkeiten entwickeln konnten, die sie gerne erhalten wollen.
Die Gruppe ist deshalb gemischt, weil auch die Frauen glauben, daß man den Kampf gegen das Patriarchat nur gemeinsam aufnehmen kann. Sie meinen, daß beide Geschlechter deformiert und in eine Rolle gepreßt wurden, die sie überwinden wollen und müssen. Man versucht zunächst sich anhand theoretischer Texte Klarheit über die historischen Bedingungen der Entstehung des Patriarchats und der Kleinfamilie zu verschaffen. Wie in allen Ländern Lateinamerikas haben auch die Nicaraguaner das Gefühl, um die theoretischen Erkenntnisse des Abendlands, die sie für dringend nötig halten, vor allem was die marxistische Theorie betrifft, geprellt zu werden. Da es nur wenige Bücher gibt und vieles nicht zugänglich ist, wächst das Gefühl dumm und unwissend gehalten zu werden und hinterherzuhinken.
Aus der theoretischen Arbeit, die Probleme wie Hausfrauenlohn, Situation der proletarischen Frau und Möglichkeiten ihrer Beteiligung am politischen Kampf beinhaltet, soll eine praktische Arbeit erwachsen. Sie würden gerne Frauengruppen in Fabriken und Stadtteilen bilden, schriftliches Material erstellen usw.
Ich habe mich ausführlich mit zwei Frauen unterhalten, die in der Gruppe sind. Es ist mir klar geworden, wie wichtig es ist, daß wir ihnen zuhören und versuchen mitzudenken.
Sie meinen, daß bei ihnen ganz allmählich die Diskussion darüber beginnt, ob es möglich ist, als Frau auf Kinder zu verzichten, um politische Arbeit machen zu können. Die Vorstellung, unverheiratet und kinderlos zu sein, ist eine ungeheure, es kam mir so vor, daß eine kinderlose Frau den Eindruck hervorruft, als fehlten ihr die entscheidenden menschlichen Züge.
Das Vertrauen und die Hoffnung in die Männer sind noch reichlich ungebrochen. Die Vorstellung der mannlosen Frau, die es bei uns theoretisch ja sehr häufig und auch in der Praxis gibt, ist eine ungeheuerliche, das Thema Homosexualität habe ich nicht berührt, es war mir zu heikel und mein Spanisch zu schlecht, um es so vorzutragen, daß wenig Mißverständnise entstehen. Natürlich machen die Frauen dauernd die Erfahrung, daß die Männer vornedran sind. Aber die Männer wollen sich auch verändern, und so findet die Suche zum jetzigen Zeitpunkt gemeinsam statt. Man ist hier der Auffassung, daß die Feministinnen die Männer abschaffen wollen und daher ohne Verständnis für die Genossinnen in LA sind. Beide Frauen haben die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, eines Tages eine reine Frauengruppe bilden zu wollen. Schon jetzt zeigt sich anhand der Beteiligung in der Gruppe klar, daß mehr Frauen als Männer mitmachen wollen.
An einem Gedankenaustausch mit Europa wäre man sehr interessiert, man hat wenig Ahnung und kaum Kontakt. Beide Frauen versuchten mir zu vermitteln, wie tief der Chauvinismus im Lande verankert ist und wie stark die Rolle der Frau bis ins kleinste Detail determiniert ist. So ist es in Nicaragua eine Riesenausnahme, wenn sich eine Frau nicht schminkt und ohne Stöckelschuhe herumläuft. Auch die Genossinnen richten sich her, weil man sich eben aus der Sicht der Männer sieht.

Die Revolution und die vorausgehende Zeit des Bürgerkriegs haben in Nicaragua Voraussetzungen geschaffen, die günstig dafür sind, daß sich alles relativ rasch verändert. Verglichen mit den Nachbarländern ist man schon sehr viel weiter. So sind auch alle Anzeichen verboten, die das Ansehen der Frau angreifen und sie zum Sexualobjekt machen. Die Genossinen hoffen, in dieser Richtung hin aktiv werden zu können.
Es war nicht leicht, ihnen zu erklären, daß die Frau in Deutschland durch Hausarbeit und Kinderversorgung ans Haus gefesselt ist. Sie meinten, Haushaltsgeräte, Kinder-

garten und antiautoritäre Erziehung müßten solche Probleme verschwinden lassen. Außerdem stellten sie sich vor, daß die Männer in Europa ja die Hälfte der häuslichen Arbeit übernehmen könnten, da der Stundentag herrsche und der Samstag frei sei. Sie hielten es für einen großen Fortschritt, daß Schlagen öffentlich verpönt ist und die Meinung sich verbreitet, es gebe keine sexuellen Pflichten für eine Ehefrau.
Es wäre sehr wichtig, daß bei uns die Diskussion in der Richtung läuft, daß man sich darüber klar wird, daß die Frauen in LA den Feind im Imperialismus sehen und gemeinsam mit den Männern gegen diesen kämpfen wollen, wohl auch müssen. Nach einem Sieg ist es nur logisch, daß man auch den Aufbau gemeinsam durchführen will. In Nicaragua ist es einigen Frauen sehr hart aufgestoßen, miterleben zu müssen, daß sie beim Aufbau nur an ganz bestimmten Stellen gefragt sind. Viele wollen es einfach noch nicht wahrhaben, daß man sie wieder an den Herd schickt, viele lassen es sich auch einfach nicht gefallen und nehmen den Kampf auf, viele resignieren. Die Mehrheit hat von allem noch gar nichts mitbekommen und so ist die Aufgabenfülle eine unendliche.

Rose Gauger

Nicaragua



Maulkorb fürs Menschenrecht

Einen Tag nach der Veröffentlichung des Jahresberichtes über die Menschenrechte des US-Außenministeriums – in dem eine Verschlechterung der Menschenrechtslage in Nicaragua angeprangert wurde – hat Managua den Menschenrechtlern des Landes einen Maulkorb verpaßt.
Dem Ständigen Menschenrechtsausschuß von Nicaragua (OPDH) wurde unter dem Vorwand, er sei keine juristische Person und damit nicht ordnungsgemäß zugelassen, jede weitere Tätigkeit untersagt. Die Archive des von José Esteban Gonzales geleiteten Gremiums wurden von der Polizei ins Justizministerium gebracht. Die Maßnahme gelte, so Justizminister Ernesto Castillo, bis der „CPDH" die erforderlichen Nachweise einer legalen Zulassung erbracht habe.
Gonzalez erfuhr auf der Rückreise von Europa, wo er mit Papst Johannes Paul II. sowie Politikern und Regierungsvertretern in der Bundesrepublik, Italien, Spanien und Belgien zusammengetroffen war, in Miami von der Maßnahme. Er hielt der offiziellen Begründung entgegen, daß sein Ausschuß bereits 1967 gegründet wurde und „unter der Somoza-Diktatur Schlimmes aushalten mußte". Das Gesetz seines Landes verlange für eine zivile Vereinigung wie den „CPDH" keineswegs den Status einer juristischen Person.
Naheliegender scheint vielmehr, daß die sandinistische Regierung den von den Behörden unabhängigen, von den Vereinten Nationen (UN) und der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) anerkannten Ausschuß mundtot machen wollte, um der zweiten im Land bestehenden Menschenrechtskommission das Monopol in Sachen Menschenrechte zu sichern. Diese Kommission aber wurde Gonzalez zufolge von der Regierung gegründet, „um auf nationaler und internationaler Ebene irreführende Falschinformationen zu verbreiten". Geleitet wird sie, so Gonzalez, vom früheren Botschafter Somozas in Costa Rica, Leonte Herdocia.
Der „CPDH" war in der Vergangenheit für zahlreiche Mitglieder der heutigen Regierung eingetreten, darunter auch Innenminister Tomas Borge. Auf das von ihm zusammengetragene Material stützten seinerzeit die UN und die OAS ihre Verurteilung Somozas. „Leider sahen wir uns aber gezwungen, auch der heutigen Regierung schwere Menschenrechtsverletzungen anzulasten", so Gonzalez.
Dem „CPDH"-Vorsitzenden zufolge gibt es im Land heute „vernünftigen Schätzungen" zufolge 8000 politische Häftlinge. „Hunderte von Gefangenen" – so Gonzalez – wurden hingerichtet, und neben den offiziellen Strafvollzugsanstalten gebe es Dutzende von Geheimgefängnissen der Staatsssicherheitsbehörden. 800 Menschen würden vermißt, was durch „umfangreiche Unterlagen" verbürgt sei. Laut State Department verschwanden im letzten Jahr 96 Personen. Manche Gefangene seien irgendwo tot aufgefunden worden – sie seien „auf der Flucht" erschossen oder aber heimlich hingerichtet worden, während andere Häftlinge spurlos verschwanden. Die Menschenrechtsverletzungen sind nach Ansicht des „CPDH"-Vorsitzenden überflüssig, da „es nicht stimmt, daß das Land sich am Rande eines Gegenputsches der Somoza-Leute oder anderer Art befindet. Die extremen Sicherheitsmaßnahmen sind nicht gerechtfertigt."

ELKE SALAS (AFP)
FR 14. 2. 81

Folgender Leserbrief erreichte uns zu den angeblichen Menschenrechtsverletzungen in Nicaragua:

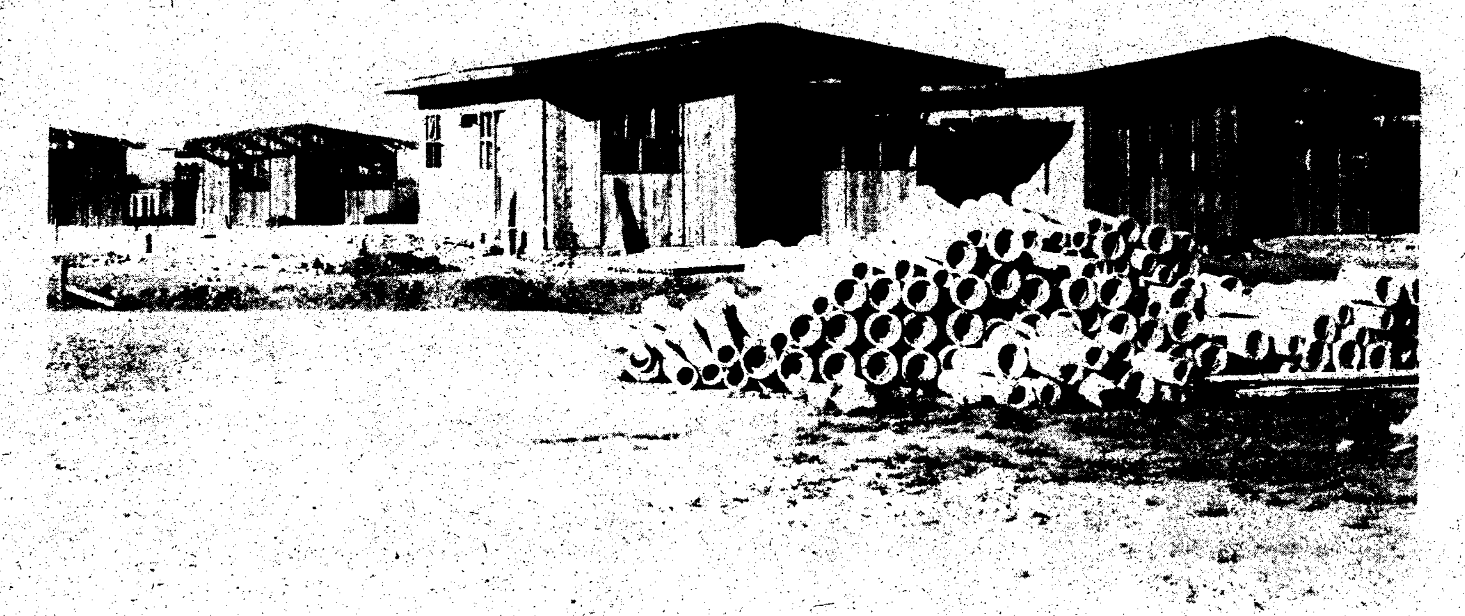
Beobachtungen und Bemerkungen zur Auseinandersetzung über die „Permanente Menschenrechtskommission" des José Esteban Gonzales in Managua/Nicaragua.

Wir möchten unsere Meinung zu der Sache sagen, die auf bald viermonatiger Erfahrung hier beruht:
1. Die von Gonzalez aufgestellten Behauptungen und Zahlen entbehren jedes Beweises und sind nach unserer Meinung ganz einfach erfunden, um im politisch richtigen Zeitpunkt möglichst viel Schaden für Nicaragua anzurichten, nach der Methode „etwas bleibt immer hängen".
2. Die Gruppe um Gonzales und die „Permanente Menschenrechtskommission" gehört zu der reaktionären Opposition im Lande ...
3. Diese reaktionäre Opposition spielt nach wie vor in Nicaragua eine bedeutende und gefährliche Rolle. Das wird offenbar in Deutschland und Europa nicht zur Kenntnis genommen oder mindestens stark unterschätzt. Wir selbst haben das vor Beginn unserer Arbeit hier Anfang November 1980 nicht geglaubt. Die bürgerliche Tageszeitung „Prensa" hat immer noch die größte Auflage von den 3 hier erscheinenden Tageszeitungen. Sie bringt **jeden Tag** verzerrte, absichtlich unvollständige und lügenhafte Nachrichten und Hetzartikel, die hinterhältige Angriffe auf die Regierung und besonders auf die Sandinisten darstellen. Dabei wahrt sie scheinheilig das Ansehen einer „Volkszeitung", indem sie sich bewährter „Bild"-Methoden bedient. Ein großer Teil auch der armen Bevölkerung liest sie, durchschaut nicht, was wirklich gespielt wird, und fällt auf die demagogischen Tricks der „Prensa" herein. Kein Wunder, denn noch immer

gehört der größte Teil der Bevölkerung zwar nicht mehr unbedingt zu den Analphabeten, aber doch zu den „politischen Analphabeten" (Ausdruck Paolo Freires). Wie sollte wohl die kleine Gruppe der politisch Bewußten (vielleicht 1% der Gesamtbevölkerung) in 1 1/2 Jahren neben allen anderen lebensbedrohenden Schwierigkeiten die Folgen mehr als 40-jähriger politischer Mißerziehung beseitigen können?!
Ein Beispiel: Als im Januar der Bananenexport und damit der Handel mit der Standard Fruit Company gesetzlich in Staatshand gelegt wurde, schrie die „Prensa": „Der Staat nimmt den nicaraguanischen hart arbeitenden Bananenbauern nun auch noch das Land weg!" Dabei handelte es sich tatsächlich um einige 20 Großgrundbesitzer, die von Heeren von Lohn-, zum großen Teil Saisonarbeitern unter unvorstellbar unmenschlichen Bedingungen Bananen anbauen und ernten lassen, um sie gemäß festen Verträgen an die Standard Fruit zu verkaufen. Wie Eden Pastora neulich in einem Vortrag in der UNAN betonte, leben diese Arbeiter noch immer unter Bedingungen, die man hier in Managua keinem Hund zumutet. Den 20 Großgrundbesitzern wurde aber keineswegs „ihr" Land enteignet, (was sicher für die Bananenarbeiter eine Erlösung gewesen wäre) sondern sie sind durch das neue Gesetz jetzt nur verpflichtet, bestimmte minimale Arbeitsbedingungen zu garantieren (wer prüft die schon nach?) und den Handel mit der Standard Fruit über den Staat abzuwickeln.
Wir müssen immer wieder betonen, daß aus dem pauschalen Satz „Die Sandinisten haben ja die Macht in Nicaragua!" in Europa zum Teil total falsche Schlüsse gezogen werden: Das Heer und die Milicia haben genug zu tun, um sich auf die Verteidigung des Landes vorzubereiten, das schon jetzt laufend von der langen und unwegsamen hondurenischen Grenze her angegriffen wird, fast jede Woche werden Überfälle auf Dörfer oder Milicia-Einheiten dort gemeldet, mit einer amerikanischen Invasion wird immer mehr gerechnet, seitdem sich die Lage in El Salvador zuspitzt; sie sind absolut überfordert, die Umtriebe der gut organisierten Reaktion im Lande mit der erforderlichen Härte zu unterbinden; so kommt es, daß nicht nur Großgrundbesitzer weiterhin die Bauern betrügen können (ein Kollege aus der UNAN hat während der 3-wöchigen freiwilligen Baumwollernteaktion festgestellt, daß die Baumwollwagen auf dem Privatbetrieb, auf dem er arbeitete, nach denen die Arbeiter bezahlt werden, um 2 kg zu wenig anzeigten, und für 2 kg muß ein geübter Pflücker über 1 Stunde hart arbeiten!), sondern daß auch laufend politische Morde, Anschläge und Sabotageakte verübt werden, z.B. werden beladene Baumwolllastwagen angezündet, Versorgungsbetriebe (Milch) in Managua werden überfallen und ausgeraubt, Kaffeeplantagen von kleinen Anbauern werden zerstört und man erzählt ihnen nachher, es seien die Sandinisten gewesen, von der IRENA (Institut für nationale Ressourcen); zur Eindämmung der Bodenerosion angepflanzte Hecken werden mutwillig ausgerissen, laufend werden Mitglieder der Policia, der Milicia oder politisch den Sandinisten nahestehende, meist einfache Leute ermordet, vor kurzem auf besonders hinterhältige Weise ein Milicia-Wächter eines von uns aus nahegelegenen Krankenhauses, fast immer treten die Mörder dabei in Milicia-Uniform auf, um sich zu tarnen. Diese Vorfälle scheinen Herrn Gonzales nicht zu interessieren! Vor kurzem wurde vom Polizeipräsidenten Henrique Schmidt die Aufdeckung und teilweise Verhaftung von 7 bewaffneten Banden angezeigt, die bei Sabotageakten gefaßt wurden. Die Aufdeckung des Umsturzplanes unter Salazar Argüello Ende vorigen Jahres war offenbar nur die Spitze des Eisberges. – Es ist vielleicht nicht überflüssig, zu berichten, daß die hiesigen Bürgerlichen meistens mit besonderer Unverschämtheit auftreten, sei es im Verkehr oder im Supermarkt, das sind sie so gewöhnt und sie brauchten es sich auch bisher nicht abzugewöhnen!
4. Mit staatlichen Stellen, Polizei (anläßlich eines Einbruches bei uns), Milicia, Zoll etc. haben wir bisher die besten Erfahrungen gemacht. Fast immer waren es sehr junge Leute (auch in höheren Positionen), die mit großer Begeisterung und geduldiger Freundlichkeit ihre Arbeit taten, mit denen wir zu tun hatten. Sowohl unsere 10 Seekisten als auch unsere 6 Bücher-Postpakete sind ohne Schwierigkeiten vollständig angekommen. Anläßlich des Einbruchs bei uns wurden wir ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es nicht möglich sei, eine verdächtige Person ohne Richterbefehl festzunehmen. Wir haben bisher keinen Grund, der Regierung und ihren Organen hier zu mißtrauen.
5. Wir sind erstaunt und befremdet, wenn es wirklich stimmen sollte, daß amnesty international die „Comision permanente de derechos humanos" anerkannt hat (als was?), wie es in der „Prensa" vom 22. 2. 81 behauptet wird.
6. Wir sind der Meinung, daß die anfangs aufgezählten Tatsachen eine klare Planung erkennen lassen: bei Geißlers Besuch hier wurde der Aktionsplan abgesprochen, insbesondere auch für Gonzales' Auftreten in Europa.

Managua, 22. 2. 1981 Dr. Irmgard von der Heydt
Dr. Nikolaus v. d. Heydt

Neubauten für die Bewohner eines Armenviertels in Managua (Febr. 1980)



Militärische Übungen der Bundeswehr in kanadischem Indianergebiet

– Brief der betroffenen Ureinwohner –

Mit diesem Brief bitten wir Sie um Hilfe bei einem Problem, das durch den Entschluß der kanadischen Regierung entstand, westdeutschen F-4 Phantom Jagdbombern Tiefflüge zu Übungszwecken im Rahmen des taktischen Ausbildungsprogrammes der Bundesluftwaffe zu gestatten.

Diese Flugzeuge operieren vom Flugplatz Gänsebucht (Goose Bay) aus, einem ehemaligen US-Luftwaffenstützpunkt, der im Krieg ohne unsere Zustimmung in unserem Land errichtet wurde.

Wir müssen dazu erklären, daß wir die Innut sind, die Ureinwohner des Gebiets, das heute Nord-Ost-Kanada genannt wird. Archäologische Funde bestätigen, daß wir seit mindestens 9 000 Jahren in diesem Gebiet leben. Zu keinem Zeitpunkt in unserer Geschichte haben wir je weder unser Recht auf Ntesinan (das ist der Name unseres Landes) noch unser Recht auf Selbstbestimmung abgetreten. Zwischen acht- und neuntausend Innut leben einen Teil des Jahres in Dörfern in der Gegend zwischen Lac St. Jean und Labrador, entlang der Küste nördlich von Quebec. Während der übrigen Zeit leben wir in Jagdlagern im Landesinnern. Unsere Sprache ist Innu Eimun.

Die erste ernsthafte Beeinträchtigung unseres Landes durch Eindringlinge erfolgte mit dem Bau des Luftwaffenstützpunktes der Vereinigten Staaten während des Krieges. Dies bedeutete die vorübergehende Anwesenheit von Fremden, welche die Bauarbeiten durchführten. Nach deren Abschluß ließ man unser Land mehr oder weniger in Ruhe, bis in den 60er Jahren die weißen Regierungen im Süden erkannten, daß es in unserer Heimat ein Potential für Strom aus Wasserkraft sowie Schleifholz und Bodenschätze, die sie ausbeuten wollen, gibt. Anfang der 60er Jahre begannen die Arbeiten an dem damals größten Wasserkraftwerksprojekt (mit ca. 5 500 Megawatt) der Welt an einem Ort namens Patsheshunau, der allerdings von der Regierung von Neufundland in „Churchill Falls" umbenannt wurde, nach Winston Churchill, der diese Pläne, als sie in den 50er Jahren diskutiert wurden, als „großartig und des Empires würdig" gepriesen hatte. Dieses Projekt machte aus einem Gebiet in der Gegend von Michikamau, wo vorher mehrere große Seen waren, einen riesigen Binnensee. Viele Angehörige unseres Volkes verloren ihre persönlichen Besitztümer, und die angestammten Gebiete mehrerer Familienverbände sind jetzt überflutet. Uns hat man weder mitgeteilt, was da passierte, noch wurden wir um unsere Meinung gefragt.

Seit der Zeit, als Michikamau überflutet wurde, werfen die weißen Regierungen im Süden immer begehrlichere Blicke auf unsere Gebiete. Wir haben uns zwar erfolgreich gegen einen Plan der Firma Brinco (einer Tochter des Rio Tinto Zinc-Konzerns) zum Bau zweier Uranbergwerke bei Makkovik gewehrt, aber jetzt gibt es Pläne für ein Wasserkraftwerk, das für 7,5 Milliarden Dollar in der Nähe von Gull Island und den Muskrat-Wasserfällen entstehen soll. Die Regierungen wollen damit einen Anreiz für skandinavische Unternehmen bieten, in der Nähe ein Aluminium-Schmelzwerk zu errichten, das mit dem überschüssigen Strom aus dem Kraftwerk gespeist werden könnte.

Bis jetzt bot uns der Umstand, daß der Zugang nach Ntesinan schwierig ist, einen einigermaßen zuverlässigen Schutz. Es gibt hier so gut wie keine Straßen, nur ein paar Lande-



plätze für Flugzeuge und eine Eisenbahnlinie, die von der kanadischen Eisenerz-Gesellschaft angelegt wurde, um das Erz von Shefferville nach Sept Iles zu transportieren. Jetzt versucht die Regierung, diesen natürlichen Schutz aufzubrechen. Der Fluß zur Küste und durch die 100 Meilen lange Bucht des Lake Melville ist nur viereinhalb bis fünf Monate im Jahr schiffbar. Die Regierung experimentiert jetzt mit Spezialeisbrechern, die versuchen sollen, das ganze Jahr über eine Fahrrinne offen zu halten. Sollten die Versuche erfolgreich sein, dann werden sich allerhand industrielle Großprojekte wie Bergwerke, holzverarbeitende Fabriken usw. dort ansiedeln und unser Volk, das kulturell und physisch/materiell von der Jagd, der Fallenstellerei und der Fischerei abhängig ist, wird zum Untergang verurteilt sein. Anders als bei großen Teilen der Urbevölkerung Nordamerikas, die kulturell angepaßter sind als wir, und die in festen Dörfern seßhaft wurden, hängt unsere körperliche und gesellschaftliche Gesundheit zu einem ganz großen Teil davon ab, daß unser Gebiet weiterhin in seinem ursprünglichen und unzerstörten Zustand belassen wird. Bis zu Beginn der 60er Jahre haben wir noch ganzjährig in Zelten gelebt. Heute verbringen wir nur noch 6 bis 7 Monate im Jahr im Zelt, aber das Land ist nach wie vor von allergrößter Wichtigkeit für uns. „Unser täglich Brot" sozusagen ist das Karibu-Rentier, dessen Bestand in einigen Gegenden Ntesinans bereits stark zurückging, einmal, weil von den Fremden Jagd auf die Tiere gemacht wird, und zum anderen durch störende Umwelteinflüsse von Industrieanlagen wie dem Wasserkraftwerk an den Churchill-Fällen

Fortsetzung auf Seite 43

blätter des iz3w

Register der Nummern 76–91

März 1979 – Februar 1981

Das vorliegende Register gliedert sich in einen Länderteil und ein Sach- und Namensregister. Die Stichworte sind jeweils alphabetisch geordnet (ä = ae, ö = oe, ü = ue). Die Verweis-Ziffern setzten sich zusammen aus der Nummer der jeweiligen Ausgabe (vor dem Schrägstrich) und der jeweiligen Seitenangabe.
Im Länderteil wurden auch jene Artikel aufgenommen, die überwiegend einen themenbezogenen Sachverhalt behandelten, allerdings nur, soweit dies am Beispiel eines bestimmten Landes dargestellt wurde.
Für das Sach- und Namensregister wurde versucht, durch Beschränkung auf relativ wenige Stichworte, aber mit mehrmaliger Aufnahme eines Artikels unter verschiedenen Stichworten und mittels entsprechender Verweise, die Vielzahl der inhaltlichen Aspekte jedes Artikels systematisch zu erfassen. Namen von Personen und Organisationen wurden nur dann ins Register aufgenommen, wenn sich ein Artikel wirklich ausführlich damit befaßte.

LÄNDERREGISTER

Chile



China

Ecuador

El Salvador

Eritrea
Vgl. auch Äthiopien

Frankreich

ZEITSCHRIFTENÜBERSICHT

ila-info Nr. 43 Febr. 1981

Guatemala – Die Revolution ist nicht mehr Projekt einer Elite
USA – Reagans Lateinamerikaideologen
Ländernachrichten zu Bolivien, El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Peru, Brasilianische Gewerkschafter in der BRD
Diskussionsbeiträge zur El Salvador-Demonstration in Frankfurt am 31.1.1981
Informationsstelle Lateinamerika e.V., Römerstr. 88, 5300 Bonn 1, Telefon: 0228/ 65 86 13

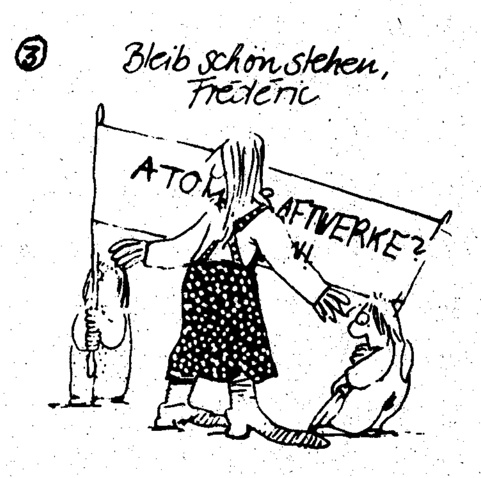
Sago-Informationsblatt Bolivien Nr. 25 Januar 1981

Zur politischen Lage: Mord an Oppositionspolitikern/ Korruption/Diplomatie/ Und die Bundesregierung?
Wirtschaftsmaßnahmen vom 9.1.81
Gewerkschaften: Brief der COB-Führung im Untergrund
Brief aus Bolivien mit Flugblatt
Die SPD zu Bolivien
Brief vom Europaabgeordneten an Genscher

Nr. 26 Februar 1981

Zur politischen Lage: Reagan läßt auf sich warten.
Erziehung: Universität geschlossen / Militarisierung der Jugend
Wirtschaft: Gesunkener Zinspreis
Hintergrundbericht: „Die Herkunft der nordamerikanischen Zinsreserven..."
Einzelpreis 1,50 DM, Abo 12,–
Bezug über G. Hinderer, Plöck 48/50, 6900 Heidelberg




③
Bleib schön stehen,
Frederic
ATO
AFTWERKE?

Namibia

82/43 f Medizinkästen für die SWAPO (Aufruf)
86/9 f Rede von Sam Nujoma (SWAPO) vor Solidaritätsgruppen in Amsterdam

Nepal

79/11 f Machtprobe in Nepal?

Nicaragua

76/3 Bildung der Nationalen Patriotischen Front als gemeinsames Oppositionsbündnis
76/4 f Nicaragua-Honduras. Probleme der Flüchtlinge aus Nicaragua
76/42 Nicaragua – Ein Volk in Familienbesitz (Rezension)
77/49 f Interview mit Somoza
78/3 f Innenpolitisches Kräfteverhältnis / Rolle der Gegenregierung in den befreiten Gebieten / Verhalten der USA und der OAS
80/8 f Oppositionsbündnisse / Nicaragua hungert
81/33 f Situation nach der Machtübernahme
81/35 f Aufbau des Gesundheitswesens
83/60 Wiederaufbau eines zerstörten Landes (Spendenaufruf)
85/18 Die Alphabetisierungskampagne der Sandinisten
85/51 f Es ist still geworden um Nicaragua
85/66 Nicaragua – Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand (Rezension)
86/14 f Nicaragua – bröckelt die Solidarität ab?
88/38 Frauenprojekt in Nicaragua (Aufruf)
91/67 Schulbibliothek für Nicaragua (Spendenaufruf)

Mach's wie Frédéric.. genau wie Frédéric ④

ATOM

Obervolta

87/44 Beschneidung der Frau

Ost-Timor
Vgl. auch Indonesien

82/9 Situation des Unabhängigkeitskampfes der FRETILIN
83/59 f Spendenaufruf
85/48 f FRETILIN kämpft mit Lanzen und Speeren gegen Invasoren
90/3 f Die Repression dauert an

Palästina
Vgl. auch Israel

76/10 f 14. Sitzung des Palästinensischen Nationalrats
77/8 f Der Separat-Friedensvertrag und der Widerstand
78/3 f Israelische Überfälle auf Palästinenser im Libanon
78/5 Stellungnahme der PLO zu „Holocaust"
78/5 Schließung der palästinensischen Bir Zeit Universität
80/12 f Neue Palästina-Politik der BRD
82/10 f PLO gewinnt weiter an Boden / Fortsetzung der israelischen Siedlungspolitik
86/11 f Eskalation der Gewalt im Westjordanland
90/7 f Rückkehr der deportierten Bürgermeister?
90/62 f Die besetzten Gebiete. Das ist unser Land (Rezension)

Peru

76/12 f Fabrikbesetzungen in Lima
77/6 Wirtschaftskrise und Repression
80/5 f Blutige Unterdrückung des Lehrerstreiks und die Antwort des Volkes
81/46 f Werner Herzog und die Indianer
82/15 Indianer brennen Herzogs Urwaldlager nier
83/7 f Bauernmassaker und Teilamnestie
83/67 Werner Herzog in Peru
87/13 f Wahlen in Peru: Die letzten werden die letzten sein
87/46 f Campesinos in Peru verteidigen eine jahrtausende alte Tradition: den Anbau der Cocapflanze
88/33 f Als Entwicklungshelfer in Peru
89/41 f Unterstützt die Hungerstreiks entlassener Arbeiter in Peru
89/43 f Auseinandersetzungen in der GEW um die Unterstützung der peruanischen Lehrergewerkschaft SUTEP
91/45 f Perspektiven der „Demokratisierung" in Peru: Ein neues Mäntelchen für die ausländische Herrschaft
91/64 Leserbrief zu: Die letzten werden die letzten sein

Philippinen
Vgl. auch ASEAN

80/11 f Das gewinnende Lächeln der Madame Marcos
91/9 f Liberalisierung durch Aufhebung des Ausnahmezustandes?

Rhodesien
Vgl. Zimbabwe

Sahara
Vgl. Westsahara

Sahel
Vgl. auch Gambia, Kapverden, Mali, Mauretanien, Niger, Obervolta, Senegal oder Tschad

84/5 Nahrungsmittelbilanz weiter defizitär

Saudi-Arabien

91/3 f Deutsche Panzer nach Saudi-Arabien?

Simbabwe
Vgl. Zimbabwe

Singapur
Vgl. auch ASEAN

85/25 f Ein Reisebericht aus Malaya
85/31 f Rollei in Singapur
85/33 f Begegnungen mit Frauen in Südostasien

Sri Lanka

80/43 f Aus dem Leben einer Teepflückerin
90/5 f Ausnahmezustand und Generalstreik
91/42 f Spätfolgen des Kolonialismus. Das Problem der Repartriates in Sri Lanka und Indien

Sudan

87/44 Beschneidung der Frau
89/64 f Politik des Internationalen Währungsfonds am Beispiel Sudan

Südafrika

76/15 f BRD-Südafrika. Mike Murphy an die CAJ: Was können wir tun?
76/17 f BRD-Südafrika. Boykott-Aktion der Ev. Frauenarbeit
76/18 f Zur besonderen Lage der Frau in Südafrika
77/16 Bankier Abs eröffnet Goldbergwerk Erlandsrand
77/17 BMW-Südafrika exportiert Autos in die Bundesrepublik
78/8 Wird die Apartheid schrittweise abgebaut? Die Empfehlungen der Wiehan-Kommission
78/9 Unterschiedliche Haltung von BRD, Schweden und Kanada zu Investitionen in Südafrika
79/54 EKD unterstützt rassistische Gemeinden in Südafrika
81/6 f Liberalisierung in Südafrika?





⑥ Nachher fahren wir Auto
erst wollen wir zur Demo.
will nicht Demo. Will ins Auto.

II. SACH- UND NAMENSREGISTER



Überblick der behandelten Themenschwerpunkte

Nr. 76 März 1979
UNCTAD V – Entwicklung für wen?

Nr. 77 Mai 1979
Kolumbien

Nr. 78 Juni 1979
Patenschaften in der Dritten Welt

Nr. 79 August 1979
Ausländer in der BRD

Nr. 80 September 1979
Indochina

Nr. 81 November 1979
Eritrea – Befreiungskampf

Nr. 82 Dezember 1979
Information als Deformation

Nr. 83 Februar 1980
Afganistan

Nr. 84 März 1980
Tourismus (1. Teil)

Nr. 85 Mai 1980
ASEAN

Nr. 86 Juni 1980
Tourismus (2. Teil)

Nr. 87 August 1980
Frauen in der Dritten Welt

Nr. 88 September 1980
Angepaßte Technologie

Nr. 89 Oktober 1980
Asylrecht in der BRD

Nr. 90 Dezember 1980
El Salvador

Nr. 91 Februar 1981
Indien

Das hab ich dir doch schon erklärt: die bösen Atomkraftwerke schütten heißes Wasser ins Meer und darum sterben die Fische. Und das willst du doch nicht?
ATOMKRAFTWERKE NEIN
warum geht's denn los?
Nein

78/30 f Fallstudie: Patenkind und Heimatdorf
81/29 f Dritte Welt im Unterricht. Kinder und die Dritte Welt – Kinder in der Dritten Welt
82/56 f Die Aktion zum Jahr des Kindes
83/53 f „Kinder erleben die Dritte Welt". Materialien für Kindergarten und Grundschule (Rezension)
84/56 f Das Rote Kreuz und die Kinder. Kritik an der Kampuchea-Flüchtlingshilfeaktion
90/61 Warum hält sich das Kinderhilfswerk terre des hommes nicht aus dem Wahlkampf heraus?

Kirche

76/17 f Boykott-Aktion der Ev. Frauenarbeit gegen Südafrika
77/56 Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung (Rezension)
78/51 Ausweisung von Pfarrer Karl Stetter aus Guatemala
79/6 Erzbischof M. Obando/Managua: „Der Krieg gegen die Gewalt in Nicaragua ist gerecht!"
79/54 EKD unterstützt rassistische Gemeinden in Südafrika
85/9 Bolivien. Ermordung von Jesuitenpater Luis Espinal
87/9 f Papstbesuch in Brasilien
87/64 Aktionen zur Bundestagswahl
90/54 f El Salvador. Kirche kann nicht neutral sein
91/21 Indien. Kirche: Kampf um Gerechtigkeit ist unsere Aufgabe

Kulturwandel

78/21 f Patenschaften in der Dritten Welt



80/38 f „Dreißig Millionen Verstümmelte". Zur Beschneidung der Frau in Afrika
84/20 f Tourismus – eine kritische (Begriffs-)Bestimmung
84/40 f Auch Alternativtouristen sind Touristen
84/48 f Von einigen, die auszogen, es anders zu machen. Alternativen zum Massentourismus
84/57 Das koloniale Erziehungssystem in Afrika (Rezension)
86/24 f Tunesien zwischen Tradition und Tourismus. Soziokulturelle Auswirkungen des Tourismus
86/31 f Besuch im Valle del Mezquital. Forschungsreisen in Entwicklungsländer
86/41 f Reise- und Tourismusverzicht als Perspektive eines antiimperialistischen Kampfes?
86/45 f „Vampire des Elends?" – oder: einige Einstellungen zum Filmen in den Tropen
86/51 f Besonderheiten der islamischen Revolution im Iran
87/28 f Kampfansage gegen die Beschneidung der Frau. Unser Kampf oder Kampf der Afrikanerinnen?
87/44 f Kampfansage gegen die Beschneidung der Frau. Grenzen und Möglichkeiten der Solidarität
87/60 Tourismus und Kulturwandel (Rezension)
88/46 Leserbrief zu: Reise- und Tourismusverzicht ...

Landwirtschaft

80/7 Milchvernichtung durch Nestlé in Peru
80/46 f FAO-Konferenz über Agrarreform und ländliche Entwicklung
80/51 f Gegenkampagne zur FAO-Konferenz: Die Erklärung von Rom über Agrarkonflikte
81/41 f Chile. Landreform und Gegenreform
87/46 f Campesinos in Peru verteidigen eine jahrtausendealte Tradition: den Anbau der Cocapflanze
87/57 f Das Pro und Kontra der Weltbank. Aktivitäten im Bereich der ländlichen Entwicklung
90/23 f Die zweite Phase der grünen Revolution: Die Monopolisierung des Saatguts
91/14 Indien. Basisbezogene ländliche Entwicklung

Medien
Vgl. auch Pressefreiheit

76/65 f Nicht jede Tageszeitung ist uns recht. Zur Diskussion um die beiden linken Tageszeitungsprojekte
79/56 Zur Berichterstattung über die neuen linken Tageszeitungen (Leserbrief)
81/46 f Werner Herzog und die Indianer
82/15 Indianer brennen Herzogs Urwaldlager nieder
82/20 f Information als Deformation. Zur Arbeit der internationalen Nachrichtenagenturen / Neue internationale Kommunikationsordnung für die Dritte Welt
83/67 Werner Herzog in Peru
84/57 Das koloniale Erziehungssystem in Afrika (Rezension)
84/58 „Wir fangen wirklich an, uns als Menschen zu fühlen". Problematik des Dritte Welt-Films am Beispiel eines Films über die Kapverden
84/59 Verleihgenossenschaft der Filmemacher gegründet
86/45 f „Vampire des Elends"? – oder ; einige Einstellungen zum Filmen in den Tropen

Medizin
Vgl. Gesundheitswesen

Migration

79/16 f Folgen der Arbeitsemigration für die Auswanderungsländer

Multinationale Konzerne
Vgl. Transnationale Konzerne

Nationale Minderheiten
Vgl. auch: Indianer

80/13 f Kurden im Iran
80/33 f Australiens Ureinwohner. Völkermord auf Raten
80/43 Sri Lanka. Aus dem Leben einer Teepflückerin
82/45 f Die Lage der Kurden in Syrien
83/37 f Samen – eine unterdrückte Minderheit in Nordeuropa
85/6 Schiiten im Irak
85/67 Dritte Welt im eigenen Land – Zigeuner in Deutschland
88/13 Sprachenstreit zwischen Arabern und Berbern in Algerien
91/15 Konflikt zwischen Nicht-Hindus und Hindus in Assam/Indien
91/38 f Äthiopische Großoffensive gegen die Tigray-Volksbefreiung sfront
91/42 f Indien – Sri Lanka. Probleme der Indien-Tamilen auf Sri Lanka

Neto, Agostinho

81/10 Angola. Zum Tod von Agostinho Neto

Neue Weltwirtschaftsordnung
Vgl. UNCTAD

NGO (Non-Governmental Organisation)

80/54 NGO-Tagung in Wien (Glosse)

Nord-Süd-Kommission

87/51 f „Das Überleben sichern" – Ein Programm zur Absicherung von Überlebten Strukturen? Kritik am Bericht der „Nord-Süd-Kommission"

OAS (Organisation amerikanischer Staaten)

79/5 f Nicaragua. Verhalten der OAS

Öl
Vgl. Erdöl

OPEC (Organization of petrol-exporting countries)

83/39 f Wem nützt die OPEC?

Planung

88/27 f Stadtplanung in Dar es Salaam/Tansania

Politische Gefangene

77/40 Kolumbien (Aufruf)
78/6 Israel (Aufruf)
87/66 Marokko (Aufruf)
90/7 f Palästina. Rückkehr der deportierten Bürgermeister

Pressefreiheit
Vgl. auch: Medien

81/56 Eine Zensur findet doch statt/ Grundgesetz Art. 5 und Gefangenen-Information

81/56 Zensurprozeß gegen Bonner Stadtzeitung „De Schnüss"

81/57 Prozeß gegen die „Fantasia"-Drucker

82/25 Bonner Stadtzeitung „De Schnüss" freigesprochen

85/17 Frankreich . Zensur im Lande Voltaires

87/65 Initiativgruppe Dritte Welt Kiel: „Polizeiliche Durchsuchung von Redaktion und Druckerei!"

87/66 Frankreich. Angriff auf die Pressefreiheit. Ausweisung von S. Malley?

89/45 f Frankreich. „Realpolitik" und Pressefreiheit – die Affaire um die französische Dritte Welt - Zeitschrift „afrique-asie"

90/15 f Südafrika. Pressezensur. Verhaftung einer unliebsamen Journalistin

Produktionsverlagerungen
Vgl. Internationale Arbeitsteilung

Rezensionen

76/42 „Nicaragua – Ein Volk in Familienbesitz" hg. v. Informationsbüro Nicaragua

77/55 „Frauen in Indien" v. R. Erlbeck

77/56 „Frauenarbeit in den Städten Kolumbiens" v. G. Rauch

77/56 „Kirche zwischen Unterdrückung und Befreiung" hg. v. Christen für Sozialismus, Bielefeld

77/58 „Kampuchea 1979. Befreiung oder Aggression?" v. E. Steinhauer/ J. Horlemann

79/44 „Materialien zur Arbeit mit ausländischen Jugendlichen" hg. v. AGG, Bonn

79/45 „Unter uns war der Krieg – Autobiografie einer jugoslawischen Arbeiterin" v. V. Kamenko

79/46 Ausländische Frauen in der Emigration (Versch. Titel)

80/58 „VW do Brasil – Entwicklungshilfe im besten Sinne? hg. v. AGG, Bonn

81/29 f Dritte Welt im Unterricht. Kinder und die Dritte Welt – Kinder in der Dritten Welt (versch. Titel)

82/49 „Frauen in der Dritten Welt" hg. v. Ev. Missionswerk

82/50 f „Die Entpuppung" v. Aicha Lemsine (1. Teil)

83/50 f „Die Entpuppung" v. Aicha Lemsine (2. Teil)

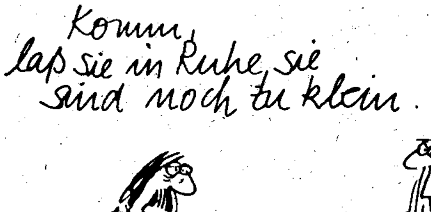
83/53 f „Materialien für Kindergarten und Grundschule" hg. v. Misereor

84/57 „Afrikanische Pädagogik" v. E. Mock

84/58 „Kapverdische Inseln unabhängig" Film von G. Heidrich/ S. Kotanyi/T. Wyss

85/65 „BRD-Interessen in Südostasien" hg. v. ESG Bochum

85/66 „Nicaragua-Bereicherungsdiktatur und Volksaufstand" v. H. Jung





85/67 „Zigeuner in Deutschland" v. G. A. Rakelmann

86/48 „Das Volk verladen oder die Vampire des Volkes" Film v. C. Mayolo/L. Cspina

86/55 f Unterrichtsbeihilfen des BMZ zum Thema Entwicklungspolitik

87/28 „The Hosken Report. Genital and Sexual Mutilation of Females" v. F.P. Hosken

87/28 „Materialien zur Unterstützung von Aktionsgruppen gegen Klitorisbeschneidung" v. I. Braun/T. Levin/ A. Schwarzbauer

87/57 f „Die Weltbank" v. R. Tetzlaff

87/60 „Die kostbarsten Tage des Jahres" v. G. Armanski

87/60 „Cuba libre in Benidorm" v. R. Bergmann

87/60 „Tourismus und Kulturwandel". Zeitschrift für Kulturaustausch Nr. 3/78

87/61 „Prostituionstourismus in Thailand". Thailand Korrespondenz Nr. 7/8

88/42 „Rüstungsimport als Technologietransfer" v. H. Wulf

89/59 f Neuerscheinungen zu Vietnam und Kampuchea

89/61 „Entwicklung muß von unten kommen" v. J. Dennhardt/S. Pater

90/28 f „Südostasien-Handbuch" v. S. Loose

90/61 „Warum hält sich das Kinderhilfswerk terre des hommes nicht aus dem Wahlkampf heraus" hg. v. terre des hommes

90/62 f „Das ist unser Land – Westbank und Gazastreifen" v. J. Metzger/M. Orth/C. Sterzing

91/50 f „Starnberger Studien 4. Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft" hg. v. Max-Planck Institut Starnberg

91/55 „Arbeit im Ausland" hg. v. AK Entwicklungspolitik Braunschweig

91/57 „Septemberweizen" Film v. Peter Krieg

Rodney, Walter

87/11 f Guyana. Hintergründe der Ermordung Walter Rodneys

Rohstoffe

76/27 f UNCTAD V – Entwicklung für wen?

80/36 Uran. Rohstoffpolitik der australischen Regierung gefährdet Ureinwohner

83/43 f EG-Entwicklungspolitik. Rohstoff-Exporterlösstabilisierung (STABEX)

85/37 f Holz. Zerstörung der Regenwälder in Kalimantan/Malaysia

Rüstungsgeschäft
Vgl. Waffenhandel

Schule und Dritte Welt
Vgl. auch: Erziehungswesen

77/51 f Dritte Welt im Unterricht. Solidarität mit den Völkern der Dritten Welt in der Schule: Ein Beispiel aus dem Projektunterricht

81/29 f Dritte Welt im Unterricht. Kinder und die Dritte Welt – Kinder in der Dritten Welt

83/52 f Wer hungert denn da? Schulbuchlobby versucht, ein Religionsbuch aus den Schulen zu entfernen

83/53 f Material für Kindergarten und Grundschule

85/55 f Unterrichtsmaterialien des BMZ zum Thema Entwicklungspolitik (Rezension)

87/31 f Spiel über Frauen

91/60 Entwicklungspolitisches Kreuzworträtsel

Selbsthilfebewegungen

78/15 Unterstützt Selbsthilfebewegunen in Chile!

80/42 Bolivianische Frauen organisieren sich

82/26 f Chile. Selbsthilfeorganisationen von Arbeitslosen

83/33 f Selbsthilfebewegungen in den Favelas Brasiliens

83/61 f Kultureller Widerstand auf den Kapverden

90/31 f Chile. Selbsthilfeorganisation von Arbeitslosen. Ein Interview mit beteiligten Chilenen

Solidaritätsarbeit

76/15 f BRD-Südafrika. Mike Murphy an die CAJ (Christliche Arbeiter-Jugend): Was können wir tun?

76/17 f Boykott-Aktion der Ev. Frauenarbeit gegen Südafrika

76/23 f Kampuchea, Vietnam, China – und die Folgen für uns

76/40 Weshalb eine UNCTAD-Kampagne?

77/33 f Solidarität mit den entlassenen Zuckerrohrarbeitern von Riopaila/Kolumbien

77/40 Solidarität mit den politischen Gefangenen in Kolumbien

78/6 Solidarität mit den politischen Gefangenen in Israel

78/15 Unterstützt Selbsthilfeorganisationen in Chile!

78/35 Aufruf zur Unterstützung ländlicher Entwicklungsarbeiter

78/51 Aufruf gegen Ausweisung von Pfarrer Karl Stetter aus Guatemala

78/54 iz3w Förderkreis – Wozu?

79/8 Solidarität mit den verhafteten Arbeitern im Iran

79/53 Hungerstreik afganischer Studenten in Bonn

79/57 Freiheit für Rudolf Bahro!

80/31 Asyl für argentinische Flüchtlinge

80/55 Unterstützung für ein Mütterzentrum in Chile

81/35 Nicaragua. Unterstützung beim Aufbau des Gesundheitswesens

82/43 f Medizinkästen für die SWAPO

82/52 f 3. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (26. – 28.10.1979 in Köln)

82/55 f Politische Theaterstücke zur Situation in Südafrika

82/56 f Die Aktionen zum Jahr des Kindes

83/55 f Die holländische Kampagne für Ölembargo gegen Südafrika erzielt ersten Erfolg

83/57 Spendenaufruf für die Sahrouis

83/58 Spendenaufruf für Osttimor

Paraguay-Rundbrief, Nr. 28, Februar 1981

Die letzten Tage des Anastasio Somoza
Materialliste für Schule und Öffentlichtkeitsarbeit
Presse-Echo
Meldungen-Meinungen

Bezug: Inge Gräfe, Sandbergstr. 45, 6100 Darmstadt
erscheint zweimontlich, Einzelpreis 2,–, Abo-Preis 10,– DM

Lateinamerika Anders, Nr. 15, März 1981

Berichte über Surinam, Grenada, Haiti, Jamaika, Internationale Informations- und Kommunikationsordnung

Hrsg.: Informationsgruppe Lateinamerika (IGLA), Postfach 697, A-1061 Wien

Lateinamerika-Nachrichten, Nr. 90, Februar 1981

Brasilien: „Unter Geiern" (Bericht aus dem Provinzgefängnis)
Peru: Erdöl und die peruanische Wirtschaft
Chile: Bericht über die Coordinadora Nacional Sindical
El Salvador: Der Aufstand von 1932, Bericht zur aktuellen Entwicklung
Nicaragua: Die Presse in Nicaragua
BRD: Waffenexporte

Lateinamerika-Nachrichten c/o FDCL, Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

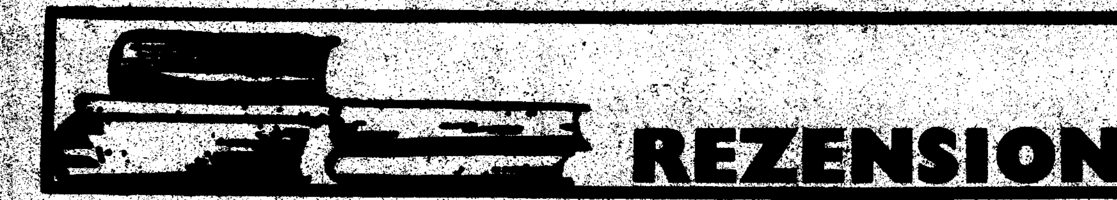
Infoheft Südafrika
Inhalt: Geschichte – Arbeitsbedingungen – Lebensbedingungen – Erziehung – Politische Unterdrückung – Widerstand – Rolle der westlichen Industrienationen – Lage der Frauen – Literatur –Neuere Entwicklung – Aktionsformen
110 Seiten, DIN A 5, geheftet, Einzelpreis 2,50, Lieferung gegen Rechnung an: Andrejs Gramatins, Hofgur Alteburg 9, 7410 Reutlingen (Südafrikagruppe)

Nicaragua Aktuell. Nr. 9 Februar 1981
Inhalt: Bericht aus Nicaragua, Reisebericht, El Salvador, Honduras – ein US-Trumpf in Zentralamerika, Gemeinsamer Kampf in Mittelamerika, El Salvador Solidarität in der Provinz ...

Forum Nr. 39, März 1981
Inhalt: Russel-Tribunal, U-Boote für Chile und Arbeitsplätze, Bewegung der Indios, Ein bißchen Mitleid – eine kleine Spende, Stichwort: Lebensstil, Multis, Aktionen: Entwicklungshilfe oder Beihilfe ...
Beide zu beziehen bei: Magazin Verlag, Königsweg 7, 23000 Kiel

Als ich klein war, hat man mich jedes Jahr mit der Fronleichnamsprozession gepestet und jetzt soll ich meine Kinder nicht





Für eine demokratische Bildungsarbeit

Zu den Unterrichtsmaterialien der GEB

„Es geht letztlich darum, in den unterentwickelten Ländern eine Europa vergleichbare Sozial- und Infrastruktur zu schaffen." Auf diesen arroganten Merksatz bringt ein offizielles westdeutsches Schulbuch von 1970 die Ziele der Entwicklungspolitik. Kein Wunder, wenn die Schüler es später an Achtung vor fremden Völkern und deren Kultur, an Toleranz und Solidarität fehlen lassen. Gewiß, in den vergangenen zehn Jahren hat sich manches geändert. Mit der wachsenden Angst der Verleger und Autoren vor der Umweltvergiftung, vor den zerstörerischen Kräften der eigenen Zivilisation, hat die eurozentristische Arroganz ihrer Schulbücher abgenommen. Offenen Rassismus gibt es eingedenk der nationalsozialistischen Vernichtungslager darin schon lange nicht mehr. Aber brauchbar für die Heranbildung demokratischer Einstellungen sind die meisten offiziellen Unterrichtswerke deshalb noch lange nicht. Ebenso wie bei den öffentlich-rechtlichen Massenmedien herrscht heute auch bei den staatlich empfohlenen Sozialkunde-, Geschichts- und Geographiebüchern „ausgewogene" Standpunktlosigkeit vor. An ihr können sich weder Lehrer noch Schüler abarbeiten, was eine Voraussetzung für stabile eigene Orientierungen und engagiertes Verhalten wäre. Nur selten wagen Schulbücher, die gängigen Vorurteile selbst, die erfahrungsgemäß auch im Schulunterricht zum Vorschein kommen, darzustellen und zu kritisieren. Zur Stellungnahme herausforderndes, anschauliches Bild- und Quellenmaterial fehlt allenthalben. Ein Bezug des Themas „Dritte Welt" zum Hier und Jetzt des Lebens in der Bundesrepublik wird selten, und wenn, dann allzu abstrakt hergestellt.

Um etwas gegen diese Mängel zu unternehmen, haben sich einige Wissenschaftler und Lehrer aus der ganzen Bundesrepublik zusammengetan. Die „Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V." (GEB) gibt in loser Folge Unterrichtsmaterialien zu bestimmten Ländern heraus. Dieses Material soll in der Schule, aber auch in der Öffentlichkeitsarbeit entwicklungspolitischer Institutionen verwendet werden. Bisher sind sechs Themen behandelt worden: Nicaragua, Unterrichtsprojekt: Praktische Unterstützung für die Frauen und Kinder in den Flüchtlingslagern der Westsahara, Peru, Zigeuner, Iran und Welthandel. Für die nächste Zukunft geplant sind Materialsammlungen zu den Themen Kolonialismus, Imperialismus, Türkei, Tourismus in der Dritten Welt.

Die GEB stellt selbst einige Anforderungen an ihr Material, damit es sich sinnvoll vom zwar reichlich vorhandenen, aber für eine demokratische Bildungsarbeit eben wenig brauchbaren Einerlei der offiziellen Schulbücher abhebt:

- Es soll ideologiekritisch sein, d.h. sich mit gängigen Klischeevorstellungen auseinandersetzen und Informationen enthalten, die in den üblichen Lehrbüchern, Lexika, Broschüren der Bundesregierung u.ä. nicht zu finden sind.
- Es soll selbständiges Lernen fördern, aus dem sich unabhängige Einschätzungen und Haltungen entwickeln.
- Es soll praxisnah sein und möglichst viele Verbindungen zur Erfahrungswelt der Benutzer knüpfen.

Um diesen Selbstansprüchen gerecht werden zu können, haben die Herausgeber die Publikationsform der Loseblattsammlung im Themenordner gewählt. Sie läßt sich immer wieder aktualisieren und ergänzen. Einzelne Teile können leicht herausgenommen oder vervielfältigt werden. Damit besteht die Möglichkeit, das Material an die Besonderheiten jeder Unterrichtssituation anzupassen.

Ich habe drei der fünf bisher erschienenen Loseblattsammlungen durchgesehen, um zu prüfen, ob sie den selbst formulierten Qualitätskriterien gerecht werden: Flüchtlingslager der Westsahara (bearbeitet von Sonja Schulte), Zigeuner (Georgia A. Rakelmann) und Iran (Irmgard Körber, Abdol H. Behrawan).

Der Anspruch auf **Ideologiekritik** wird vom Material zum Thema Zigeuner vorbildlich erfüllt. Es setzt nämlich von vornherein an den verbreiteten Klischeevorstellungen über dieses Volk mitten unter uns an, das mit den Völkern der Dritten Welt gemeinsam hat, von unserer krebsartig auswuchernden Wirtschafts- und Lebensweise schon nahezu um seine eigene gebracht worden zu sein.

Seit der Romantik herrscht die Vorstellung, Zigeuner seien ungebunden und wild („lustig ist das Zigeunerleben, faria, faria, ho!"). In Wirklichkeit leben die Sinti, wie sie sich selbst nennen, nach sehr streng eigenen Gesetzen. Das romantische Klischee kommt zustande, weil wir Nicht-Zigeuner, eingesperrt in die Käfige der bürgerlichen Institutionen – Kleinfamilie, Betriebshierarchie, autoritärer Staat – unsere Freiheitssehnsüchte gern auf Menschen projizieren, die anders leben. Deshalb sind gerade Kapitalismuskritiker und Zivilisationsskeptiker nicht gegen romantische Vorurteile über Zigeuner oder auch Indianer und Orientalen gefeit. Das wird vermutlich auch für nicht wenige (potentielle) Benutzer der GEB-Materialien gelten. Dieses tut deshalb gut daran,, das romantische Klischee anhand von Zitaten aus der hohen Literatur (Nikolaus Lenau: „Die drei Zigeuner") und aus der Konsum-Werbung („Zigeunerglut – auch für sie ein wahrer Genuß") ausführlich zu dokumentieren.

Mit der Projektion von Freiheitssehnsüchten geht die geheime Angst vor dem ganz anderen Leben einher, die in vernichtende Aggression münden kann. Auch an ihrem Anfang stehen Vorurteile: Zigeuner sind von Natur aus schmutzig, verlogen und kriminell. Auf Klischees dieser Art stützte sich die nationalsozialistische Rassenideologie bei ihrem Aufstieg zum offiziellen gesellschaftlichen Konsensus, zur Staatsidee. Unter der faschistischen Herrschaft wurden nicht nur Millionen von Juden, sondern auch Hunderttausende von Zigeunern in den deutschen Konzentrationslagern umgebracht. Obwohl dies heute allgemein bekannt ist, sind aggressive Vorurteile gegen Zigeuner keineswegs verschwunden, und auch ihre rechtliche Benachteiligung hat nicht aufgehört: ihnen gegenüber hat die Bundesrepublik nicht versucht, die nationalsozialistischen Verbrechen mit Geld wieder gut zu machen. Die Zigeuner kämpfen heute um Gleichstellung mit den Juden, die das Glück hatten, auf Kosten eines dritten Volkes den Staat Israel zugesprochen zu bekommen, den die Bundesregierung – nicht in uneigennütziger Absicht – unterstützt. Die Formen der offiziellen Diskriminierung sind vielfältig: Gemeinden weigern sich, reisenden Zigeunern geeignete Stellplätze für ihre Wagen zur Verfügung zu stellen. Behörden machen Zigeunern unnötige Schwierigkeiten, wenn es um ihre Papiere geht. Lehrer sind überhaupt nicht auf die Probleme der Schüler aus Zigeunerfamilien eingestellt. Daß all dies anschaulich dokumentiert wird, gehört zur ideologiekritischen Qualität des von der GEB herausgegebenen Unterrichtsmaterials.

An der Westsahara-Mappe und am Iran-Material ist diese Eigenschaft weniger ausgeprägt. Daß auch über den Islam schlimme Vorurteile im Schwange sind, läßt sich leicht feststellen, wenn man einmal darauf achtet, in welchen schimpflichen Zusammenhängen das Wort „Ayatollah" von Schülern gebraucht wird. Auf solche negativen Klischees geht das Material nicht ein. Außerdem erscheint der Text, der die Besonderheiten des schiitischen Islam erklären soll, dafür ungeeignet, weil er zu viel abseitige historische Details ausbreitet, anstatt sich auf wenige politisch brisante Themen wie die religiösen Vorschriften zur Stellung der Frau in der islamischen Gesellschaft, die besondere Bedeutung der persönlichen Charismas in der schiitischen Theologie, die wirtschaftspolitischen Gebote des Koran oder die wesentlichen Unterschiede zu den Inhalten der christlichen Ethik zu konzentrieren.



Ideologiekritisch ist das Iran-Material nur insofern, als es zahlreiche Informationen über die verstohlene Kollaboration zwischen der Bundesrepublik und dem parasitären Schah-Regime enthält: Die westdeutsche Industrie, besonders ihre Rüstungs- und Nuklear-Branche, wurde an das persische Kaiserreich ihre unnützesten Waren los und ließ sich dort allerorten mit Investitionen nieder. Vor allem CDU-Politiker wie Alfred Dregger priesen den Schah als Vater des Fortschritts und der Sicherheit. Und auch unter der SPD/FDP-Koalition spielte der Verfassungsschutz dem folternden Geheimdienst SAVAK Informationen über oppositionelle Iraner in der Bundesrepublik zu, die das mit Freiheit, Gesundheit und Leben bezahlen mußten, sobald sie ihr Land betraten. In offiziellen Schulbüchern, Lexika oder Broschüren der Bundesregierung ist das alles tatsächlich nicht zu finden. Aber zumindest bis in die liberale Presse ist die Kritik am Klüngel zwischen Schah und Bundesrepublik mittlerweile schon gedrungen.

Auch was die *didaktische Qualität* angeht, scheinen mir die Materialien von recht unterschiedlichem Niveau. In emanzipatorischem Sinne gelungen auch hier wieder die Zigeuner-Mappe: Dreiviertel des Materials besteht aus unmittelbaren Zeugnissen wie Interviews, Fotos, Zeitungsartikeln, Resolutionen, Erfahrungsberichten. Daran können Lehrer und Schüler sich abarbeiten, um selbständig zu einer Auffassung zu gelangen, die dann auch stabil ist und zu Engagement befähigt. Meines Erachtens wird kein wesentlicher Aspekt des brennenden Problems vergessen, daß und warum

Zigeuner unter Wahrung ihrer Identität heute kaum noch leben können, daß und wie sie sich gegen ihre Vernichtung als Zigeuner zu wehren versuchen.
Die Westsahara-Mappe ist didaktisch ebenfalls gelungen; vor allem, weil die Autorin von einer Projektwoche mit Bremer Schülern berichtet, in der die Vermittlung von Information über die Flüchtlingslager der Sahrauis mit praktischen Tätigkeiten zur Unterstützung der Menschen dort (Basteln von Spielzeug für die sahrauischen Kinder) Hand in Hand ging. Dabei übt sie auch Selbstkritik: „Der entscheidende Fehler lag in der Art der Informationsvermittlung. Es erschien uns logisch, daß wir als Lehrer Informationen weitergeben, da wir sie ja haben. Dabei haben wir nicht bedacht, daß Vorträge, auch wenn sie noch so anschaulich sind, die Schüler weitgehend zur Passivität verurteilen. Im Nachhinein hielte ich es für günstiger, den Schülern Material in die Hand zu geben, mit dem sie selbständig arbeiten können. Ich denke hier vor allem an widersprüchliche Informationen, die nicht nur zur Diskussion herausfordern, sondern die Schüler auch den kritischen Umgang mit gedruckten Informationen lehren." Die Materialmappe ist so zusammengestellt, daß ihre Benützer sich leicht an diesen Ratschlag halten können.

Das gilt für das Iran-Material leider nicht. Es besteht zur Hauptsache aus weitschweifigen Vortragsmanuskripten zu Themen wie „Geschichte Irans", „Interessen der Großmächte" oder „Islamische Republik Iran". Didaktisch brauchbarer sind wenige anschauliche Dokumente dazwischen: ein Tonbandprotokoll von Schah-Äußerungen, ein Gespräch mit einer schiitischen Hausfrau, zwei Interviews mit Bani-Sadr, Tagebuchauszüge. Die in den Äußerungen Betroffener auftauchenden Widersprüche mochten die Bearbeiter des Materials seinen Benützern allerdings nicht zumuten. Ängstlich wird in der Vorbemerkung vor dem gewarnt, was daran rückschrittlich sei – z.B. eine islamische Stellungnahme gegen die Abtreibung. Wäre es nicht besser gewesen, ein Urteil in dieser Frage der Unterrichtsdiskussion zu überlassen? Gleich zu Beginn werden drei Auffassungen als gefährlich hingestellt: die Entschuldigung des Schah-Regimes als Entwicklungsdiktatur, welche den Fortschritt lediglich mit untauglichen Mitteln gegen die Rückständigkeit der Bevölkerung habe durchsetzen wollen, die Gleichsetzung von Schah- und Mullah-Diktatur; die Begeisterung für den Islam als eine per se fortschrittliche Religion. Ich halte diese Auffassungen ebenfalls für völlig verkehrt, traue es aber gerade deswegen auch anderen zu, das herauszubekommen, sofern genügend Informationen über die Realität der iranischen Gesellschaft vermittelt werden. Gerade darin besteht ja selbständiges Lernen. Unterrichtsmaterial sollte daher in erster Linie Informationen über Realität sein, die für oder gegen sich selbsr spricht, und nicht Wiedergabe des Endergebnisses einer bereits abgelaufenen Diskussion zwischen verschiedenen Standpunkten. Das sollte Texten vorbehalten bleiben, deren Aufgabe es ist, politische Einschätzungen zu formulieren, damit diejenigen, die sie teilen, sich zu aktivem Handeln zusammenfinden können.

Besonders an der Iran-Mappe ist mir eine innere Schwierigkeit des pädagogischen Konzepts deutlich geworden, widersprüchliche Realität wiederzugeben, um ihre angemessene Verarbeitung durch selbständiges Lernen zu ermöglichen. Eine wirklichkeitsgerechte Verarbeitung ist natürlich nur dann möglich, wenn die Wiedergabe der Realität hinreichend umfassend ist, wenn also keine wesentlichen Seiten des behandelten Themas übergangen werden. Wie soll ein Schüler begreifen können, welch schwierige Aufgabe es heute für Iran darstellt, sich von den Lebensmittelimporten aus den Industrieländern unabhängig zu machen, wenn in dem Material, auf dessen Grundlage er lernt, der Zerfall der Landwirtschaft und der dörflichen Kultur unter dem Schah-Regime nicht einprägsam dokumentiert wird? Was die Iran-Mappe als Unterrichtsmaterial an Vorwegnahme von politischen Standpunkten zu viel hat, das hat sie an Realitätswiedergabe durch unmittelbare Zeugnisse zu wenig. So wesentliche Seiten des Themas wie der Zerfall der Landwirtschaft und dessen ursächlicher Zusammenhang mit der raschen Ausbreitung der Slums um die Städte, aber auch die widersprüchliche Rolle des iranischen Militärs, werden höchstens beiläufig erwähnt.

Zur *Praxisnähe* der GEB-Materialien, ihrer Verbindung zum Hier und Jetzt der Erfahrungswelt westdeutscher Lehrer und Schüler, ergänzend zu den schon erwähnten Leistungen ebenfalls noch ein paar kritische Bemerkungen. Die jeder Mappe vorangestellte Selbstdarstellung der GEB verspricht zweierlei: Erstens sollen die Loseblattsammlungen, wenn nötig ergänzt und aktualisiert werden. Das ist im Fall Iran bisher nicht geschehen.

Zweitens soll jedes Material nach Möglichkeit ein konkretes Unterstützungsprojekt vorstellen. Dies tut von den hier besprochenen nur die Westsahara-Mappe, in der ein sehr motivierender Spendenaufruf der unabhängigen Hilfsorganisation „medico international" abgedruckt ist.

Zusammenfassend sei das Verdienst der GEB betont, mit ihrer Eigeninitiative die schwerwiegenden Mängel im herkömmlichen Angebot an Unterrichtsmaterialien zum Thema „Dritte Welt" überhaupt erst aufgedeckt zu haben.
Alle, die mit diesem Thema in Unterricht und Bildungsarbeit zu tun haben, sollten das Material der GEB benutzen, wenn ihnen daran gelegen ist, demokratisches Bewußtsein hervorzurufen. Einige bisher erschienene Materialien wie die Mappe zur verheerenden Lage der Zigeuner erfüllen die kritischen Selbstansprüche der GEB auf vorbildliche Weise. Das ist allerdings nicht durchgängig der Fall.
Ich hoffe, daß die Arbeit der GEB in Zukunft auch insofern an das Zigeuner-Material anknüpfen wird, als sie das

Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit 6

DEN PREIS BESTIMME ICH !

ZU VERKAUFEN

W. Kobe / D. Seifried

Welthandel

Geschichte und Gegenwart
Wie frei ist der „freie Handel"?
Welthandel und Hunger

Preis 5,-

Wort „entwicklungspolitisch" in ihrem Namen auf Verhältnisse und Bevölkerungsgruppen hier bei uns in der Bundesrepublik ausdehnt und sich nicht auf ferne Länder beschränkt. Was sollte Entwicklungspolitik anderes sein als Wiedergutmachung der Schäden und Wunden, die der europäische Kolonialismus den Völkern Asiens, Afrikas, Amerikas und Australiens beigebracht hat? Vielleicht sollte sie deshalb besser Wiedergutmachungspolitik heißen. Wiedergutmachung tut not auch an den Schwachen im eigenen Land, die noch immer zusätzlich benachteiligt werden. Außer den Zigeunern gibt es z.B. noch mehr Bevölkerungsgruppen, die für die KZ-Haft nicht entschädigt worden sind.

hpö

Kontaktadresse: Christian Neven-du Mont
Werner Kobe
Talstraße 11, 7800 Freiburg

Preis pro Materialmappe 5,– DM; Abonnement für 6 Nummern incl. aktuelle Nachlieferungen 30,– DM.

Bundeskongreß (BUKO)

Der Koordinierungsausschuß (KA) bittet alle im Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen vertretenen Gruppen, Personen etc., ihren Beitrag möglichst sofort zu überweisen.
Eure Beiträge werden dringend benötigt, um eine kontinuierliche Arbeit im KA zu ermöglichen und verschiedenste Projekte (Pharma-Geschichte, Seminare, Zeitschrift FORUM u.v.m. vorzufinanzieren.

„Der Informationsdienst" SUBKONTINENT

will allen mit dem Problem der nach Deutschland kommenden Armutsflüchtlinge vom indischen Subkontinent konfrontierten Stellen und Privatpersonen helfen. SUBKONTINENT soll

1) den Informationsaustausch zwischen allen mit dem Problem Konfrontierten ermöglichen
2) Koordinationsmöglichkeit zwischen Entwicklungshilfe und Hilfe für Armutsflüchtlinge vom indischen Subkontinent hier bei uns schaffen
3) die praktische Arbeit mit Asylbewerbern vom indischen Subkontinent, die hier zum überwiegenden Teil kein Asyl bekommen können, erleichtern.
   a) Durch wichtige Tips, Anregungen, Neuigkeiten und Kooperationsmöglichkeiten von Leuten aus der Praxis, die das gleiche Ziel haben.
   b) Durch die Veröffentlichung seiner Anfragen und Kooperationsangebote im Rundbrief erhält jeder die Möglichkeit, alle mit diesem Problem Beschäftigten zu erreichen.
   c) Neulingen auf diesem speziellen Gebiet wird ein leichterer Einstieg ermöglicht.
   d) Experten für Indien, Pakistan, Sri Lanka, Bangla Desh, Entwicklungshilfe, Förderungsmöglichkeiten, Asylrecht usw. erhalten ein Forum für die Verbreitung ihres speziellen Wissens.

Um dieses Ziel zu erreichen, suchen wir Kontakt zu Entwicklungshelfern und Sachverständigen, die über die politischen und sozialen Verhältnisse auf dem indischen Subkontinent genauer Auskunft geben können. Richter, Rechtsanwälte, Politiker, Journalisten und Sozialarbeiter und alle anderen, die mit dem Problem der Armutsflüchtlinge vom indischen Subkontinent konfrontiert sind, erhalten auf Anfrage ein kostenloses Probeexemlar von SUBKONTINENT, Postfach 2029, 7630 Lahr

Fortsetzung von Seite 26

und dem Eisenhüttenwerk im Westen. Wir glauben, daß die Tieffliegerübungen der F 4 - Phantom-Jagdbomber erheblich dazu beitragen werden, daß die Karibu-Herden aufgrund der ständigen Störungen durch den Lärm noch weiter abnehmen.

Das Ausbildungsprogramm der Bundesluftwaffe begann im letzten Jahr (1980). Sechs Flugzeuge waren anfänglich daran beteiligt. Von ihrer technischen Ausrüstung her sind sie dafür vorgesehen, in einer Höhe von mindestens 250 Fuß (ca. 7 600 m, d.Übers.) über der Erde und mit Unter-Schallgeschwindigkeit zu fliegen, aber in einem Interview in dem kanadischen Nachrichtenmagazin „MacLeans" wurde ein nicht namentlich genannter Luftwaffenoffizier in Goose Bay zitiert, der sagte, daß sie (die Luftwaffe) nicht beabsichtigten, sich an diese Begrenzungen zu halten, sondern „richtig tief" zu fliegen. Nur fünf F 4-Phantomjäger kehrten nach Deutschland zurück, weil einer kurz vor dem Ende der Flugsaison abstürzte. Aber nach einer Übereinkunft zwischen dem kanadischen Verteidigungsministerium und der Bundesluftwaffe sollen die Aktivitäten bis 1990 stetig ausgeweitet werden und schließlich 40 Flugzeuge umfassen. In diesem Abkommen wurde auch vereinbart, daß Kanada der Bundesluftwaffe 1 750 Quadratmeilen (ca. 3000 km^2, d. Übers.) unseres Landes für taktische Übungen zur Verfügung stellt. Diese Zusage wurde gegeben, obwohl Kanada niemals ein Verfügungsrecht über dieses Land von unserem Volk erhalten hat. Auch wurden wir noch nicht einmal über die Vorgänge informiert, bzw. erst, nachdem die entsprechenden Maßnahmen bereits getroffen waren.

Wir sind nun in tiefer Sorge wegen der Auswirkungen, die ein solch intensives Tieffliegertraining der F 4-Maschinen (und später dann noch modernerer Typen wie z.B. „Tornado") auf die Tierwelt unserer Heimat haben wird. Die potentielle Gefährdung des Karibu-Bestandes, von dem wir in so starkem Maße abhängig sind, erregt unsere Sorge in ganz besonderer Weise. Wir wissen aus Erfahrung, daß die Tiere äußerst empfindlich gegen derartige Belastungen sind, denen sie ausgesetzt werden, wenn unser Land als Trainingslager für auswärtige Luftstreitkräfte wie die kanadischen, die bundesdeutschen oder die britischen benutzt wird. Selbst der Regierungsbiologe in Labrador ist der Ansicht, daß vorerst so lange keine weiteren Aktivitäten der Bundesluftwaffe mehr erlaubt werden sollten, bis die Auswirkungen des Tiefflieger-Trainings mit hohen Geschwindigkeiten auf das Karibu-Rentier ausreichend untersucht seien. Trotz seiner und unserer Warnungen soll in diesem Sommer die doppelte Anzahl von Flugzeugen wie im vergangenen Jahr (d.h. zwölf Stück) ihr Training aufnehmen. Kanada hat im Ausland den Ruf eines mustergültigen Mitgliedes der internationalen Gemeinschaft. Dieser Ruf ist ganz und gar nicht gerechtfertigt, sowohl angesichts der kanadischen Praktiken und Investitionsgebaren in Ländern, von denen bekannt ist, daß sie die Menschenrechte kaum beachten, als auch angesichts der Tatsache, daß Kanada sich seiner eigenen Urbevölkerung gegenüber kolonialistisch und ausbeuterisch verhält. Der Kampf gegen die Verweigerung der Selbstbestimmung, gegen die Kolonialisierung und gegen die Ausbeutung der angestammten Heimatgebiete der eingeborenen Urbevölkerung wird jetzt in den nördlichen Landesteilen Kanadas aktiv aufgenommen, so zum Beispiel im Land der Dene im westlichen Nordwesten, im Land der Inuit (Nunavut) und in unserem Land Ntesinan.

Wir appellieren an Sie, uns zu helfen, indem Sie unsere Lage bekannt machen und über die Aktivitäten und weiteren Pläne der Bundesluftwaffe in unserem Land berichten. Unser Volk lehnt diese Aktivitäten einstimmig ab, aber Kanada weigert sich, uns Gehör zu schenken, ebenso wie es ablehnt, unsere Meinung über die anderen massiven Industrialisierungspläne anzuhören, die ohne unsere Zustimmung in unserem Land durchgeführt werden sollen.

In der Hoffnung, von Ihnen zu hören

Gregory Penashue

(übersetzt von Eva Bergmeister)

Der Kriegsgefahr nicht tatenlos zusehen!
Aktuelle Texte zur Kriegs- und Friedensproblematik
Was tut sich? Was ist zu tun? Vorschläge, Aufrufe, Adressen . . .

Diese Broschüre enthält überwiegend Erklärungen, Appelle, Aufrufe usw., die in den ersten Monaten dieses Jahres entstanden sind und sich gegen die aktuelle Kriegsgefahr richten. Die Mehrheit der Menschen hatte sich daran gewöhnt, mit dem „Gleichgewicht der Abschreckung" zu leben. Die Kriegsangst war verdrängt oder übertüncht worden. Schlaglichtartig hat sich nun mit dem „Nachrüstungs"-Beschluß der NATO (in Wirklichkeit handelt es sich um eine Maßnahme des Wettrüstens), mit Afghanistan und Iran und vor allem den kriegstreiberischen Reden und Aktivitäten des US-Präsidenten Carter gezeigt, daß wir fortwährend am Rande eines großen atomaren Krieges leben. Plötzlich waren wir wachgerüttelt. Die Vielfalt der in der Broschüre abgedruckten Texte, die nur einen Bruchteil der Aktivitäten der letzten Monate ausmachen, dokumentiert nicht nur, daß sich eine neue Friedensbewegung entfaltet, sondern auch, daß es durchaus Ansatzpunkte für Konzepte gibt, die aus dem Teufelskreis des Wettrüstens herausführen könnten. In fast allen gesellschaftlichen Gruppen gibt es Friedenskämpfer: In den Kirchen und Gewerkschaften, in den politischen Organisationen, in Schule und Hochschule, selbst in der Bundeswehr. Und es gibt zahlreiche Friedensorganisationen, und auch viele Bürgerinitiativen haben sich der Kriegs-Friedensproblematik angenommen.

Die Broschüre ist ein wichtiger Ratgeber für die praktische Arbeit. Bezug gegen Vorauszahlung von DM 5,— (Briefmarken, Scheck) bei Komitee für Grundrechte und Demokratie, An der Gasse 1, 6121 Sensbachtal.

NEUERSCHEINUNG:
'US-Außenpolitik und Revolution in Mittelamerika', Broschüre, ca. 50 S.

Inhalt: Allgemeine Rahmenbedingungen der US-Außenpolitik; Das Konzept der US-Rechten; US-Interessen in Mittelamerika und der Karibik; Rückblick auf die Politik Carters; US-Politik gegenüber Nicaragua und der Sturz Somoza's

Bezugsadresse:
LATEINAMERIKA KOMITEE DUISBURG
c/o Yvonne Ayoub
Johanniterstr. 130, 4100 Duisburg 1

CHINA

China nach Maos Tod

Die Entwicklung der letzten vier Jahre

Die großen Leistungen, welche die Chinesen in den 30 Jahren seit Gründung der Volksrepublik China vollbracht haben, brauchen nicht ausführlich wiederholt zu werden: Niedrigere Analphabetenquote, bessere Ernährungssituation und gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung als in den meisten anderen Entwicklungsländern sprechen für sich. Dieser Artikel setzt dies voraus, sein Anliegen ist es nicht, die Errungenschaften Chinas seit der Befreiung zu würdigen, sondern vielmehr die gegenwärtige Entwicklung, den seit dem Tode Maos und der Entmachtung der „Viererbande" eingeschlagenen Entwicklungsweg des Landes kritisch zu beleuchten.
Der Autor kann und will nicht verheimlichen, daß er der chinesischen Kulturrevolution große Sympathien entgegenbringt und die Fragen und Kritikpunkte, die in diesem Artikel aufgeworfen werden, von diesem Standpunkt aus geschrieben wurden.
Aber: Diese Sympathie für die Kulturrevolution, für deren Ideen und verwirklichten Entwicklungsprogramme, ist keine uneingeschränkte. Weder der Personenkult, den Mao um seine Person betrieb oder betreiben ließ, noch die recht willkürlichen Entmachtungen, Verhaftungen und Erschießungen, die die Mao-Ära durchziehen und zur Zeit der Herrschaft der Viererbande (1966 – 1976) ihren traurigen Höhepunkt fanden, sind für mich zu rechtfertigen. Aber es ist nicht das Anliegen dieses Artikels, die Kulturrevolution kritisch zu analysieren. Nur noch soviel: Für mich ist die Kulturrevolution nicht – wie in der gegenwärtigen offiziellen chinesischen Geschichtsschreibung – eine ausschließlich dunkle Epoche gewesen. Viele ihrer Ideen und Verwirklichungen halte ich auch heute noch für äußerst bemerkenswert. Auch ökonomisch hat die Kulturrevolution China vorangebracht und nicht, wie häufig behauptet, um ein Jahrzehnt zurückgeworfen.

Nachdem in den Jahren 1977 und 1978 die „Macher" um Deng Xiaoping zunächst versuchten, den großen wirtschaftlichen Sprung nach vorn – raus aus der Kulturrevolution, rein in das Jahr 2000 – mit Hilfe gigantischer aus den westlichen Industrieländern importierter Industriekomplexe zu verwirklichen (vgl. blätter des iz3w, Nr. 73 und 75), wurde in den vergangenen Jahren von dieser Wirtschaftspolitik wieder Abstand genommen. Die Politik der „Vier Modernisierungen" – der Modernisierung der Industrie, der Landwirtschaft, des Verteidigungswesens und des Bildungswesens – soll nun in kleineren Schritten verwirklicht werden. Dazu wird die sozialistische Planwirtschaft in allen Bereichen durch aus dem Kapitalismus stammende Mechanismen bereichert: Freigabe von Preisen, Zulassung privater Märkte, private Landwirtschaft, Förderung der Konkurrenz unter den einzelnen Arbeitern durch leistungsbezogene Prämien, Konkurrenz unter den einzelnen (kollektiven) Betrieben um Absatzmärkte, Aufhebung des staatlichen Außenhandelsmonopols.
Nach der Entmachtung der „Viererbande" war der Entfaltung der Bedürfnisse nach mehr individueller Freiheit mehr Raum eingeräumt worden, auch die Bedürfnisse nach materieller Besserstellung konnten offener ausgedrückt werden oder wurden – etwa durch Werbung für Konsumgüter – geweckt. Doch der „Pekinger Frühling" mit seinen geduldeten kritischen Wandzeitungen und Untergrundzeitschriften währte nur kurz. Die Forderungen nach mehr Konsum konnte die neue (Wirtschafts-)Politik nicht schnell genug verwirklichen. Eine ideologische Legitimationskrise war die Folge: Jugendunruhen erschütterten Shanghai und andere Städte. Viele Intellektuelle stellen Ausreiseanträge. Doch an der Parteispitze konnte die „Macher"-fraktion um Deng Xiaoping ihre Position nicht nur halten, sondern die verbliebenen restlichen „Maoisten" weiter in die Minderheit drängen.

Wirtschaftspolitik

Der gigantische Industrieimport war eine Fehlplanung

In der ersten Phase chinesischer Wirtschaftspolitik der Nach-Mao-Ära – in den Jahren 1977 und 1978 – versuchten die „Macher", die vier Modernisierungen durch eine primäre Modernisierung der Schwerindustrie zu erzielen. Dabei setzte die chinesische Führung auf den schlüsselfertigen Import modernster westlicher Industrieanlagen für die Eisen- und Stahlerzeugung sowie im Kohle- und Erdölsektor. Die Auswirkungen, die diese Wirtschaftspolitik hat, wurde während der 3. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses („Parlament") unter den Delegierten diskutiert.

Das Beispiel Baoshan

In der Nähe von Shanghai wird das Eisen- und Stahlwerk Baoshan gebaut, eines der modernsten Industriekomplexe Chinas. Das hauptsächlich von Japan gelieferte Stahlwerk wurde im wahrsten Sinne des Wortes in den Sand gesetzt. Nachträglich mußten Betonpfeiler in den sandigen Boden getrieben werden, um die nötige Bodenfestigkeit für einen Hochofen zu verschaffen. Einige Delegierte sprachen von 400 000, die Ingenieure des Werkes von 144 notwendigen Betonpfeilern. Aber es blieb nicht bei diesem einen Planungsfehler. Die importierte Technologie der Stahlerzeugung, nach welchem das Baoschaner Werk arbeiten soll, setzt bestimmte Eisenerzsorten und bestimmte vorbehandelte Kohle voraus. Beides steht zum gegenwärtigen Zeitpunkt in China selbst nicht zur Verfügung, so daß sowohl Kohle als auch Eisenerz importiert werden müssen. Damit werden die Produktionskosten für Roheisen im Baoschaner Werk doppelt so hoch liegen, wie in den bisher bestehenden chinesischen Werken.
„Ganz besonders erregten die Delegierten die Probleme für die Umweltbelastung Shanghais. Schon jetzt seien die Bedingungen dort sehr schlecht. Man habe jedoch vor der Errichtung des Baoshaner Stahlwerkes keine Umweltanalyse durchgeführt... Schon jetzt umgeben Giftgase, die von der metallurgischen Industrie ausgestoßen werden, die Stadt. Bei Südostwind wird das Schwefeldioxid, das die Shanghaier Eisen- und Stahlwerke Nr. 1 und Nr. 5 ausstoßen, in die Stadt getragen. Bei Nordwestwind wird das Schwe-

feldioxid vom Baoshaner Eisen- und Stahlkomplex die Stadt erreichen (1).
Die großtechnischen Fehlplanungen wurden Ende vergangenen Jahres in den Medien der VR China diskutiert (2). Außer dem Ziel, einer bestimmten Fraktion damit einen auf den Deckel zu geben – immer auch ein Anliegen chinesischer Kritikkampagnen – soll damit auch die Notwendigkeit eines Umschwunges in der chinesischen Wirtschaft begründet werden.
Im neuen revidierten Zehnjahresplan (1981 – 1990), der den alten Zehnjahresplan (1976 – 1985) ablöst, werden erstmal kleinere Brötchen gebacken. Die Priorität wird wieder auf die Entwicklung der Landwirtschaft und Leichtindustrie gelegt, während die Schwerindustrie die geringsten Wachstumssteigerungen aufweisen soll.



Hochmoderne Industrie in Shanghai

Plan und Markt
Diese Rückbesinnung auf die Landwirtschaft – auch zu Maos Zeiten das Hauptkettenglied im Produktionskampf – sowie die Besinnung auf die Leichtindustrie gehen einher mit einer weitgehenden Absage an die bisherige Planwirtschaft: Das staatliche Lenkungssystem soll gröber werden und die einzelnen Entscheidungsbefugnisse der Betriebe größer. Anstelle des staatlichen Plans sollen einige Bereiche über den Markt durch Angebot und Nachfrage, teilweise auch durch freie Preise geregelt werden.
Besonders in Shanghai und der Provinz Sichuan (Szechuan) sind die Pläne am weitesten gelockert worden. Sichuan gilt momentan als das große wirtschaftliche Experimentierfeld Chinas. Den einzelnen Betrieben wird nicht mehr nur Freiraum bei der Ausgestaltung des Planes zugestanden, sie können alles das, was sie überplansollmäßig produzieren, zu nicht festgelegten ausgehandelten Preisen verkaufen. Dies setzt natürlich weitere Kollektivbetriebe voraus, die ebenfalls neben dem staatlichen Plan oder darüber hinaus einen Bedarf an eben diesen Produkten haben, also einen Konsumgüter- und Investitionsgütermarkt.

Tertiärer Sektor
Die größten Veränderungen haben sich in China im tertiären Sektor, dem Handwerks- und Dienstleistungsbereich, vollzogen: Aber auch hier sind die Phasen des wirtschaftlichen Experimentierens in den einzelnen Provinzen in einem recht unterschiedlichen Stadium.
Eine Hochburg für Privatbetriebe im Dienstleistungsbereich ist im letzten Jahr Lanchou, die Hauptstadt der Provinz Kansu geworden. In der Millionenstadt im nördlichen Zentralchina gab es nach Angaben der Stadtbehörden Ende letzten Jahres (1980) bereits 3139 Privatbetriebe. „Private Restaurants schießen wie Pilze aus dem Boden. Sie versorgen auch die rund 58 000 chinesischen Muslims dieser Gegend, die kein Schweifefleisch essen, mit Hammelfleischgerichten. Damit verbessert sich auch die Lage dieser Minderheit ...
Einer der reichsten Männer in Lantschou ist der Restaurantbesitzer Ma Chenjiao. Der frühere Fabrikarbeiter stellte seinen Kohleherd vor einem Jahr auf. Rund 200 Menschen kommen jeden Tag zu Ma zum Essen. Jetzt verdient er zusammen mit seiner Frau, einem Sohn und vier Angestellten etwa 90 Mark pro Tag und damit fast ebensoviel wie ein Fabrikarbeiter im ganzen Monat. Davon kann er knapp 40 Mark in die eigene Tasche stecken. Vom Tagesverdienst gehen ja etwa fünf Mark an Staat und Stadt.
Die Verkaufspreise sind staatlich festgesetzt...
Unter den Schneidern hat Zhu Tangming die größte 'Karriere' gemacht ... Vor sechs Monaten hat er seine Arbeit als Fabrikschneider aufgegeben und sich ins 'Geschäft' gestürzt. Im Durchschnitt verdient er jetzt umgerechnet 180 Mark im Monat. Er hat schon ein Fernsehgerät und spart für ein Eigenheim. (3)"
Die Zulassung privater Restaurants, handwerklicher Familienbetriebe und von Händlern hat die Versorgung der Bevölkerung verbessert. Gleichzeitig steckt aber in dem wirtschaftlichen Liberalismus auch die Möglichkeit der privaten Aneignung des Mehrwertes, der Ausbeutung nicht nur von Familienangehörigen sondern auch weiterer Angestellter.
Das Ausmaß das der private Dienstleistungsbereich in China annehmen soll, ist noch offen: Soll er beschränkten Charakter haben, etwa als Ergänzung und Konkurrenz die staatlichen Betriebe zu besserem Service für die Bevölkerung anstacheln, oder soll er auf Kosten des staatlichen Bereichs weiter ausgedehnt werden? Eins zeichnet sich in jedem Fall jetzt schon ab: In der chinesischen Gesellschaft feiert eine alte Schicht, die der privaten Händler und Handwerker, ihre Wiederauferstehung. Die Folge davon ist eine weitere soziale Differenzierung innerhalb der Stadt: Neben dem Gros der staatlichen Arbeiter gibt es selbständige Gewerbetreibende, von welchen einige über ein erheblich höheres Einkommen als die Arbeiter verfügen.

Außenwirtschaftspolitik
Ende 1980 betrug die Verschuldung Chinas im Ausland 3,4 Mrd. Dollar (4) Damit beträgt die Verschuldung Chinas nur etwa ein Zehntel der Summe, welche von der Internationale der Banken als für China noch akzeptabel, weil seiner Wirtschaftskraft entsprechend veranschlagt wird (5). Damit bleibt die Verschuldung und damit auch die Abhängigkeit Chinas von ausländischen Banken gering. Ein Umstand, der von der westlichen Bankenwelt immer wieder bedauert wird (6). In anderen Bereichen wie in den obengeschilderten Importen von Industrieanlagen, aber auch in der Einrichtung von Exportzonen und Joint Venture (Gemeinschaftsunternehmen) steht China in der Gefahr, genau wie die kapitalistischen Entwicklungsländer von multinationalen Konzernen und der Produktion weniger Produkte für den Weltmarkt abhängig zu werden.

Exportzonen
Es handelt sich hierbei um klassische Freihandelszonen, die die VR China eingerichtet hat, welche sich in ihren Bedingungen nicht merklich von den Freihandelszonen der

kapitalistischen asiatischen Nachbarstaaten unterscheiden.
In der Provinz Guangdong (Kanton) sind vier Gebiete als „Wirtschaftssondergebiete" ausgewiesen. Sie liegen in der Nähe von Hongkong oder Macao.
Aus anderen Provinzen werden ebenfalls Pläne gemeldet, Exportzonen einzurichten.
In diesen „Wirtschaftssondergebieten" können ausländische Unternehmen oder Joint Venture (Chinesisch-Ausländische Gemeinschaftsunternehmen) Produktionsstätten für den Export errichten. Die VR China verpachtet den Grund und Boden, auf dem diese Betriebe errichtet werden, stellt die Infrastruktur einschließlich der benötigten Energie und die Arbeitskräfte zur Verfügung. Die für den Bau und Betrieb der Produktionsstätten benötigten Rohstoffe, Maschinen und andere Produktionsmittel können zoll- und steuerfrei importiert werden. Die Gewinnsteuern betragen nach 3 bis 5 Jahren Steuerfreiheit 10 bis 15 % (7).
China erhofft sich außer der Erwirtschaftung von Devisen – sowohl die Löhne für die chinesischen Arbeitskräfte als auch die Steuern muß das Unternehmen in Devisen entrichten –, daß die Einrichtung dieser Exportzonen der Modernisierung Chinas dienen wird. (8) Woraus diese Hoffnung sich nährt, ist mir äußerst unverständlich, da doch die Praxis der Export- und Freihandelszonen in den kapitalistischen Entwicklungsländern Asiens bewiesen haben, daß in diesen außerhalb jeglicher Kontrolle nationaler Wirtschaftsplanung liegenden Zonen ausschließlich für den Profit des ausländischen Unternehmens jedoch nicht für die Entwicklung des Landes produziert wird (9).
Sicherlich haben die Exportzonen in der Volksrepublik noch lange nicht die gleiche gesamtwirtschaftliche Bedeutung wie bspw. in Taiwan oder Sri Lanka. Infolgedessen ist die Abhängigkeit der VR China von ausländischem Kapital um eine vielfaches geringer als in den kapitalistischen Entwicklungsländern Asiens. Und dennoch befürchte ich, daß ein sozialistischer Staat, der ausländische Konzerne ins Land holt und auf die Kontrolle über die Art der Produktion verzichtet, langfristig sich in die gleiche Abhängigkeit von ausländischen multinationalen Konzernen begibt, wie ein kapitalistisches Entwicklungsland.

Joint Venture
Im Juli 1979 hat die VR China den rechtlichen Rahmen für Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung abgesteckt. Mit den Gemeinschaftsunternehmen, bei der die ausländischen Unternehmen höchstens 49 % – also eine Minderheitsbeteiligung – erwerben können, greift die VR China eine Kooperationsform wieder auf, die zwischen 1949 (Gründung der VR) und 1966 (Beginn der Kulturrevolution) hauptsächlich zwischen finanzkräftigen Auslandschinesen und der VR China bestanden haben. Auch nach dem Ende der Kulturrevolution und dem Beginn der Herrschaft der Macher waren es zunächst reiche Landsleute aus Hongkong und Macao, die ein Interesse an der Kooperation mit Firmen aus der Volksrepublik hatten. „H.T. Vong, ein in Macao geborener Unternehmer, der die 'Asia International Electronics Ltd.' leitete, kam 1976 mit den chinesischen Behörden zu einer Vereinbarung über die Einrichtung einer Fabrik in Peking, in der seitdem Kassettenrecorder, Kassettenbänder und Fernsehsets nach Vorlagen erstellt werden, die aus Hongkong stammen. Die chinesische Seite stellte Grundstücke, Gebäude und die Arbeitskräfte, während die Hongkonger Seite die Technologie einbrachte und die Fertigwaren exportierte. Allmählich entwickelten sich aus dieser Zusammenarbeit Unternehmensverflechtungen, weil die Hongkonger Firma einen Teil ihres Gewinnanteils in dem Pekinger Werk reinvestierte und so schließlich einen Anteil von 49 % am Unternehmen erworben hatte.
Zu ähnlichen Formen der Zusammenarbeit kam es bei anderen Produktgruppen, z.B. bei der Herstellung von Uhren und Textilien." (10) Allen Joint Ventures ist gemeinsam, daß China die Kapitalmehrheit von mindestens 51 % behält und damit rechtlich gesehen die Entscheidung über das Was und Wie der Produktion in den Händen behält. Die ausländischen Partner des Gemeinschaftsunternehmens sollen das technische Know-How, die Maschinen und das Management für den Export übernehmen, während die chinesische Seite die Arbeitskräfte und die Produktionsstätten stellt.
Der rechtliche Rahmen ist bei der Frage der faktischen Verfügungsgewalt allerdings nicht allein entscheidend.
Gerade dann, wenn eine Gemeinschaftsunternehmung für den ausländischen Markt produziert, kann bei dem ausländischen Minderheitsbesitzer, der über die Absatzmöglichkeiten verfügt, das wahre Sagen liegen.
Die ersten Joint-Venture wurden außer im genannten Konsumgütersektor auch im Dienstleistungssektor gegründet: Bau von Restaurants und Hotels, ein Rolltreppen- und Aufzugsgemeinschaftsunternehmen bis hin zur Tabakindustrie.
„Die Zigarettenfabrik Nr. 2 in Guangzhou und Philip Morris Asia Inc. sind übereingekommen, 'L and M'-Filterzigaretten herzustellen, während die R.J. Reynolds Tobacco Co Ltd. zusammen mit der Xiamen (Amoy) Construction and Development Co. (Provinz Fujian) die Fabrikation von Camel-Filter-Zigaretten Ende dieses Jahres (1980) unter Einsatz amerikanischer Maschinen und importierten Tabaks aufnehmen wird. Gleichzeitig sieht das Abkommen die Entwicklung einer neuen Marke unter Verwendung einer Mischung chinesischen und amerikanischen Tabaks vor.(11)"



Mao-Bild von der »Großen Halle des Volkes« in Peking abgenommen

Außenhandelsmonopol wurde aufgehoben
Die „Macher" setzen ganz auf die Konkurrenz unter den einzelnen chinesischen Betrieben. Diese gegenseitige Konkurrenz soll auch vor den ausländischen Unternehmen nicht halt machen. Von daher ist es folgerichtig, daß das staatliche Außenhandelsmonopol aufgehoben wurde.
Nicht nur die einzelnen Provinzen sondern auch einzelne Betriebe konkurrieren nun um ausländische Geschäftspartner. So haben beispielsweise 25 chinesische Einzelfirmen des Baumschinensektors das Recht, Direktverträge mit dem Ausland abzuschließen. Die Folge ist klar: Verschiedene chinesische Betriebe unterbieten sich gegenseitig bei Joint-Venture-Verhandlungen oder Exportgeschäften, wie es z.B. der Krebsexport nach Hongkong deutlich macht.
„Früher wurde er (der Krebsexport) exklusiv über eine Außenhandelsgesellschaft nach Hongkong abgewickelt. Diese Außenhandelsgesellschaft war aber nicht in der Lage, alle

bei uns angebotenen Krebse aufzukaufen. Das führte dazu, daß einzelne Provinzgesellschaften ihrerseits um die Erlaubnis baten ihrerseits ihre Krebse nach Hongkong auszuführen. Die Außenhandelsgesellschaft war damit einverstanden, und jetzt gibt es in Hongkong mehrere Anbieter chinesischer Krebse, wie z.B. aus den Provinzen Guangxi und Fujian. Die wachsende Konkurrenz führte dazu, daß die Preise für die chinesischen Krebse fielen. Im letzten Jahr ergab sich die Situation, daß, obwohl wir mengenmäßig mehr Krebse nach Hongkong ausgeführt haben, aufgrund der gefallenen Stückpreise unsere Einnahmen insgesamt gefallen sind" (12) Ein voller Erfolg also? Bleibt die Frage für wen?

Prämien

Doch bei soviel Konkurrenz der Betriebe untereinander sollen uch die Arbeiter nicht ungeschoren davon kommen; sie werden durch Prämien zu höheren Leistungen angereizt. Jahrelang als kapitalistisch gescholten, werden in den Betrieben seit 1978 wieder Leistungsprämien in großem Maße ausgeschüttet. Verschont von den Prämien bleiben diejenigen Arbeiter, die Schäden in der Produktion verursacht haben oder häufiger gefehlt haben. Die Auswirkungen zeigen sich deutlich: Krankheits- und Abwesenheitsraten fielen beträchtlich. Von einer Tianjiner Fabrik wird berichtet, daß der Krankenstand von 20 % auf 6 bis 8 % gesunken sei: in einem Sichuaner Modellbetrieb hat die Einführung des Prämienlohnes zu einer Halbierung der Krankmeldungen geführt.

Zu den monatlichen Grundprämien, die bis zu einem Drittel des Gesamtlohnes betragen können, werden noch jährlich Extraprämien in denjenigen Fällen, wo die Betriebe Gewinne durch Überplanproduktion erwirtschaftet haben, ausgeschüttet. Die Prämien (Grund- wie Extraprämien) werden nach einem Punktesystem berechnet, das von den Betrieben selbst gestaltet wird. Außer Leistungskriterien in der Produktion — wie Quantität, Qualität und Materialverbrauch — werden auch persönliches Verhalten wie beispielsweise Familienpalnung belohnt (13).

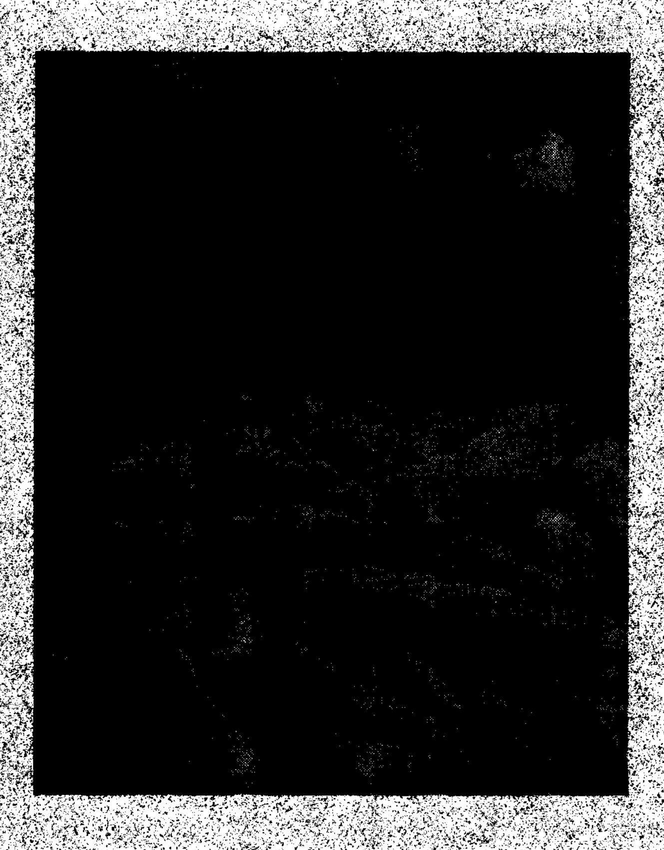
Bei der erstmaligen Jahresprämienausschüttung Ende 1978 hatte es noch in vielen Betrieben für alle Arbeiter eine gleichhohe Ausschüttung der Prämien gegeben. Da waren wohl auch noch heimlich Anhänger der „Viererbande" am Werk.

Landwirtschaft

Die Basis des chinesischen Wirtschaftssystems ist nach wie vor die Landwirtschaft. Auf dem Lande leben über 80 % der Bewohner Chinas. Seit 1964 galt für die landwirtschaftliche Entwicklung die Musterbrigade Dazhai (sprich Dadschai) als Vorbild. Dazhai hatte die Privatparzellen der Bauern abgeschafft, die Entlohnung orientierte sich nicht mehr an der Qualität der geleisteten Arbeit. Im Dezember 1976 wurde die zweite Landeskonferenz zum „Lernen von Dazhai in der Landwirtschaft" unter der Leitung des damals gerade frisch gebackenen Vorsitzenden Hua Guofeng abgehalten. Während dieser Tagung wurde das Modell Dazhai bestätigt und für die Landwirtschaft die grundlegende Mechanisierung bis zum Jahre 1980 beschlossen.

Schon ein Jahr später wurde Dazhai kaum noch in den Medien erwähnt. Die Landwirtschaftspolitik hatte sich mal wieder um 180 Grad gewandelt: Leistungsanreize standen auch für die Bauern oben an. Dadurch kamen die Privatparzellen der Bauern zu neuen Ehren (Ähren teilweise auch!). In der Vergangenheit existierten diese Privatparzellen der Bauern, auch zu den Höhepunkten der Kommunenbewegungen: während des großen Sprungs nach vorn (1958 — 1960) oder der heißen Phase der Kulturrevolution (1966 — 1968). Diese nach Feierabend von den Bauern privat bebauten Flächen waren jedoch nur für den Eigenbedarf der Familie gedacht; realiter aber waren die Privatparzellen zur Versorgung Chinas von nicht zu unterschätzendem Wert. Im Jahre 1978 wurden sie aus dem Stadium der Duldung heraus zu einem anerkannten Faktor ländlicher Produktion aufgewertet. So können heute die Bauern auf ihrem Privatland angebautes Gemüse oder Obst oder ihr Vieh privat verkaufen.

Die Zulassung der privaten Viehhaltung im ganzen Land hat zu einem regelrechten Schweineberg geführt, so daß in einigen Provinzen sogar Abschlachtprämien für Schweine gezahlt wurden, wenn der Bauer sein Schwein selbst verzehrte.



Während die Bauern in der Nähe der großen Städte durch die Möglichkeit der privaten Vermarktung die Möglichkeit zusätzlicher Einnahmequellen haben, haben die in infrastrukturell benachteiligten Gebieten lebenden Bauern keine Möglichkeit direkt auf städtischen Märkten zu verkaufen. Die neue Landwirtschaftspolitik der „Macher" nimmt ungleiche Entwicklung verschiedener Landesteile bewußt in Kauf, auch hier soll die Konkurrenz zur Entwicklung führen.

Auch bei der Mechanisierung werden die „Gleichmachereien" beendet. Während in der Vergangenheit bei der fortschreitenden Mechanisierung darauf geachtet wurde, daß Landmaschinen gleichmäßig im gesamten Land zur Verfügung gestellt wurden und auch von reichen Brigaden keine zusätzlichen Maschinen erworben werden konnten, wird auch dieser „sozialistische Schweinkram" nun fallengelassen. Es geht nicht mehr um die gleichmäßige Entwicklung der Landwirtschaft, sondern die reichen Gebiete sollen die Möglichkeit haben, sich schneller als ärmere Gebiete zu mechanisieren, die anderen werden dann in der Entwicklung schon nachfolgen.

Neben dem Gegensatz zwischen Stadt und Land — den zu beseitigen ein erklärtes Ziel maoistischer Politik war — wird es zukünftig noch weitere soziale Gegensätze, nämlich

Probleme bei der Mechanisierung der Landwirtschaft

Ein Bericht der chinesischen Nachrichtenagentur vom 16.2.1979 führt anhand konkreter Beispiele aus mehreren Provinzen Gründe an, warum die geplante Mechanisierung der Landwirtschaft nur unter großen Schwierigkeiten voranschreitet. Über eine Produktionsmannschaft heißt es:

„Sie mußten mitten im Betrieb einen Dieselmotor abstellen. Aber unter den zahlreichen Kadern und Kommunemitgliedern war keiner, der wußte, wie man das macht. Deshalb schlugen sie mit Knüppeln auf den Motor ein, um ihn zum Stehen zu bringen. Schließlich stoppten sie ihn, indem sie ihn in einen mit Wasser gefüllten Graben warfen. Natürlich ist diese Art, einen Motor abzustellen, indem man erst auf ihn einschlägt und dann unter Wasser taucht einzigartig. Aber sie zeigt ein ernsthaftes Problem auf. Die Massen der Kader und Kommunemitglieder in ländlichen Gebieten wissen nicht, wie man Landmaschinen und -gerät bedient, pflegt und repariert."

(in der Übersetzung von China aktuell, Febr. 79, S. 96)

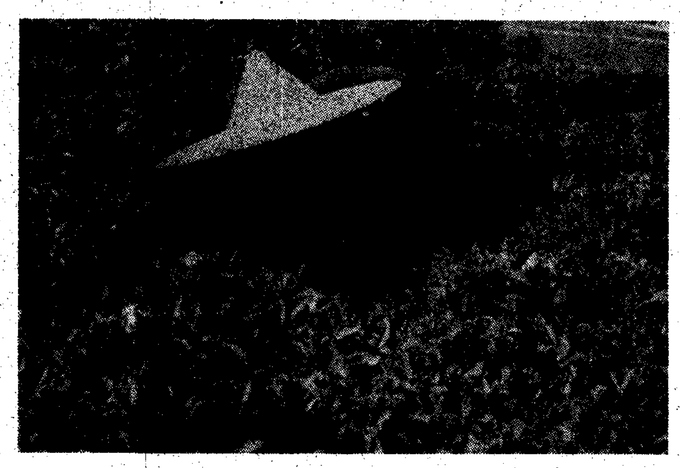
innerhalb der ländlichen Entwicklung selbst geben. Gegensätze zwischen reichen sich schneller entwickelnden Regionen und solchen, die arm bleiben werden.
Sollte sich diese Tendenz der ungleichen Entwicklung verschiedener Regionen Chinas verstärken, so wird sich die KP Chinas vor ein bisher nicht gekanntes Problem gestellt sehen: der Landflucht. Noch sind es nur die ehemaligen städtischen Jugendlichen, welche in die Städte zurückströmen. Wenn jedoch bestimmte ländliche Gebiete immer weiter der allgemeinen Entwicklung hinterherhinken, werden auch die Bauern dieser Gegenden in die Städte zu strömen beginnen. Wie in anderen Entwicklungsländern wird die Landflucht dann kaum noch zu stoppen sein und die zehn Millionen Einwohner zählenden Großstädte Schanghai und Peking werden sich schnell verdoppelt und verdreifacht haben.

Diversifizierung in der chinesischen Landwirtschaft

Traditionsgemäß galt in all' den verschiedenen Phasen chinesischer Landwirtschaftspolitik der Steigerung der Reisproduktion als erste Priorität. Seit Jahrtausenden hat China eine Naßreisanbaukultur entwickelt, die mit großen Anstrengungen durch Bewässerungskanäle und Pumpsysteme auch in Hügel und Bergregionen betrieben wurde. Auch die einstige Musterbrigade Dazhai liegt im Bergland. Doch bei allen Anstrengungen im Getreideanbau konnte die Getreideproduktion zwar auf 333 Mio t im Jahr 1978 gesteigert werden. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 1959 einer Erhöhung um das 1,7-fache. Rechnet man jedoch die Getreideproduktion pro Kopf der Bevölkerung um, so blieb diese in den letzten zwanzig Jahren konstant (14). Bei der Politik des Getreideanbaus um jeden Preis sind in der Landwirtschaftsplanung schwere ökologische Fehler begangen worden. So sind zur Gewinnung von Neuland für den Reisanbau zahlreiche Süßwasserseen und Teiche trockengelegt worden, so daß die Süßwasserfischfänge zurückgingen. Ebenfalls wurden in den letzten zwanzig Jahren – so die Kritik des stellvertretenden Ministerpräsidenten Chen Yun – die Vieh- und Forstwirtschaft vernachlässigt. Zukünftig soll kein Steppenland mehr in Kulturland verwandelt werden, da die Reiserträge dort nur gering sind, sondern vermehrt als Weideland für die Viehhaltung genutzt werden.
Die Rückbesinnung auf die Landwirtschaft – nach den zwei Jahren der schwerindustriellen Euphorie 1977/78 – hat also nicht zu einer Renessaince der Reisproduktion um jeden Preis geführt, sondern zu einer aufgefächerten landwirtschaftlichen Produktion von Getreide-, Vieh-, Forst- und Fischwirtschaft. Ein Waldgürtel soll von Nordwest- bis Nordostchina aufgeforstet werden, da die seit Jahrhunderten durchgeführte Abholzung das ökologische Gleichgewicht im Norden des Landes schwer gestört habe (15).
Diese begonnene Diversifizierung der chinesischen Landwirtschaft und eine Mißernte im letzten Jahr – sintflutartige Regenfälle in Zentralchina sowie Dürre und Trockenheit in anderen Provinzen (16) haben zu einem verstärkten Getreideimport Chinas geführt. Während zwischen 1973 und 1979 die Chinesen jährlich durchschnittlich 2 Mio t Getreide aus den USA importiert haben, wird zwischen 1980 und 1984 6 – 8 Mio t Getreide aus den USA nach China geliefert werden. Zusammen mit Lieferungen aus Kanada, Australien, Argentinien und Frankreich werden insgesamt jährlich etwa 13 Mio t Getreide importiert werden müssen.

Bevölkerungspolitik

Ende des Jahres 1979 zählte die Bevölkerung der VR China nach offiziellen Angaben 970 Mio Einwohner. Die Notwendigkeit, das Bevölkerungswachstum in den Griff zu bekommen, stellte sich als Aufgabe in jeder Phase des nachrevolutionären Chinas, also sowohl zu Zeiten der kul-



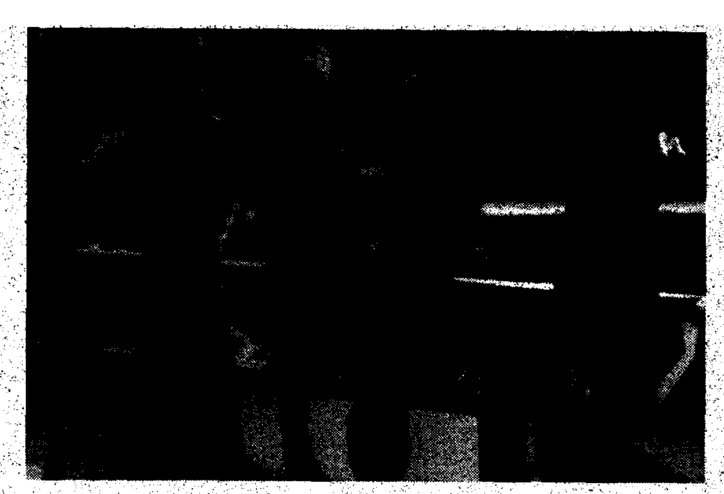
Der Autor in einer chinesischen Teeplantage

turrevolutionären maoistischen Entwicklung, als auch unter den heute regierenden „Machern". Die gegenwärtig herrschenden „Macher" benötigen eine Beschränkung des Bevölkerungswachstums jedoch umsomehr, als ihr System materieller Anreize für viele nur dann durchzuführen ist, wenn es nicht allzuviele werden, durch welche geteilt werden muß. Aber auch unter Maos Massenlinie wurde strikt darauf geachtet, daß sich die Massen nicht unkontrolliert fortpflanzen.
So taucht auch in den neuen Vorschriften für Familienplanung, die auf Provinzebene verabschiedet wurden, die altbekannten Bestimmungen auf: Frauen sollen erst nach dem 23. Lebensjahr heiraten. Für Männer gilt das Heiratsalter von 25 Jahren auf dem Land und 26 Jahren in der Stadt.
Um ein Kind zu zeugen ist nach wie vor die Zustimmung der Grundeinheit – also des Wohnkollektivs in der Stadt

bzw. der Produktionsgruppe auf dem Land notwendig – Ein zweites Kind darf frühestens vier Jahre nach dem ersten angesetzt werden. (17)
Seit 1979 hat die chinesische Führung nun auch in der Geburtenkontrolle das zerbrechende System ideologischer Anreize durch ein System materieller ergänzt. In der neuen Musterprovinz Sichuan (Szechuan) wird seitdem vehement die Ein-Kind-Familie propagiert. Ehepaare, die sich verpflichtet haben, sich mit einem Kind zu begnügen, erhalten monatlich mehr Kindergeld, sie werden bei der Wohnraumzuteilung, Urlaub und Pensionen bevorzugt, dem Einzelkind werden Ausbildungs- und Arbeitsplatz garantiert.
Auf dem Land erhalten Ein-Kind-Familien mehr Boden zur privaten Bewirtschaftung. Bei weiteren Kindern entfallen die Begünstigungen sofort wieder, bereits in Anspruch genommene Leistungen müssen zurückerstattet werden. Ab dem dritten Kind setzt gar ein negatives Kindergeld ein.
Während bürgerliche Komentatoren die Geburtenregelung über den Geldbeutel durchweg positiv beurteilen (18), kann ich in ihr keinen Fortschritt gegenüber der maoistischen Praxis des ideologischen Drucks erkennen.
Auch wenn sich in Sichuan 29 % der Ehepaare mit einem Kind verpflichtet haben, auf weiteren Nachwuchs zu verzichten, so ist es doch fraglich, ob sich die Ein-Kind-Familie in China durchsetzen läßt. Zu stark ist immer noch der feudalistische Einfluß auf dem Lande: Viele Kinder bedeuten höheres Ansehen. Dabei gelten Söhne traditionell als das größere Glück. Noch immer werden Frauen ökonomisch schlechter gestellt als Männer. So gibt es in der chinesischen Landwirtschaft „Leichtlohngruppen", d.h. vielerorts verdienen Frauen nur zwischen 60 bis 80 % dessen, was Männer verdienen. Diese beiden Gründe führen dazu, daß sich die meisten Ehepaare lieber einen Sohn wünschen als eine Tochter; die Folge dieses Wunsches ist oftmals die Geburt eines zweiten oder dritten Kindes, falls das erste Kind ein Mädchen ist.
Für die Landbevölkerung bedeuten darüber hinaus viele Kinder immer noch die beste Altersversorgung, da es in der überwiegenden Mehrheit der ländlichen Produktionsgruppen kein Rentensystem gibt. (18a). Dies bedeutet, daß die Alten vom Kollektiv nur mit Grundnahrungsmitteln in Form von Naturalien versorgt werden, wenn ihre eigenen Ersparnisse aufgebraucht sind.
Ausgenommen von der Geburtenbeschränkung sind die Minderheitenvölker in der VR China. Im Zusammenhang mit der Familienplanung ist interessant, daß in China anscheinend der Stein der Weisen in der Empfängnisverhütung gefunden wurde: Die Pille für den Mann. Ein Medikament, welches aus der Baumwollpflanze gewonnen wird und samentötende Wirkung hat, ohne schädliche Nebenwirkungen für den männlichen Organismus. Kurze Zeit nach der Absetzung des Medikaments tritt die Zeugungsfähigkeit wieder ein. (Näheres hierzu vgl. Anmerkung 19).

Legitimationskrise der chinesischen Führung

Die veränderte politische Praxis seit dem Tode Maos Zedongs hat für viele Chinesen ihre ideologische Welt zusammenbrechen lassen. Was zehn Jahre lang (1966 – 1976) als Ideale gegolten hat, verlor nach und nach seinen Wert. Verbal hält die chinesische Führung zwar immer noch an den Mao-Zedong-Ideen fest, aber sie gelten nicht mehr als das alleinige geistige Produkt Maos sondern als das kollektive Produkt der Partei, also auch Zhou Enlais und Liu Shaoqis bzsw. Was vor zwei Jahren von der Redaktion der „blätter" noch scherzhaft gemeint war, nähert sich heute der Realität (siehe Kasten)
Aber anstatt mit dem Entwicklungskonzept Maos, seiner politischen, ideologisch wie wirtschaftlichen Theorie und



Die ideologischen Anreize werden durch die materiellen ersetzt

Praxis in den Medien offen abzurechnen, über die „Mao Zedong Ideen" zu diskutieren, wird alles das, was den „Machern" um Deng nicht ins Konzept paßt, als Fehler der „Viererbande" angekreidet. Mao selbst wird (noch?) weitgehend in Ruhe gelassen, ist über alle Kritik erhaben. Vermutlich benötigt ihn die Deng-Fraktion noch als Integrations- und Legitimationsfigur. Hua Guofeng selbst, der ausgediente Kompromißkandidat von 1976, leitet seine Legitimation als Parteivorsitzender ebenfalls von Mao ab, der ihm auf dem Sterbebett den Blankoscheck ausgestellt haben soll: Hast Du die Sache in der Hand, ist's mir leicht ums Herz.
Mit Beginn der Modernisierungspolitik wurden die ideologischen Anreize durch die materiellen ergänzt und schließlich ersetzt. Ein äußeres Zeichen hierfür sind die großen Reklametafeln, die für verstärkten Konsum werben, just dort aufgestellt, wo einst die Sprüche des Vorsitzenden Mao zu mehr Eifer im Studium der Mao Zedong Ideen und zur Produktion anreizen sollten. Nun sind Reklametafeln aber nur für all diejenigen ein Ansporn, die die abgebildeten Gegenstände auch erwerben können, oder diejenigen, welche die Hoffnung haben, in absehbarer Zukunft soviel zu verdienen, um sie kaufen zu können. Einige Gruppen der chinesischen Gesellschaft werden zwangsläufig die letzten sein, die eine Nähmaschine, ein Fernsehgerät oder ähnliche Konsumstatussymbole ihr eigen nennen dürfen: Auf dem Land diejenigen Bauern, welche in den weniger fruchtbaren Gebieten leben oder nicht durch die Nähe zu größeren Städten in der Lage sind, durch Verkäufe auf den „Märkten für landwirtschaftliche Nebenprodukte" (wie die 'Freien' Märkte offiziell genannt werden) ihr Einkommen zu erhöhen. In den Städten sind die von der erwachten Konsumgesellschaft ausgeschlossen, welche durch das zu neuen Ehren gelangte Leistungsprinzip erst einmal arbeitslos geworden sind. Hinzu kommen die 160 Millionen Jugendlichen und Heranwachsenden, welche während der zehn Jahre (1966 – 1976) zur Schule gegangen sind, in einer Zeit also, wo die Verbindung von „Rot und Experte" und von „Theorie und Praxis" großgeschrieben wurde.
Diese zur Zeit der Kulturrevolution ausgebildeten Jugendlichen verbrachten einen Teil ihrer Ausbildung in Produktionsbrigaden auf dem Land oder in den städtischen Fabriken. Diese Arbeitseinsätze, an denen sich alle Intellektuellen – Studenten wie Professoren – beteiligen mußten, verfolgten zwei Ziele: Die Kluft zwischen den Kopf- und den Handarbeitern sollte verringert werden, d.h. die Geistesarbeiter sollten durch regelmäßige Handarbeit dazu erzogen werden, nicht auf die Bauern und Arbeiter hinabzuschauen. Das zweite Ziel war ökonomischer Natur: Durch

die Mitarbeit in der Produktion konnten die Intellektuellen am besten erkennen, in welchen Bereichen Verbesserungen und technische Neuerungen durchzuführen sind und diese an ihren Instituten entwickeln.
Daher wurden in der Zeit der Kulturrevolution weniger rein Spezialisten (man könnte auch sagen: Fachidioten) ausgebildet. Die Gefahr der Ausbildung und Organisation von Wissenschaft in der Kulturrevolution liegt darin, daß die Grundlagenforschung verkümmert. Aber für den maoistischen Entwicklungsweg waren die Fachleute nicht von so vehementer Bedeutung wie für den heutigen Weg.
Das Problem ist heute jedoch, daß diejenigen Jugendlichen, welche während der Kulturrevolution zur Schule gegangen sind, kaum Chancen haben, in die Positionen der Facharbeiter und Intellektuellen aufzusteigen, weil ihnen in aller Regel notwendiges Fachwissen fehlt.

Die Shanghaier Jugendrevolte
Seit der Kulturrevolution sind Millionen Jugendlicher Schulabhänger aufs Land geschickt worden (Xiafang), um sich für immer dort niederzulassen. Außer dem ideologischen Zweck – der Verbindung von Stadt und Land und der Hebung des Bildungsniveaus auf dem Lande – hatte die Politik des Xiafangs auch den wirtschaftlichen Hintergrund, daß es in den Städten nicht genügend Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten für die Schulabhänger gab und gibt.
Die Xiafang war trotz gegenteiliger Propaganda unter den Jugendlichen nie beliebt, so waren auch auf den Abschiedsfesten für die aufs Land zu schickenden Jugendlichen alles andere als begeisterte Gesichter zu sehen (21). Auch illegale Rückkehr von so „verschickten" Jugendlichen hat es zu jeder Zeit der Politik des Xiafangs gegeben. Die Jugendlichen mußten meist sehr hart in der Landwirtschaft arbeiten, blieben aber Fremde in den Volkskommunen. Der niedrige Lebenstandard auf dem Lande und der Wunsch zur Familie zurückzukehren, waren Ursachen für den Widerstand gegen das Xiafang und das illegale Zurückkehren in die Städte.
Zum Frühlingsfest – das Frühlingsfest im Februar und das Mondfest im September sind die beiden größten buddhistischen Feste, die sich nach wie vor größter Beliebtheit unter den Massen erfreuen, auch zur Zeit der „Viererbande" wurden sie gefeiert (22) – zum Frühlingsfest 1979 sind einige Zigtausend der insgesamt über eine Million aus Shanghai verschickter Jugendlicher in ihre Heimatstadt zurückgekehrt. Im Zuge der neuen Politik der „Macher" erhofften auch sie sich persönliche Verbesserungen ihrer Lage. Bei spontanen Demonstrationen forderten sie Wohnrecht und Arbeitsplätze als Intellektuelle in der Stadt. Die Revolte nahm Ausmaße an wie zu Zeiten der Kulturrevolution: Megaphone wurden organisiert, öffentliche Gebäude beschädigt, der städtische Nahverkehr durch Kappen der Stromleitungen der Busse zum Erliegen gebracht, schließlich der Bahnhof und ein in der Nähe des Bahnhofs gelegener Eisenbahnknotenpunkt für 12 Stunden blockiert (23). Die Behörden beendeten die Jugendrevolten wie überall auf der Welt üblich (24) durch Einsatz der Polizei.
Dem Nachgeben auf die Forderungen der Jugendlichen steht auch entgegen, daß es in den Städten nicht genügend Arbeitsplätze für alle Jugendlichen gibt. Die Shanghaier Unruhen stehen nicht einzeln da. Im Jahre 1979 gab es immer wieder Unruhen und Demonstrationen von arbeitslosen und illegal zurück in die Städte gekommenen Jugendlichen. Doch nach wie vor werden sie in ihre ländlichen Produktionsbrigaden zurückgeschickt.
Auch die Schulabgänger der Jahre 1978 und 1979 wurden (zumindest aus einigen Städten) aufs Land geschickt.


Städtische Arbeitslose zur Arbeit auf dem Lande

Insgesamt leben ca. 7 Millionen ehemaliger Städter auf dem Land als „verschickte" Jugendliche.

Arbeitslosigkeit
Die sich heute zeigende Arbeitslosigkeit, hat es in versteckter Form (ständige oder saisonale Unterbeschäftigung) auch in China der Mao-Ära gegeben. So wußten die Volkskommunen oftmals nicht, wie sie die zugewiesenen Jugendlichen sinnvoll und produktiv einsetzen sollten. Heute gibt es in China mindestens 4 Millionen Arbeitslose (25). Diese freigesetzten Arbeitskräfte sind aber auch eine Folge der neuen ökonomischen Politik: Nicht mehr jeder zugewiesene Arbeiter hat das Recht, vom Betrieb auch angestellt zu werden, sondern kann sowohl abgewiesen, also garnicht erst eingestellt, als auch unter Umständen entlassen werden.
Die Arbeitslosigkeit wird nun durch verschiedene Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen abzubauen versucht: So gibt es die Möglichkeit, durch frühzeitige Pensionierungen – zwischen 60 und 90 % des letzten Einkommens werden einem Arbeiter, als Rente weiterbezahlt, die durchschnittliche Rente liegt bei 75 % – den Arbeitsplatz freizumachen. Ein solch freigemachter Arbeitsplatz steht bei entsprechender Qualifikation dem Sohn oder der Tochter des Pensionärs zu, ist also gleichsam vererbbar. Weiterhin wurden neue Kooperativen, besonders im Dienstleistungsbereich gegründet (26).
Die Jugendarbeitslosigkeit ist auch die Ursache für das Entstehen krimineller Banden, die da sie keine andere Möglichkeit für sich sehen, auf ihre Art und Weise an den Segnungen der Vier Modernisierungen teilhaben wollen (27).

> Nach dem Sturz der Viererbande waren wir
> hellauf begeistert über unsere Zukunft
> und die unseres Landes, doch nun,
> nachdem drei Jahre vergangen sind,
> sind wir abgekühlt.
> (Zitat aus der Zeitschrift: Chinesische Jugend (28))

Partei
Auch in der Partei gibt es Widerstände gegen die „Macher" – Fraktion um Deng. Deng Xiaoping selbst soll die Zahl von einem Drittel der Funktionäre, die gegen seine Politik sind genannt haben. Je ein weiteres Drittel ist danach für die Macher bzw. neutral (29). An der Parteispitze konnte die maoistische Restfraktion durch die Nachwahl von Deng-Getreuen zwar geschwächt werden, aber in den Provinzen

haben heimliche Anhänger der „Viererbande" immer noch nicht unerheblichen Einfluß. Es ist ja auch nicht weiter verwunderlich, daß sich so umwälzende Veränderungen, wie sie sich seit dem Sturz der „Viererbande" vollziehen, nicht von heute auf morgen in allen Ebenen der Partei durchsetzen. Der Widerstand gegen die Macher-Fraktion geht hauptsächlich von den während der Kulturrevolution aufgestiegenen Kadern aus. Nach Berichten von Untergrundzeitschriften hat es auf der Insel Hainan in Südchina bei Kämpfen zwischen Anhängern und Gegnern der „Viererbande" im Herbst 1979 300 Tote und Verletzte gegeben (30).

wo

Anmerkungen:

1) China aktuell, Oktober 1980, S. 875
2) vgl. NZZ 8.11.1980
3) Weser-Kurier 27.12.1980
4) MD 1.9.1980
5) NfA 3.9.1980
6) ebenda
7) NfA 8.9.1980
8) ebenda
9) vgl.: Sri Lanka setzt auf Freihandelszonen, blätter des iz3w, Nr. 75, Februar 1979
10) Weggel, Oskar, zum neuen chinesischen Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Partnern, in: China aktuell, Juli 1979, S. 771 ff, hier: S. 773
11) NfA 23.7.1980
12) Dai Lunzhang, Abteilungsleiter des chinesischen Ministeriums für Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland, Vizepräsident der chinesischen Forschungsgesellschaft für internationale Beziehungen, in dem Interview: Konkurrenz ist geschützt und willkommen, in: China aktuell, Oktober 1980, S. 887 ff. Ein wahrhaft lesenswertes Interview!
13) Economist 29.12.1979
14) NZZ 15.8.1980 nach chinesischen Zahlenangaben
15) NZZ 15.8.1980
16) NZZ 19 + 26. 7.1980
17) Regelungen für die Provinz Kanton vom 8.6.1980
18) vgl. bspw. Peter Scholl-Latour in: Jenseits von Mao ZDF 25 + 26.12.1980
18a) Heberer, Thomas: Die Geburtenplanung in China, in: Das neue China, Dezember/Januar 80/81, S. 23
19) Näheres zur „Pille für den Mann" in: Der Überblick Nr. 4/1979, Entwicklungsland China, S. 20 f. und: Bejing Rundschau vom 20.3.1979, S. 31 f.
20) entfällt
21) eigene Beobachtungen 1976 in Kanton
22) dto.
23) MD 21.2.1979
24) vgl.: Das Vorgehen der Polizei gegen jugendliche Hausbesetzer in Westeuropa, bspw. in Freiburg, siehe hierzu: blätter des iz3w Nr. 86, Juni 1980
25) FEER 4.5.1979, andere Quellen sprechen von 20 Mio Arbeitslosen
26) China Aktuell, Juli 1979, S. 764 f.
27) vgl. hierzu Libe vom 4.7.1980, auf deutsch leicht gekürzt in: taz vom 9.7.1980
28) zitiert nach: Schier, Peter, Nach großen Hoffnungen nun die Vertrauenskrise, in: China aktuell Nr. 3/1980
29) China aktuell, 9/1979, S. 946
30) Taz 3.10.1979

China ohne Mao?

Die Veränderungen in China während der letzten 4 Jahre haben ein Idealbild zerstört. Die neue Führung trifft Entscheidungen, die den Grundsätzen Maos, die wir für richtig hielten (und halten) widersprechen. Die Wirtschaft der VR wurde für ausländisches Kapital geöffnet, im Inneren wurde der Markt wieder eingeführt. Die chinesische Gesellschaft soll wieder nach den Gesetzen des Wettbewerbs funktionieren, Teile der Landwirtschaft wurden dekollektiviert. (s. Wirtschafts-Artikel). Die gleichen Männer sitzen heute an der Spitze, die Mao und seine Anhänger während der „Kulturrevolution" bekämpft hatte. „Der Wind von rechts" hat sich durchgesetzt und droht den kapitalistischen Weg einzuschlagen.
Möglicherweise verlangten verschiedene Schwierigkeiten eine Kursänderung in der chinesischen Politik. Etwa technologische Rückständigkeit in der Konfrontation mit der UdSSR, oder größere binnenwirtschaftliche Probleme. Dies erklärt allerdings noch nicht, warum sich die Deng-Linie durchsetzen konnte. In der Einschätzung, wie dies auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene möglich wurde, sind wir ratlos. Informationen aus erster Hand sind sehr spärlich. In diesem Artikel sollen Anhaltspunkte gesammelt werden, die zu einer Klärung beitragen können.
Fangen wir bei uns selbst an. Ein Teil unserer Schwierigkeiten bei der Einschätzung kommt sicher aus unserem besonderen Verhältnis zur VR China.

China und wir

„Glücklicherweise" gab es ein Gegenbeispiel für die „Kritik an bürgerlichen Entwicklungsideologien": China. „Das bevölkerungsstärkste Land der Dritten Welt, die VR China, hat in den vergangenen 30 Jahren einen eigenen Entwicklungsweg gefunden, auf dem Massenelend und Abhängigkeit beseitigt werden konnten." (1)
So steht es in den „blättern des iz3w" Nr. 55 vom August 76. Diese Einschätzung wurde von einem sehr großen Teil der europäischen Linken getragen, bis hin zu den bürgerlichen Medien, die sich gezwungen sahen, angesichts der Erfolge vor China den Hut zu ziehen. Die typischen Probleme der Entwicklungsländer hielt man in China für nahezu gelöst, als da sind: Ernährung der Gesamtheit der Bevölkerung, das Gefälle zwischen Stadt und Land, die Industrialisierung nach den Bedürfnissen der Landwirtschaft, Gesundheitsversorgung und Bevölkerungsentwicklung. Zumindest hatten die Chinesen in der VR gute Lösungsmöglichkeiten gefunden. Für uns Linke war dabei ganz ausschlaggebend, daß diese Veränderungen mit Hilfe der breitesten Mobilisierung der Bevölkerung (oder des Volkes) „im Vertrauen auf die eigene Kraft" möglich gemacht wurden.
Die Ereignisse der Kulturrevolution sahen wir als Garantie für die „permanente Revolution", mit der die Massen die politischen Strukturen kontrollieren können.
Besonders Empfindsamen unter uns kamen ab und zu auch Zweifel, angesichts des Personenkults, der Totalität des Systems, in der die individuelle Entfaltung unmöglich sein mußte, angesichts der strengen Sexualmoral, der Rigidität und Lustfeindlichkeit der Gesellschaft. Aber das mußte für eine wirtschaftliche Entwicklung erst einmal in Kauf genommen werden, schließlich war das wichtigste, daß jeder genug zu essen hatte.

Bis heute ist es unendlich schwierig zu dokumentieren, wie es den Chinesen unter Mao wirklich ging. Die chinesische Informationspolitik verschwieg Probleme. Auf der anderen Seite waren die Erfolge in China so gewaltig im Vergleich zu den Schwierigkeiten in anderen Entwicklungsländern, daß man gerne bereit war, zu glauben, es gäbe keine.
Es stellt sich heraus, daß selbst westliches Kapital das chinesische System wirtschaftlich für tragfähiger einschätzt als es in Wirklichkeit ist.

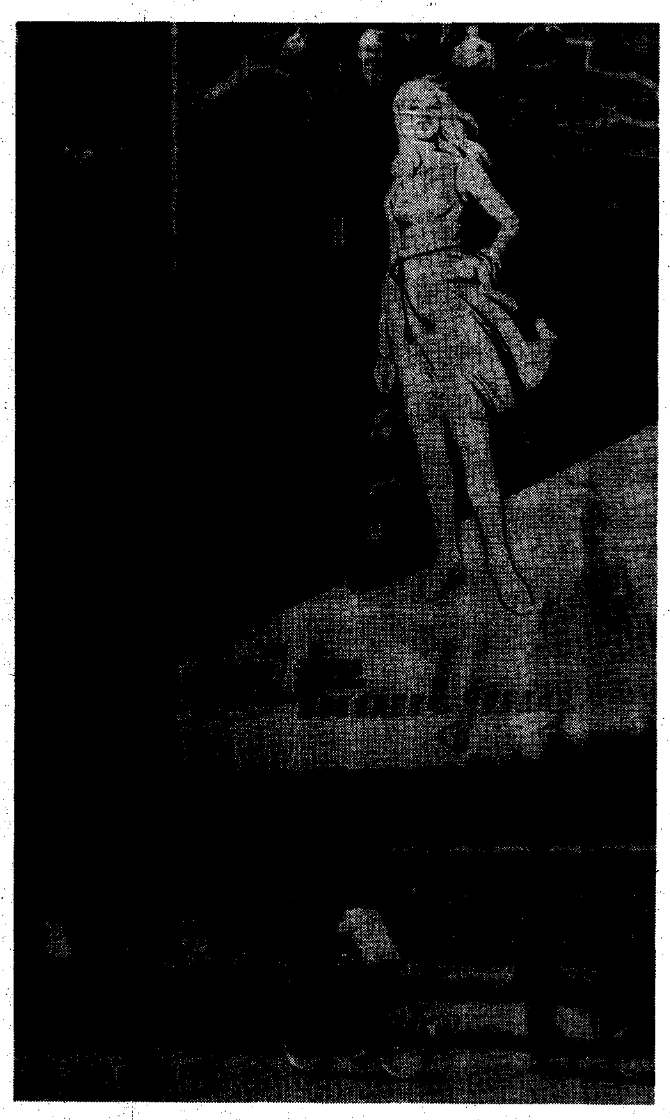
Wegen einer Hungersnot in China, von der z.Z. 40 Millionen Menschen bedroht sein sollen, wurde von der FAO Anfang 81 eine Untersuchung vor Ort angestellt, die zu dem Schluß kam, daß die offiziellen westlichen Schätzungen des BSP von 350 Dollar pro Einwohner viel zu hoch gegriffen sind, daß 256 Dollar dem realen Wert viel näher kommen und

daß die Lebensbedingungen der Bevölkerung ähnlich der in Indien sei!
Als die VR selbst bei einem Antrag beim IWF diesen Wert angegeben hatte, hatte man vermutet, er sei gedrückt worden, um die Kreditvergabe dringlicher erscheinen zu lassen. (2)
Für die allzu idealistische Einschätzung bei uns ist die chinesische Informationspolitik nur zum Teil verantwortlich. Wir hatten in China unser Utopia angesiedelt und dieses besondere Verhältnis hinderte uns daran, uns selbst ein realistisches Bild zu machen (3). Wir ließen einige soziale Konfliktpunkte unter den Tisch fallen. Es wurde vergessen, daß beispielsweise schon in der Bevölkerungsstruktur viel Konfliktstoff liegt. Die VR China ist ein Vielvölkerstaat. 60% der Bevölkerung, die heute in China lebt, ist zu einer Zeit von den Han (3a) annektiert worden. Insgesamt gibt es heute 55 anerkannte „nationale Minderheiten", angefangen bei den Zhuong (12 Mio) bis zu den Russen (600).

Lamaistische Tibeter, Mohammedaner in Xingjiang, Mongolen und die Bevölkerung der Provinz Yunnan, sind große Gruppen, die sich in ihrer Kultur und Weltanschauung von den Han (3a) unterscheiden. Zu Zeiten Maos wurde nichts über sie bekannt. Sicher hatten auch sie einen gewissen Anteil an der Entwicklung des Landes. Wie wirkte sich der Maoismus auf ihre Kultur und nationale Identität aus? Heute wird klarer, daß das System keine kulturellen Äußerungen und Anschauungen neben sich zuließ. In der Kulturrevolution wurden sie als „reaktionär" bekämpft. Die Ausbreitung der Han ging auch unter Mao weiter. In der Provinz Xingjiang lebten vor 30 Jahren kaum mehr als 5% Chinesen; heute sind es fast 40% (4).
Wir fragten auch nicht, wie die Maßnahmen, die unter Mao getroffen wurden, und die wir guthießen, die Chinesen betrafen. Ob während der Kulturrevolution z.B. alle Studenten wirklich so eifrig dafür waren, aufs Land zu gehen. Es ist bekannt, daß viele von ihnen illegal in die Städte zurückkehrten und dort zum Problem wurden. (5) Dies gilt für zahlreiche andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens in der VR.
Wir befaßten uns mit den Programmen, Lösungsversuchen und Modellprojekten, überlegten uns aber nicht, wie sie sich für den Einzelnen auswirkten.
Ein „subjektiver Faktor" spielte aber sicher auch eine Rolle bei den jüngsten Veränderungen in China. Er sollte deshalb stärker in die Betrachtung einbezogen werden. Widersprüche waren in der VR angelegt wie überall. Nach Mao sollten sie im „Kampf zweier Linien' bereinigt werden. Mit der Mobilisierung der Massen für den Sozialismus sollte eine Kontrolle über die Strukturen der Gesellschaft gewährleistet sein. Wenn sich jetzt die rechte Linie durchgesetzt hat, dann bedeutet das, daß eben diese Kontrolle versagt hat.
Eine mögliche Erklärung wäre, daß ein großer Teil der Massen nicht mehr mit dem System zufrieden war. Die andere, daß die Mechanismen der Kontrolle durch Massemkampagnen nicht mehr funktionierten. War der Grund dafür darin zu suchen, daß das Engagement der Bevölkerung für die Kampagnen erlahmte?

Mit der Beteiligung der Massen . . .

Die Kehrseite der „permanenten Revolution" ist die ständige Unruhe, die in einer Gesellschaft durch die Kämpfe herrscht. Die chinesische Gesellschaft ist seit 30 Jahren „ein immer brodelnder Kochtopf" (6). Eine Kampagne löste die andere ab. Seit Parteigründung hat es 11 Kämpfe zweier Linien gegeben.
Die Kampagnen spielten sich so ab: Sollte eine Linie bekämpft werden, so wurde deren Ideologie zunächst in Beispielen aus der Literatur angegriffen, weniger wichtige Repräsentanten der Richtung wurden in Wandzeitungen attakkiert. Bauern aus der Provinz wurden angekarrt, sie schrieben die „dazibaos" ab und sorgten für die Verbreitung der Ideen. Der nächste Schritt ging von Personen weg zu „denjenigen in der Partei, die Linie soundso vertreten". Die Stoßrichtung wurde präzisiert, die Kampagne verbreitete sich zu einer Säuberung in der Partei (7).



Plakat zur Begrüßung von Touristen und ausländischen Geschäftsleuten

Bei der ständigen Unruhe und der großen Tragweite der Kampagnen bis in den hintersten Winkel der VR ist durchaus zu erklären, daß die Bereitwilligkeit der Chinesen, sich an Kampagnen zu beteiligen, abnahm. Man riskierte auch einiges, wenn man sich für die eine oder andere Linie einsetzte. Zumindest die Position in der Partei, während der Kulturrevolution aber auch Kopf und Kragen. „68–69 hatte jede Arbeitseinheit ihren eigenen geheimen Kerker."(8)
Die Kulturrevolution war von großen Opfern der chinesischen Bevölkerung begleitet.
Hier versuchte man, die „ Ausschreitungen der Rotgardisten" als verständliche „Irrtümer" im revolutionären Prozeß zu erklären. In der chinesischen Bevölkerung mußten sie große Angst auslösen. Mindestens so groß wie die unserer Bevölkerung angesichts zerbrochener Schaufensterscheiben.

Manche Quellen sprechen von „Hunderttausenden von Toten bei den innenpolitischen Kämpfen der letzten 15 Jahre" (8a). Die Erfahrungen der Kulturrevolution bleiben sicher nicht ohne Folgen für die Bereitwilligkeit der Chinesen, sich für ideologische Fragen zu engagieren. (9)
Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß man sich individuell mit den Verhältnissen arrangierte.
Jede Familie versuchte, sich so recht und schlecht durchzuschlagen. Die geringe Anteilnahme am politischen Prozeß zeigte sich u.a. am Wahlverhalten. Kader wurden jahre- ja jahrzehntelang immer wiedergewählt. Das förderte eine Bürokratisierung und gab den Kadern die Möglichkeit, sich und den Ihren Pfründe zu sichern.
Nepotismus und Beziehungsmeierei sollen in der Bürokratie weit verbreitet sein. Manche sprechen von einer „Kaste der Maoisten", da zahlreiche Verwandte Maos in führenden Positionen waren. (10) „Der kleine Dorfkader, der z.B. zum Provinzialkomitee aufgestiegen war, bestückte die ganze Verwaltung, die ihm unterstand, mit Männern, die er aus seinem Familienclan rekrutiert hatte. Wenn man der beachtenswerten Untersuchung von Lin Binyan „Zwischen Menschen und Dämonen" (11) Glauben schenkt, betrifft dies nicht nur die Maoisten, sondern die Bürokratie in allen ihren Tendenzen soll von diesem Übel befallen sein.
Der Distrikt von Bin in Heilongjang, wo er sich 1978 aufhielt, ist tatsächlich seit 1945 in der Hand einer Gruppe von Kadern, die sich in der Agrarreform hervorgetan hatte. Aufgrund von Ehen untereinander bildete diese Gruppe eine Kaste mit sehr engen Bindungen, die alle politischen Erschütterungen der letzten 30 Jahre überstehen konnte. Aus Aktivisten der Kritik an Den Xiaoping 1976 wurden ganz natürlicherweise Opfer der „Viererbande" . . (12) nach deren Sturz.

Das Regime der Radikalen
Viele China-Experten sind sich einig, daß die Politik der „linken Linie" um Maos Frau Jiang Quing den Boden geebnet hat für die endgültige Übernahme der Macht durch Deng und seine „rechte Fraktion".
Schon bald kam Deng wieder in eine wichtige Machtposition, obwohl er in der Kulturrevolution allen Einfluß verloren hatte. 1975 wurde er Vertreter des erkrankten Ministerpräsidenten Tschou Enlai. Eine Kampagne Maos und seiner Anhänger konnte seine Politik der „Modernisierungen" und der Produktionssteigerung um jeden Preis als „Wind von rechts" entlarven.
Die Fehler der Radikalen sind zum einen in ihrer Wirtschaftspolitik zu suchen, die man nur als rigide und spartanisch bezeichnen kann. Die alten maoistischen Grundsätze wurden „aus Prinzip" angewendet, um die rechte Linie zu bekämpfen, und nicht weil sie den Bedürfnissen der Entwicklung angemessen waren, wie unter dem frühen Mao. Ideologische Anreize und Muskelkraft allein sollten die Produktion steigern. (13)
Die Abschaffung der Prämien, die nicht in den Lohn integriert wurden, führte zu einer realen Senkung der Einkommen seit 1966. Außerdem wurde von den Produzenten die Ableistung unbezahlter Überstunden und unbezahlter Arbeitstage erwartet. Das Wohl der Gesamtheit wurde über eigene Interessen gestellt. Der Zusammenhang zwischen dem eigenen Interesse und den gesellschaftlichen Erfordernissen war vom einzelnen immer weniger einsehbar, die Arbeit wurde entfremdet. (14)
Politisches Bewußtsein läßt sich unter materiellen Opfern nicht endlos strapazieren.
Im Unterschied zu Mao, der seine Unterstützung in den Massen der Bauern hatte, mit denen er gelebt und gekämpft hatte, wurde die linke Linie hauptsächlich von Leuten in der Bürokratie, die ihr die Position verdankten, von Intellektuellen in Erziehungswesen und Massenmedien gestützt. (15)
Nach einer Aussage, die Wang Hongwen zugeordnet wird, hatten sie auch in diesen Gruppen maximal 30% hinter sich (16).
In China haben die Kader üblicherweise eine Hausmacht in ihrer Heimatprovinz. Traditionell waren die Vier in Shanghai verankert – hier ist das höchst entwickelte Zentrum der VR. Harte und langwährende Auseinandersetzungen im Klassenkampf hatten ein politisch bewußtes Potential für eine linke Politik geschaffen. Die Schätzungen über die Anhängerschaft dort liegen weit auseinander. Allerdings machte die „Kampagne gegen die Anhänger der Viererbande" keinen Unterschied zwischen ihren tatsächlichen Anhängern und Leuten, die lediglich linke Positionen in der KPCh vertreten.
Den Radikalen fehlte die Verankerung im Volk (17). Die Massenmedien gaben ihnen eine ideologische Macht. Die Bevölkerung wurde allerdings mit Mao-Zitaten und Losungen überfüttert, die nicht mehr an der Praxis überprüft wurden. (18)
Die ideologischen Anreize verloren ihre Wirkung. Als die „Viererbande" gestürzt wurde, regte sich kein Massenwiderstand. Der Machtwechsel wirkte wie eine Palastrevolution – ein Zeichen dafür, daß die Führung nicht mehr mit den Massen war (19). Wir schrieben dazu: es „ergibt sich klar, daß der Kampf zwischen der bürgerlichen und der proletarischen Linie nicht auf eine Auseinandersetzung innerhalb der Führung der VR China beschränkt ist . . . Der Kampf um die Frage, ob die Macht dieser Wenigen im Interesse und unter Kontrollen der Massen eingesetzt wird – ist ein Kampf, den nur die Massen selbst, mit den ihnen uneigennützig dienenden und in diesem Sinne revolutionären Kadern zusammen, führen können. Deshalb sind die ganzen Kämpfe um den Ausbau und die Erweiterung der sozialistischen und demokratischen Errungenschaften in der VR immer Massenbewegungen, die von der Basis ausgehen. Die Führung kann ihnen einen gewissen organisatorischen Zusammenhalt geben; inszenieren kann sie solche Massenbewegungen nicht."(20)

Die Neue Führung
Wer hat sich durchgesetzt, welche Ziele verfolgen sie? Es sind die gleichen Köpfe, die mit der Kulturrevolution ausgeschaltet werden sollten.
Sie handeln nach den gleichen Prinzipien, die die Maoisten in der Kampagne gegen Deng 1976 kritisiert hatten. Deng Xiaoping sagt, „der Grundwiderspruch im heutigen China läge in der mangelnden Entwicklung der Produktivkräfte (21), der Klassenkampf sei erloschen." Diese Analyse verbirgt nur durch die verwendeten Wörter, daß ihr Gehalt unmarxistisch ist. Schon damals waren die Argumente der Maoisten – sie sind auch heute treffend: Die Deng-Linie ziele darauf ab, die politische Verknüpfung von Revolution und Produktion aufzuheben, um zu einer Erhöhung der Produktion zu kommen, ohne die Frage nach dem gesellschaftlichen Sinn der Steigerung zu stellen. Dies . . . „ist ein Spezifikum der kapitalistischen Produktionsweise" (22).
Welche Interessen stecken hinter dieser Linie? Ihre Verfechter sind „Aufsteiger im Sozialismus" und wollen ihre einmal errungene Position nicht durch Massenkontrolle verlieren. Differenzierte Machtverteilung, technokratische Hierarchie sichert sie besser ab.
Der chinesischen Bevölkerung wurden wirtschaftliche Anreize geboten. Ein System der Prämien für Arbeitsleistung wurde eingeführt. Man versprach die Erhöhung des Lebensstandards und bot Konsumgüter an. Waren es auch nur Versprechungen, so fanden sie bei der chinesischen Bevölkerung nach den Entbehrungen ein offenes Ohr. In neueren Erklä-

rungen wird das Bedürfnis in der Bevölkerung, das den Machtwechsel begünstigte, so dargestellt: Die linke Linie wird charakterisiert als: „Zuerst produzieren und dann leben". Die herrschende soll lauten: „Auf der Basis der Entwicklung der Produktion ist das Leben des Volkes schrittweise zu verbessern." (23)
Wird es möglich sein, alle Teile der Bevölkerung gleichmäßig an dieser Verbesserung teilhaben zu lassen? Die Entwicklung spricht eher für einen Wettbewerb, der zu einer Polarisierung in der Gesellschaft führen wird (s. Wirtschafts-Artikel).
Mit den wirtschaftlichen Maßnahmen wurde eine Öffnung des Systems für Andersdenkende, Minderheiten, Religionen, westliche Kultur usw. verkündet. Auch dies entsprach einem Bedürfnis in der Bevölkerung, das unter den Maoisten unterdrückt wurde. Diese Absicht wurde aber nicht in die Tat umgesetzt, dafür sprechen zahlreiche Oppositionsansätze (s. u.).
Viele der Maßnahmen sollten die Macht konsolidieren helfen, nach dem Motto: „Reis und Spiele". Denn die neue Führung hatte gegen verschiedene gegnerische Richtungen innerhalb der Partei zu kämpfen. Bei den Reformen soll es Widerstände der mittleren Kader gegeben haben, vor allem bei der Dekollektivierung des Bodens. Starke Opposition soll auch in der Armee bestehen (24).
Hua Guofeng diente zunächst noch als Galionsfigur an der Stelle Maos, um den Anschein der Kontinuität zu wahren. Die Prozesse gegen die Viererbande sollten von linken Aktivitäten abschrecken. (s. Artikel zu den Prozessen). Schauprozesse als neues Mittel der Auseinandersetzung waren nötig, da die Pekinger schon die Kampagne gegen Deng nicht mehr mitmachen wollten. (25)

Entmaoisierung

Mit den Prozessen ging eine Entmaoisierung in Stufen vor sich. Inzwischen ist auch Hua Guofeng abgesetzt worden. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er in den Provinzen Anhänger der Viererbande unterstützt hätte. „Dunkle Seiten" in seiner Karriere waren auch, daß er als einziges Mitglied der KPCh-Führung unter der Kulturrevolution zu leiden gehabt hatte. (26)
Zum offenen Konflikt kam es, als er sich gegen das Todesurteil für die Mao-Witwe einsetzte.
Die Kritik an Mao Zedong selbst wird immer deutlicher. Erstmalig wird von „Fehlern" bei ihm gesprochen, sie sind allerdings auf seine späten Lebensjahre beschränkt, „besonders bei der Einleitung und Führung der Kulturrevolution." (27)
Hua Guofengs Nachfolger Hu Yaobang schlägt eine Linie ein, die noch stärker anti-maoistisch ist. Hu zeichnet sich vor allem durch 40-jährige treue Gefolgschaft für Deng aus. „Deng ist es in wenigen Monaten gelungen, alle Männer aus der Macht zu vertreiben, die mit Mao und der Partei seit Anfang der 60er Jahre verbunden waren!" (28) Jetzt gilt es „die richtige Tradition der Partei zu restaurieren, die durch die Katastrophe der Kulturrevolution zerstört wurde." (29) Es werden schließlich alle angegriffen, die der KPCh seit Beginn der Kulturrevolution beigetreten sind. So wurde es von Deng in einer Rede Anfang 81 verkündet. Es handelt sich dabei allerdings um 19 Millionen Chinesen und um 50% der derzeitigen Parteimitglieder! (30)
Den Prozessen gegen die „Viererbande" werden viele weitere folgen.

Die „Demokratische Opposition"

Die Schwierigkeiten sind auch durch die „Entmaoisierung" nicht geringer geworden. Die Führung muß sich gegen Abseiltendenzen der Bevölkerung (31) und gegen offene Opposition der Jugend und der Intellektuellen durchsetzen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet bleibt es bei Versprechungen. Von Jahr zu Jahr wird die Periode der „Neuordnung" verlängert, an den Lebensbedingungen ändert sich nichts. (32) Man propagiert weiterhin das Streben nach Konsumgütern.



Chinesischer Industriebetrieb

Sie werden jetzt sogar verstärkt aus Taiwan eingeführt, dem kapitalistischen Gegenpol chinesischer Propaganda (33). Schon tauchen mögliche Folgen der „Neuordnung" auf: eine ausgedehnte Hungersnot in den Provinzen um Peking herum, von der 40 Millionen Menschen bedroht sein sollen. (34)
Die Widersprüche in der chinesischen Gesellschaft, die schon zu Zeiten Maos und der Radikalen bestanden haben, werden lauter.
Ein erster Ausdruck war die Kundgebung am Tiananmen-Platz vom 5. April 76 gewesen (34a). Sie wurde damals von der Führung als „konterrevolutionär" blutig niedergeschlagen, inzwischen ist sie als „vollkommen revolutionär" rehabilitiert. Auch damals wurden Forderungen nach Demokratisierung, Rede- und Pressefreiheit laut.
Junge Arbeiter waren die tragenden Kräfte des „Pekinger Frühlings" im November 78. Das Ziel ihres Protests war „Demokratisierung", Kampf gegen Bürokratie und für Pressefreiheit (35). Er wandte sich gegen die Maoisten, die „ein feudales System unter einer sozialistischen Decke zu bewahren suchen". Die Dissidenten schätzten das heutige System als „reformerisch" ein, waren aber grundsätzlich zu einer Zusammenarbeit mit der Partei bereit (36). Der „Pekinger Frühling" wurde mit harter Repression unterdrückt. Die Positionen sind aber weiter verbreitet, auch unter Intellektuellen und Wissenschaftlern, die im derzeitigen China ein großes Gewicht haben. (37) Inzwischen hat sich der Kampf in die Universitäten verlegt. Mit den gleichen Forderungen, wie sie im „Pekinger Frühling" laut wurden, traten Kandidaten zu den Universitätswahlen an. Im Oktober 80 kam es in Changsha, in Maos Heimatprovinz Hunan, zu einer regelrechten Kraftprobe mit der Führung (38). Die Studenten in Shang-

hai und an der Pekinger Uni Beida schlossen sich an.
Die Jugend ist eines der größten Probleme der Volksrepublik. Die Schwierigkeiten, sie zu beschäftigen, waren schon bei der Kulturrevolution Anlaß für Umwälzungen, die Studenten wurden aufs Land verschickt. Jetzt sind die Jugendlichen, auch ehemalige Rotgardisten, arbeitslos in den Städten, als herumziehendes Subproletariat. Bandenunwesen wird zunehmend zum Problem.
Bei einer Umfrage nach den Problemen, die die Jugend beschäftigt, stand an erster Stelle die Vertrauenskrise, danach kamen Arbeitslosigkeit und mangelnde Zukunftsperspektive. (39) Die Unzufriedenheit macht sich in Anschlägen Luft. Nach dem großen Bombenanschlag auf den Pekinger Bahnhof am 29. Oktober 1980, bei dem nach amtlichen Darstellungen 10 Menschen getötet und 81 verletzt worden waren, konnten ähnliche „Vergehen“ in Peking und 5 Provinzstädten noch verhindert werden. (40)
Diese Bewegung allein wird die chinesische Führung zwar nicht zu Fall bringen, aber sie weist auf bleibende Widersprüche hin, die schwer zu lösen sein werden.

b.t.

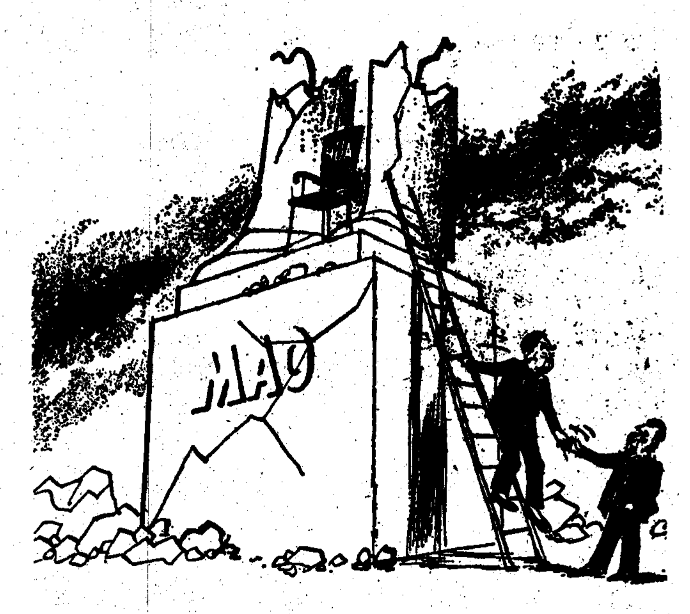
Quellen und Anmerkungen

(1) blätter des iz3w Nr. 55, S1
(2) L'Express 28. 2. 81
(3) s. dazu Broyelle/Tschirhart: „Zweite Rückkehr aus China“ S. 224 f.
(3a) Ethnische Gruppe der eigentlichen „Cinesen“, die ursprünglich im Becken des Gelben Flußes siedelten.
(4) Liberation 15. 12. 80
(5) Liberation 14. 11. 80, FR 6. 2. 81, LM 21. 11. 80
(6) blätter Nr. 55 S. 18
(7) blätter Nr. 55 S. 18 ff. und Nr. 75 S. 3
(8) Broyelle. . S. 239 f
(8a) FR 26. 1. 81
(9) Liberation 16. 12. 80, LM 31. 12. 80
(10) „Neben seiner Frau Jiang Quing findet man seinen Neffen Mao Yuanxin, „Herr des Nordostens“, seine Nichte Wang Hairong, Vize-Außenminister, seiner Tochter Li Na, Chefredakteurin der wichtigen „Zeitung der Befreiungsarmee . .“ liberation 16.12.80
(11) C. Sauvageot u. AM Donze: „Entre hommes et demons“, erscheint demnächst bei Editions Pierre Emile, Paris, zit. nach Zaffanolli in Liberation v. 19. 11. 80
(12) Zaffanolli in Liberation 19. 11. 80
(13) Broyelle. . S. 239 f
(15) K. Grobe in taz v. 5. 1. 81
(16) Liberation 19. 11. 80
(17) Liberation 1911.80, taz 5. 1. 81
(18) Grobe in taz 5. 1. 81
(19) Liberation 19. 11. 80, LM 20. 11. 80, Liberation 10. 12. 80 iz3w Nr. 75 S. 3
(20) blätter Nr. 55 S. 16
(21) blätter Nr. 55 S. 19
(22) blätter Nr. 55 S. 18
(23) MD 15. 12. 80 nach Renmin Ribao
(24) Liberation 16. 12. 80 u. taz 24. 12. 80, FR 23. 3. 81
(25) Broyelle . . S. 232
(26) MD 18. 12. 80
(27) MD 23. 12. 80
(28) Liberation 16. 12. 80, taz 24. 12. 80
(29) Liberation 16. 12. 80
(30) taz 5. 1. 81
(31) Renmin Ribao, zitiert in Nachrichten des Südwestfunks vom 20. 3. 81 (8 Uhr)
(32) Liberation 16. 12. 80
(33) MD 12. 12. 80
(34) L-Express 28. 2. 81, s. auch oben
(34a) Tschou Enlai war der Vertreter eines gemäßigten Maoismus. Er wurde deshalb zur Kristallisationsfigur des ersten bekanntgewordenen offenen Protests gegen die Radikalen. Am Totdengedenktag, dem 5. April, 1976 sollte Tschou auf dem Tiananmen-Platz im Zentrum Pekings geehrt werden. Hunderttausende versammelten sich auf dem riesigen Platz, dabei kam es zu Kundgebungen für eine „Demokratisierung“ und zu „Ausschreitungen“. Sie wurden hart niedergeschlagen, Panzer fuhren auf, schossen in die Menge, 400 wurden festgenommen. Auch heute wird Tschou Enlai als Vorbild des rebellierenden Studenten genannt (LM 6. 12. 80)
(35) Liberation 24. 11. 80, LM 6. 12. 80
(36) aus Zeitschrift „Tribüne des 5. April“ vom November 80, zitiert nach Liberation 10. 12. 80
(37) Liberation, 10. 12. 80, LM 6. 12. 80
(38) Liberation 24. 11. 80
(39) LM 6. 12. 80
(40) FR 6. 2. 81

Hexenjagd auf Maoisten

Von der Massenkampagne zur Säuberung 76/80.

Vor vier Jahren, Ende Oktober 1976, nachdem die Klänge der Umzüge mit dem neuen Führer Chinas Hua Guofeng an der Spitze verstummt waren, blieb ihm und seinen Verbündeten die immense Aufgabe, den Staatsstreich, den sie gerade ausgeführt hatten, zu rechtfertigen, ebenso wie die Verhaftung derer, die noch am Vorabend fast als die größten Revolutionäre aller Zeiten und jedenfalls als direkte Nachfolger Maos angesehen waren.
Man wählte nicht viele verschiedene Wege, sondern griff ganz natürlicherweise für diese Gelegenheit auf das alte ideologische Arsenal des „Kampfs zweier Linien" zurück. Es hatte nach der offiziellen Geschichtsschreibung seit der Parteigründung bis zu diesem Zeitpunkt 11 „Kämpfe zweier Linien" gegeben. Jene der Präsidenten Mao war unabhänderlich die richtige gewesen. Beim letzten dieser Kämpfe hatte er die „schwarze Linie" Deng Xiaopings zum Gegner, der im April 1976 von seinem Posten als Vizepremierminister abgesetzt worden war.
Man begnügte sich damit, diesen letzten „Kampf" zu vertuschen und ersetzte ihn durch den „gegen die Viererbande". Vier Jahre vor dem „legalen" Rechtsstreit sollten die abgedankten Führer einem „Volksprozeß" nach maoistischer Art vorgeführt werden.
Jetzt (während der Prozeßverhandlungen gegen die Viererbande Ende 80, d.Ü.) hat nur der Staatsanwalt – d.h. die siegreiche Fraktion in der Partei – das Wort.
Sofort am Tag nach der Verhaftung der Vier begann man, sich in der „Anklageakte" in höchst unglaubwürdigen Beschuldigungen zu verbreiten, nach dem bewährten Motto: „was nicht weiß ist, ist schwarz".
Die Trotzkisten der ganzen Welt erfuhren mit Überraschung, daß Agenten der IV. Internationale bis ins Politbüro der PCCH infiltriert waren. Die Anarchisten konnten in der Person Jian Quings eine neue Adeptin der Thesen Bakunis begrüßen. Der (nationalistischen) Kuomintang ordnete man ohne Rücksprache zu führen gleich vier neue Mitglieder zu. ...
Eine im ganzen ziemlich klassische Liste von „Verbrechen" seit den großen stalinistischen Prozessen und ihren Kohorten von „Hitlero-Trotzkisten". Bis Ende 1976 und das ganze Jahr 1977 hindurch wurden „Beweise", die zur Erhärtung dieser Beschuldigungen dienten, dem chinesischen Volk über die Presse und öffentliche Wandzeitungen mit großer Detailgenauigkeit zur Kenntnis gebracht.
Diese Beweise, die z.T. aus fünfzig Jahre alten Archiven ausgegraben wurden, basierten zumeist auf reellen Fakten, entbehrten aber des Bezugs zu den Schlüssen, die aus ihnen gezogen wurden. So warf man Zhang Chunquiao vor, er habe 1938 einen Artikel geschrieben, in dem der die Hinrichtung eines projapanischen „Kriegsherrn" durch Tschiang Kaischek (Führer der Kuomintang und erklärter Kommunistenfeind) begrüßte. Für die Anklage bewies dieser Artikel, daß Zhang Chunquiao von dieser Zeit an ein „Kapitulationist" auf der Seite der Kuomintang, also ein Geheimagent der Nationalisten war.
Dabei wurde sorgsam verschwiegen, daß zu jenem Zeitpunkt die Zusammenarbeit mit Tschiang Kaischek im Namen der Antijapanischen Einheitsfront" die offizielle Linie der PCCH war ...
Jiang Quing, der Frau Mao Tsetungs, wurde ganz selbstverständlich ihre Karriere als Schauspielerin in Shanghai der 30er Jahre angelastet. Alle Filme und Theaterstücke, in denen sie eine Rolle gespielt hatte, wurden sehr sorgfältig überprüft. Mit der unweigerlichen Schlußfolgerung: die Werke seien „bourgeois", „feudalistisch", „dekadent". ... Dabei hatten diese Filme einen eher fortschrittlichen Inhalt, indem sie die geheiligte Einheit gegen den japanischen Angreifer verkündeten.
Wenn man sie wirklich „reaktionär" bezeichnen kann, dann nur aufgrund der engen Kriterien des „Modells der Revolutionsoper", ein Genre, das während der Kulturrevolution eingeführt wurde von Jiang Quing.
Das einzige Ziel, das mit der Veröffentlichung der „Beweise" verfolgt würde, war nachzuweisen, daß die „Vier Plagen" in jeder Etappe der chinesischen Revolution die Rolle von Verrätern oder Renegaten gespielt hatten, um damit ihre Absetzung durch Hua 1976 zu rechtfertigen...
Die Angriffe wendeten sich im übrigen nicht allein gegen die politischen Überzeugungen der Vier; ihre ganze Persönlichkeit wurde angeprangert. Drei von ihnen sind von „schlechter Klassenzugehörigkeit" – es ist also ganz natürlich, daß sie „Bürgerliche Karrieristen" wurden.
Letztendlich wurde der ganze Lebenswandel der Vier zu einem Modell an absoluter Negativität. Natürlich erzürnte man sich am meisten gegen Jiang Quing, mit einem Enthusiasmus, bei dem Frauenhaß Blüten trieb.
Man deckte plötzlich auf, in welchem unglaublichen Luxus die Vier lebten. Aber man hütete sich davor zuzugeben, daß das in China sehr häufig ist und daß überdies der Lebensstandard der Kader per Statut festgelegt ist. Man könnte genausogut die Nachfolger der Vier beschuldigen, sie „äßen das Brot und den Schweiß der Arbeiter". Man ließ sich dennoch in aller Breite über die acht Autos von Wang Hongwen, das Privatflugzeug Jiang Quings und über den Palast des einen oder anderen aus...
In der Zeit, in der in der Öffentlichkeit diese ziemlich verschmutzte Wäsche ausgepackt wurde, ging der Kampf um die Macht in der gleichen Schärfe weiter, hinter den Kulissen und im ganzen Land. Die Viererbande war zwar festgesetzt, aber geregelt war damit noch nichts. Mehrere Fraktionen innerhalb der Partei standen sich feindlich gegenüber. Der neue Präsident Hua Guofeng und seine Verbündeten hatten kein Interesse daran, daß die Kampagne gegen



„Wir werden mit Mao niemals das tun, was Chruschtschow mit Stalin gemacht hat."

die Viererbande in eine allgemeine „Hexenjagd auf Maoisten" ausartete, denn sie beabsichtigten, unter dem Banner des „weitblickenden Führers" (Hua d.Ü) die alten Parteigänger von Mao und den Vier zu sammeln. Die Kampagne sollte nur einige Köpfe rollen lassen und als Ermahnung für die „Ultralinken" dienen.

Die Parteigänger Deng Xiaopings dagegen waren auf diesem Ohr taub. Die Gelegenheit war für sie sehr günstig, alle jene anzuklagen und aus Machtpositionen auf allen Ebenen zu verjagen, die an den Komplotten" der Maoisten-Fraktion teilgehabt, bei denen sie selbst das Nachsehen hatten. Von Ende Oktober 1976 bis Anfang 77 wurden Hunderte von Sekretären und Untersekretären in Wandzeitungen unter Beschuß genommen, in denen Dengs Parteigänger ohne große Schwierigkeiten ihre Komplizität mit der Viererbande aufzeigten. Hua Guofeng intervenierte nicht. Zumindest bis Mitte Dezember: da nahm er die Gelegenheit der Konferenz zu Dazhai wahr (das große Symbol der maoistischen Politik im Agrarbereich). Als er Delegationen aus ganz China empfing, gab er seinem Willen Ausdruck, daß die Kampagne gegen die Viererband mit Mäßigung geführt werden solle; er intervenierte sogar, um zu verhindern, daß gewisse örtliche Parteiführer in Schwierigkeiten kamen.

Die Parteigänger Dengs, die einen neuen Bürgerkrieg nach Art der Kulturrevolution verhindern wollten, geboten der Säuberung sofort Einhalt. Aber sie vervielfältigten den Druck auf Hua, um ihn zum Abrücken von seiner Entscheidung zu bewegen. Der Druck zeigte Wirkung, denn im Februar mußte Hua eine lange Liste von Persönlichkeiten aus der Provinz, die abgesetzt werden sollten, akzeptieren. Dieses erste Nachgeben brachte ihn auf eine schiefe Ebene, von der er nicht mehr abkam. Im Juli 1977 kam Deng im Triumph zur Macht zurück. Im September 1978 wurde Wu De, Bürgermeister von Peking und einer von Huas Verbündeten, ausgeschaltet. Im Dezember 1978 wurde Wang Dongxing, Vizepräsident der Partei und Anführer der „Harten" gezwungen, Selbstkritik zu üben und verlor alle Macht. Im Februar 1979 wurde anläßlich der 5. Vollversammlung des ZK eine „kleine Viererbande" angeklagt und Dengs Männer rückten massenhaft in Führungspositionen. Vor zwei Monaten (im September 1980, d.Ü.) mußte Hua selbst von seinem Posten als Premierminister zurücktreten. Seither wirkt er wie ein Mann mit einer Schonfrist, die Prozesse von Peking könnten für ihn die Glocke läuten.

Völlig isoliert an der Spitze der Partei ist er dazu verdammt, für Entscheidungen zu bürgen, die ohne ihn getroffen werden und die er zum größten Teil nicht billigt.

Tausende von Hinrichtungen

Die Eliminierung der „Maoisten" an der Spitze begleitete eine Säuberung, die ab Februar 1977 im ganzen Land wieder aufgenommen wurde. In mehreren aufeinanderfolgender Wellen wurden die maoistischen Kräfte dezimiert. Die Kampagne gegen die Vier verwandelte sich in eine nie dagewesene Aufräumaktion:
wenn man sich vorstellt, daß es gegen alle geht, die seit Anfang der Kulturrevolution in die Partei eingetreten sind (das wurde von Deng in einer Rede am 16. Januar 1980 angekündigt), dann sind das 18 – 36 Mio chinesischer Kommunisten, die ihren Posten oder ihr Parteibuch verlieren, wenn nicht noch mehr.

Die Behörden haben ein undurchdringliches Schweigen über das Los derer gelegt, die im Kampf um die Macht besiegt wurden. Mit sichtbarem Eifer werden all jene verfolgt, die in die Unruhen, die seit 1966 in China nicht aufgehört haben, verwickelt waren. 1978 wurden z.B. die „kleinen Generäle" der Rotgardisten von Peking – so Nie Yuanzi und Kuai Dafu – vor „Versammlungen des Kampfs/der Kritik" gezerrt, im reinsten „faschistischen" Stil der Kulturrevolution.

Im Juli 1977 erlaubte ein außergewöhnlicher Zufall einer Reisegruppe zu sehen, wie durch die Straßen einer kleinen Stadt in Henan ein Zug ging, der das gesamte örtliche Revolutionskomitee zur Exekutionsstätte führte. Nach Informationen, die in China selbst kursieren, waren Tausende von Exekutionen der Preis dafür, daß der augenblickliche Premierminister Zhao Ziyang in der Provinz Sechuan, in der er Parteiführer war „Ordnung schaffen" könnte.

Es steht also außer Zweifel, daß in der „Säuberungskampagne" gegen die Parteigänger der Viererbande die Verluste sehr hoch waren, obwohl in der westlichen Presse sehr wenig davon erwähnt wurde, und noch weniger in der chinesischen Presse. Die „Parteigänger" der Bande haben in den Gefängnissen des Regimes die Plätze der „Rechten" und anderer „Revisionisten" eingenommen, die infolge der „Revision von Fehlurteilen" freigelassen wurden, die von der neuen Führung angeordnet worden war. Die große Säuberung ist noch lange nicht beendet: es ist schon bekannt, daß auf die Aburteilung der Viererbande weitere Prozesse folgen werden, z.B. der des Mao-Neffen Mao Yuanxin, der auch im Oktober 1976 verhaftet wurde).

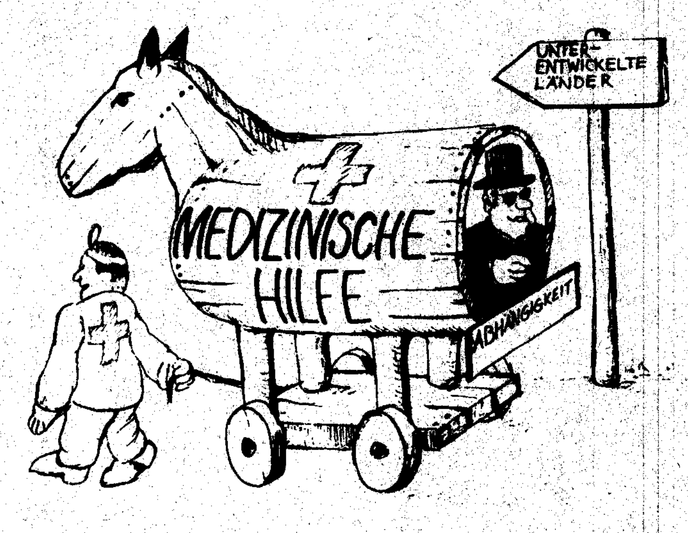
Aus: Liberation; übersetzt vom iz3w

Famulatur in der Dritten Welt

„Denen kann geholfen werden...”

Famulatur in der dritten Welt —eigentlich kein Thema, über das man näher nachdenkt. Nachrichten über die Bedürftigkeit der Bevölkerung und die Insuffizienz der allgemeinen Gesundheitsversorgung scheinen zu suggerieren, daß jede Art von Hilfe gebraucht wird, unter allen Umständen, sofort. JederDritte Welt Famulant kann sich also der ungeteilten Zustimmung seiner Umgebung sicher sein. Ob rechte Verwandtschaft oder linke Freunde, ob Barmherzigkeit oder Solidarität: Helfen wollen, das,wo es nötig ist, kann doch nichts Schlechtes sein, oder?

Das Angenehme und das Nützliche ...
Daß es in Wirklichkeit eher das Angenehme ist, was man mit dem Nützlichen verbindet und wie vielschichtig die handfest-egoistischen Motive für ein Dritte Welt Praktikum sind, ist bereits an anderer Stelle behandelt worden (1).
Hier soll es nun um die andere Seite gehen, um die Seite der dritten Welt. Um die objektive Wirkung dort, die dem subjektiven Gewinn an Erfahrungen und Originalität gegenübersteht. Ich möchte im Folgenden auf das Zerstörungs- und Schadenspotential eingehen, das eine solche Famulatur in sich birgt.



Fremdkörper Famulant
Daß der Mensch Produkt seiner Umwelt und der Famulant ein Exponent „westlicher” Sozialisation und Medizin ist, dürfte eigentlich kaum auf Widerspruch stoßen. Westliche Medizin, das heißt zunächst mal: hochtechnisiert, kurativ, arbeitsteilig, Krankenhaus. Diese Medizin prägt selbstverständlich auch die Denk- und Behandlungsschemata der Krankheitsarbeiter, Asepsis und Atosil sind ein Teil ihrer beruflichen Identität geworden.
Der durchschnittliche Dritte Welt Famulant steht dieser Medizin natürlich äußerst kritisch gegenüber. Seine Erfahrungen mit ihr beschränken sich allerdings in der Regel auf einige Monate Arbeit auf Station, verteilt auf mehrere Krankenhäuser und Jahre. Von einer kontinuierlichen Auseinandersetzung mit dieser ja immerhin sehr verbreiteten Art,Medizin zu betreiben, kann also keine Rede sein: Tranquillizer lehnt er ab, aber er kennt die Situation kaum, aus der heraus sie verordnet werden.
Die erste große Überraschung in der Dritten Welt wird sein, daß dort auch westliche Medizin betrieben wird. Spritzen, Pillen, Krankenhaushierarchie.
Für die Krankenhausleute dort ist der Famulant nicht so recht einzuordnen, sie behandeln ihn wie Luft oder wie ein rohes Ei. Für die Patienten aber ist er gleich jemand, eine Respektperson, vorsichtshalber sagen sie: Senhor Do tor, Tja, und der Famulant in seiner allgemeinen Unsicherheit, in der Klemme zwischen äußerem Ansehen und innerem Unwissen, greift reflexartig auf die wenigen Dinge zurück, die er kennt und die als Vermittler medizinischer Kompetenz dienen könnten. Das aber sind ni cht so sehr Großmutters Halswickel, sondern mehr die Injektionen, das Blutdruckgerät und Medikamente, meistens deutsche, weil die in der hektischen Atmosphäre einer Ambulanz am vertrautesten wirken. Und am schnellsten (ohne Durchlesen und Übersetzen) anwendbar sind. So wird er erst einmal — gewollt oder ungewollt — zu einem effektiven Werbeträger westdeutscher Produkte.
Überhaupt ist der Famulant ja nicht irgendwer: In den Augen der Bevölkerung zumindest, der er sich nur sehr holprig vermitteln kann, ist er eine Art ausländischer Fachmann, der irgendwo einen Spleen hat, aber vor allem Geld — sonst wäre er ja nicht hergekommen. Auch die Unfähigkeitsbezeugungen des Famulanten, der sich in seiner Rolle als „kleiner Doktor” unwohl fühlt (wenn überhaupt ...), werden beifällig als Bescheidenheit registriert.
Der Famulant scheint in einer absolut beneidenswerten Situation zu sein. Hat er doch die Freiheit (sprich: das Geld), tausende Kilometer von zu Hause wegzufahren, um etwas zu lernen (Was? fragt sich die Bevölkerung zu Recht). Das Rückflugticket hat er in der Tasche, er braucht kein Geld zu verdienen, keine Familie zu ernähren, und seine Schuhe kosten allein mehr Geld als ein Kleinbauer im Monat verdient. Das sind die Rahmenbedingungen, unter denen der Famulant versucht, Solidarität, Betroffenheit und Verständnis zu vermitteln. Auch hier besteht wieder ein eklatanter Widerspruch zwischen äußerem Ansehen und innerem Anspruch, die „wirklich unheimlich duften Beziehungen”, die er zu armen Leuten aufbaut, sind von oben nach unten — und umgekehrt.
Das besondere Schadenspotential eines Famulanten liegt darin, daß er nur soweit aus der Rolle des anonymen Touristen heraustritt, um als netter und engagierter Vertreter der BRD identifiziert zu werden, aber nicht weit genug, um die daraus entstehenden Reaktionen (z.B. die BRD ist dufte) auffangen zu können.
Seine objektive Rolle, die er weder will (reicher sein), noch ausfüllt (kleiner Doktor), führt dazu, daß er auf subtile, aber effektive Weise die Ideen und Produkte des Imperialismus in der dortigen Gesellschaft bestärkt.

Speerspitze des Tourismus
Von normalen Touristen trennen den Famulanten Welten — wenigstens in seiner eigenen Vorstellung, bei der die Motivation, sich abzuheben von der üblichen Art, ein Land kennenzulernen, eine wesentliche Rolle spielte. Ob er deswegen weniger „touristische Schäden” anrichtet, bleibt zu bezweifeln.

Auslandstourismus ist immer mit dem Handicap behaftet, daß der Reisende Strukturen für seine Erholung benutzt, die er nicht richtig versteht und nur oberflächlich einordnen kann (sprachlich, kulturell). Der Massentourismus hat deshalb Kulissenstädte geschaffen, die das Urlaubsvergnügen gleich konsumfertig anbieten. Sozioökonomische Fremdkörper sind so entstanden, die wenig Geld und viel Abhängigkeit brachten (2).
Über diese eingefahrenen Bahnen geht der Famulant hinaus ins Landesinnere (auch übertragen). Dort hat er Geld, Bedürfnisse und Ansichten, die sich nur wenig unterscheiden von seinem verhaßten, dickbäuchigen, fotoapparatbehangenen Pendant in Acapulco. Wer einen ehemaligen Famulanten (wie mich ...) in seinem Bekanntenkreis hat, kennt die fantastischen Dias und die schönen, originellen Reiseandenken, die er dort noch (echt) billig oder (fast) geschenkt bekommen hat...
Mit seinen Bedürfnissen verändert der Famulant ein bißchen das Sortiment der Läden, sensibilisiert die Bevölkerung für den Geschmack der reichen Touristen und schafft sozusagen die Kristallisationskerne für neue Märkte, die sich nicht mehr an den Gebrauchswerten der dort lebenden Bevölkerung (dazu gehört auch die kostenlose Gastfreundschaft!), sondern an dem Wert für den ausländischen Geldbeutel orientieren.
Ein Übriges tun die Erzählungen und Andenken im Bekanntenkreis. Schon nach wenigen Wochen verdichtet sich der Aufenthalt zu einer Reihe von „erzählbaren" Ereignissen und Eindrücken, die Bewunderung erregen und Bedürfnisse wecken. Im Lichterkranz seiner Erfahrungen sieht der Famulant seinen Aufenthalt jetzt sehr kritisch.

Seine Zuhörer auch. Sie nicken verständnisvoll und merken sich die Gegend als Geheimtip ...
Mit seinem Abweichen vom üblichen touristischen Pfad verbreitert der Famulant also letztlich die Schneise, er ist Pfeilspitze für einen sozioökonomischen Prozeß, der schon bald Eigendynamik bekommt.

Menschenversuche?
Bei vielen Famulanten spielt auch die fachliche Komponente eine wichtige Rolle, zusammengefaßt in dem Satz: da kann man viel (mehr) machen. Daraus spricht die Erfahrung aus dem Krankenpflegepraktikum und die Angst, während der Famulatur in einem deutschen Krankenhaus in einer arbeitsteilig segmentierten Hierarchie nur über die Schulter gucken zu dürfen, überall im Wege zu stehen und die eigene Inkompetenz zu spüren.
Eine Alternative bilden da die Entwicklungsländer. Dort ist der Mangel an ausgebildeten Kräften größer und so darf auch ein Medizinstudent schon mal ran, wenn's ums Untersuchen geht oder eine Wunde zu nähen ist.
Meiner Meinung nach liegt in diesen Gedankengängen eine gehörige Portion Menschenverachtung. Gehen sie doch davon aus, daß bei den armen Massen in der dritten Welt auch der Maßstab medizinischer Hilfe nicht so hoch anzulegen sei.
Mit anderen Worten: Wo für den Europäer ein Facharzt gerade recht ist, da reicht für den armen Bauern in der dritten Welt auch schon mal ein Famulant, der zwar keine Ahnung hat, aber schließlich auch seine Erfahrungen machen muß.
Was besonders lockt bei diesem „Unternehmen Dritte Welt" ist das selbständige Arbeiten, die Tatsache, daß keiner hinter einem steht und kontrolliert. (Der Famulant steht scheinbar unter dem „Zwang", seine Kompetenz zu überschreiten angesichts des allgemeinen Fachkräftemangels.)
Für Fehler ist keine Rechtfertigung nötig, aber auch keine Korrektur möglich.
Mit dieser Wo-gehobelt-wird-da-fallen-auch-Späne-Mentalität, die Behandlungsfehler von vornherein in Kauf nimmt, entfernt sich der Famulant subjektiv vom Grundsatz ärztlichen Handelns, daß für jeden Menschen die beste Behandlung gerade recht ist. Darin unterscheiden sich seine Fehler von denen der Laienhelfer dort. Wer so handelt, akzeptiert medizinische Behandlung zweiter und dritter Kategorie und damit Menschen unterschied er Kategorien. Obwohl viele der Probleme, die auf einen Entwicklungshelfer zukommen (viele wollen sich ja durch eine Famulatur auf den Entwicklungsdienst vorbereiten), dort, im Bayerischen Wald, ganz ähnlich sind: Einsamkeit, kulturelle Abgeschiedenheit, festgefügte Hierarchie etc. Diese Probleme lernt man als Famulant in der dritten Welt häufig noch nicht einmal als Problem kennen!

WENN MAN MIR ERLAUBT ZU SPRITZEN ...



Der kritische Medizinstudent bereitet sich auf seine Famulatur in der Dritten Welt vor.

In dem Ausweichen auf die exotischen Entwicklungsländer drückt sich deshalb auch so etwas wie Patientenverachtung aus: Die ewigen Mitmenschen sind nicht interessant genug, und ganz besonders wenig, wenn sie normale Arbeiter oder langweilige Provinzler sind, deren Sprache und Denken uns nichts „gibt".
Wenn aber die einfachen Patienten im eigenen Land langweilig und die gleichen einfachen Patienten in der schillernden Ferne faszinierend sind, dann erscheint das vorgegebene soziale Engagement etwas fragwürdig. Und das sowohl moralisch – wie oben gesagt – als auch politisch: denn die Menschen in der 3. Welt betonen in Diskussionen immer wieder, daß wir am wirksamsten gegen das Elend in der

Welt angehen können, indem wir hier bleiben und hier die Verhältnisse zum Tanzen bringen. Und damit meinen sie nicht (nur) unsere Feste ...
Ein Famulant akzeptiert nicht nur, sondern er instrumentalisiert direkt die Bedürftigkeit der Armen für seine eigenen Interessen. Im (Tarn)mäntelchen des qualifizierten Helfers, geschützt durch die Autorität, ein „Weißer" zu sein (s.u.), setzt der Famulant den Vertrauensvorschuß und die Abhängigkeit der Kranken bedenkenlos für seine eigene Qualifizierung ein.
Fürwahr, ein alternatives Verständnis vom Kampf gegen die schlechten Ausbildungsbedingungen in der BRD!

Trügerisches Übergewicht
Die meisten Praktikanten bevorzugen für ihr Praktikum eine kleine Versorgungseinheit, möglichst auf dem Land und möglichst ein fortschrittliches Projekt. Gründe sind naheliegend: überschaubar, Hoffnung auf unzerstörte traditionelle Heilverfahren, politische Ansätze eines Projektes kennenlernen etc. Doch speziell den „Projektvoyeurismus" halte ich für gefährlich – und zwar über die oben genannten Schadenspotentiale (sozioökonomische Sonderrolle, Speerspitze des Tourismus, usw.) hinaus.
Oft handelt es sich bei diesen Projekten um zarte Ansätze einer linken Politik, sei es mit Dezentralisierung und Ausbildung von Basispflegern, oder sei es durch eine vorsichtige Politisierung der Landbevölkerung vermittels ihrer unbefriedigten Gesundheitsbedürfnisse. Auf jeden Fall werden sie meistens getragen von einigen wenigen fortschrittlichen Leuten gegen andere, weniger fortschrittliche Leute in den Gesundheitsposten.

Des Rätsels Lösung
„Rätsel sind schön doch Hühner legen Eier"
hieß der Lösungssatz unseres Kreuzworträtsels in den blättern des IZ3W Nr. 91.
Denjenigen, die die afrikanlsche Weisheit nicht verstanden haben, zur Erklärung: Statt „Rätsel" sagen die Afrikaner „Wörter . . . .". Wir gratulieren den 64 Einsendern, die die richtige Lösung gefunden haben. Auf der Redaktionssitzung am 24. 3. 81 haben wir die glücklichen Gewinner ausgelost:

1. Preis:	Ein Besuch beim IZ3W wie beschrieben
	Gerdheiner Maas
2. Preis:	1 Jahresabo der „blätter des IZ3W"
	Thomas Müller, Olfen
3.–10. Preis:	je ein Buch wie beschrieben
	Charles Bailleux, Luxemburg
	August Dettmar, Bovenden
	Monika Schmidt, Papua-Neuguinea (!!!)
	Michael Hever, Osnabrück
	Klaus Cäsar Hartrampf, Mainz
	Martina Schmitt, Berlin 37
	Reinhard Bader, Gießen
	Helene Alfes, München

In einem Famulantenbericht wird z.B. beschrieben, wie zwei peruanische Ärzte sich versuchen, gegen das Krankenpflegepersonal, das die Krankenhauseinrichtung für private finanzielle Ziele mißbraucht, durchzusetzen. Über die Rolle der beiden Famulanten heißt es:
... Gegen solche Zustände haben Irma und Saul den Kampf aufgenommen, wir konnten nicht anders als Partei ergreifen und gemeinsam mit ihnen freuten wir uns über jeden Patienten, der nach stationärer Behandlung ohne zu bezahlen türmte ...
Über die beiden Ärzte heißt es einige Zeilen weiter:
... wobei uns nervte, wie gläubig und dogmatisch sie an den Inhalten ihrer US-Standardwälzer klebten und keine andere Meinung oder abweichende Kenntnisse gelten ließen, die wir besaßen. Entsprechend ihrer Ausbildung betrieben Irma und Saul eine Medizin wie in den Sprechzimmern von Lima oder auch von Berlin unter fast völliger Vernachlässigung der psychologischen und sozialen Aspekte ... (3)
Dieses zweite Zitat findet sich (in ähnlicher Form) in vielen Famulantenberichten. Es zeigt die Konfrontation mit seinen eigenen in die dritte Welt projizierten Vorstellungen von einer fortschrittlichen Medizin. Diese seine Vorstellungen sind geprägt durch die theoretische Beschäftigung mit der BRD-Medizin. Zwar kann ein Famulant auch dort wichtige Denkanstöße geben und seine eigenen Ideen auf eine realistische Grundlage stellen. Gefährlich ist es aber, wenn sich diese Erfahrungen in einem kleinen Projekt vollziehen, wo er, wie das erste Zitat anschaulich zeigt, Partei ergreifen muß. Neutraler Beobachter und „Auszubildender" kann man nur in einem größeren Haus sein. In einem Projekt ist man durch die äußere Rolle (kleiner Doktor) und die eigenen mitgebrachten Vorstellungen sehr schnell gezwungen, Position zu beziehen, zumal es ja insgesamt nur wenige „Bündnispartner" gibt. Dadurch kann sich leicht das Verhältnis der politischen Kräfte verschieben, so daß sich ein trügerisches Übergewicht einstellt. Die Auseinandersetzung wird schärfer, die Polarisierung spitzt sich zu und es kann durchaus sein, daß die Forderungen und Ideen der dort engagierten Gesundheitsarbeiter dabei sozusagen „aus der Dimension" geraten. Angeregt durch den Famulanten, der krasse Ungerechtigkeiten verändert sehen möchte, verlieren sie dabei leicht die Langfristigkeit der politischen Perspektive aus den Augen.
Nach drei Monaten schwingt das Pendel dann evtl. zurück, vielleicht sogar über den ehemaligen Status quo hinaus, getragen von der Revanche der einen und der Resignation der anderen Seite. Dieser Prozeß wird in Famulantenberichten aus naheliegenden Gründen nicht mehr erwähnt. (Er ist übrigens ein ähnlicher Prozeß wie der, der sich 1975 auf dutzenden von portugiesischen Kooperativen abgespielt hat, nachdem die „Helfer" wieder nach Hause gefahren sind.)

In den Spuren der Kolonialherren
Die Tatsache, daß der Famulant nicht wirklich hilft, steht der Gefahr gegenüber, daß er wirksame Selbsthilfe verhindert. Schließlich ist er als Europäer kein unbeschriebenes Blatt, sondern tritt in die Spuren der Kolonialherren, die jahrhundertelang die soziokulturelle Identität der Völker verfolgt und unterdrückt haben. Die Koloniale Ideologie versuchte zu erreichen – und erreichte oft – daß Eigenschaften wie Klugheit, Fleiß und Initiative als Merkmale des „weißen Mannes" erlernt und akzeptiert wurden. Die Auswirkungen dieser Politik sind fast überall in der dritten Welt noch zu spüren, auf dem Land noch deutlicher als in der Stadt. Viele Famulanten erzählen von richtigen „Minderwertigkeitskomplexen" der Bevölkerung: „Wenn wir doch nur so fleißig und zielstrebig wären wie ihr! Wir bringen es ja doch nie zu etwas ..." usw.
Tatsächlich wird hier ein grundsätzliches Problem der internationalen Solidaritätsarbeit deutlich: die sich als solidarisch verstehenden Helfer treten in die Tradition von objektiv vorgegebenen Herrschaftsstrukturen ein. Wieder sind es Ausländer, die Anweisungen geben, Initiative zeigen, den ganzen Tag herumwirbeln, überlegen (?) sind.
Ein Übriges tun die 25 Jahre einer auf individuelles Durchsetzungsvermögen ausgerichteten Sozialisation, die sich unter diesen Voraussetzungen ausbreiten kann. Und mit ihr die westliche Medizin.
Die kleinen Schritte, Initiativen, Rückschläge, Neuanfänge, Erfolgserlebnisse, die letztlich die Stifter von soziokultureller Identität sind, nehmen sich dieser wirbelnden Dynamik gegenüber klein und minderwertig aus, werden zurück-

gestellt, überholt und überflüssig gemacht, von den „besseren" Ideen der sogenannten Entwicklungshelfer (4).
Als Famulant hat man zwar keine Qualifikation, dafür aber diese Rolle des smarten, erfolgreichen Europäers: Was er beherrscht sind die Zauberworte des Gesundheitspostens (gib mir mal die Blutdruckmanschette...). Gute Beziehungen hat er vor allem zu den (anderen...) Ärzten dort. Ein Famulant wird so in den Wochen seines Praktikums sehr viel Zeit für Fragen und Diskussionen beanspruchen, Kapazität, die objektiv anderen dort verloren geht: Dem Krankenpflegepersonal und den Patienten. Oder der Basispflegerausbildung, wenn es sie gibt. Zusammengefaßt heißt das: Einerseits verstärkt der Famulant (in seiner objektiven Funktion) die nachkolonialen Minderwertigkeitsgefühle der Bevölkerung. Andererseits stabilisiert er durch seine kurzfristige Aushilfe eventuell auch das zentralistische, aufgesetzte Versorgungsflickwerk und trägt einen Teil dazu bei, zu verhindern, daß sich eigene, selbstentwickelte Versorgungsmöglichkeiten erhalten (traditionelle Heilverfahren) bzw. neu herausbilden (Basispfleger z.B.).
Was spricht eigentlich gegen eine Famulatur hier?
Es sind viel mehr Gesichtspunkte, die aus verschiedenen Projekten und Erfahrungsberichten zusammengestellt sind. Letztlich sind sie das Ergebnis der Diskussion in der AG „Gesundheit in der 3. Welt" des Gesundheitsladens Berlin und auf dem Gesundheitstag. Nicht umsonst haben wir aber in dieser Broschüre (1) auch Artikel, die sich mit Vorteilen und mit Kriterien für eine möglichst gute Famulatur beschäftigen.
Aber was spricht eigentlich gegen eine Famulatur hier? Auffallend ist doch, daß die gleichen Leute, die sich den armen Patienten der dritten Welt widmen möchten, sich nur schwer für eine Famulatur im Bayerischen Wald entscheiden können, obwohl (auch) dort dringend Hilfe gebraucht würde.

Anmerkungen:

(1) Die angesprochene Broschüre wird im Rahmen der Gesundheitstag-Dokumentation (Band 7) erscheinen
(2) Siehe dazu: Iz3W, Wem nützt der Tourismus?
(3) KEEP LEFT 13, S. 24 f., Berlin 1980
(4) Siehe dazu: die sehr informative Broschüre über personelle Entwicklungshilfe der Amilcar-Cabral-Gesellschaft (Nr. 10 Broschürenreihe).

Abdruck aus „Dr. med. Mabuse", Nov. 1980

„Angepaßte Technologie"

Wimmer KG · Postfach 2060 · D-5190 Stolberg Rhl.

Informationszentrum Dritte Welt
Kronenstr. (Hinterhaus)
Postfach 5328

7800 Freiburg i.Br.



Pharmazeutische Gummiwaren und Kunststoff-Erzeugnisse

STOLBERG, Bischofstraße
den 17.10.80

Ihre Nachricht Ihre Zeichen

Universal-Sauger — Angebot-Nr. 5430

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir wurden von mehreren Institutionen, die im Bereich der Entwicklungs- bzw. Sozialhilfe tätig sind, auf die Konzeptierung eines universell verwendbaren Saugers angesprochen.
Nach mehrmonatiger, intensiver Versuchsarbeit dürfen wir Ihnen heute unseren Universal-Sauger vorstellen, der bei allen im Handel erhältlichen Kronkorkenflaschen, z.B. Coca-Cola-, Bier- und Fruchtsaftflaschen etc. verwendbar ist.
Dieser Sauger dürfte insbesondere im Bereich der Entwicklungshilfe in Drittländern großen Anklang finden und unseres Erachtens allen gestellten Anforderungen gerecht werden.
Da die Anregung zur Entwicklung des Saugers von Institutionen, die in den o.g. Bereichen arbeiten, an uns herangetragen wurde, möchten wir als Gegenleistung Ihnen diesen Sauger zu einem Vorzugspreis offerieren:

a) Art.-Nr. 2048
Qual. 1091 transparent, ungelocht
lose geschüttet
Preis per 1.000 Stück DM 229,– + MWSt.

b) Art.-Nr. 2048
Qual. 1091 transparent, gelocht
lose geschüttet
Preis per 1.000 Stück DM 249,– + MWSt.

Lieferzeit: ca. 4 Wochen nach Auftragseingang; Lieferbedingungen: ab Werk, einschl. Verpackung; Zahlungsbedingungen: 24 Tage 2 % Skonto, 30 Tage netto; Angebotsgültigkeit: bis 31. Dezember 1980

Zur Begutachtung unseres Saugers haben wir Ihnen für Versuchszwecke einige Muster beigelegt. Wir würden uns freuen, über die von Ihnen gewonnenen Ergebnisse und Erfahrungen mit dem Sauger einen kurzen Bescheid zu erhalten.

Sollten die Sauger bei Ihnen Verwendung finden, dürfen wir Ihnen schon heute die sorgfältige Ausführung Ihres Auftrages zusichern.
Selbstverständlich stehen wir Ihnen auch gerne bei Rückfragen unverbindlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
WIMMER GMBH

(i.V. Schmitz) (i.V. Jordans)

Anlage
Mustersauger



REPRESSION IN DER BRD

Hungerstreik für bessere Haftbedingungen

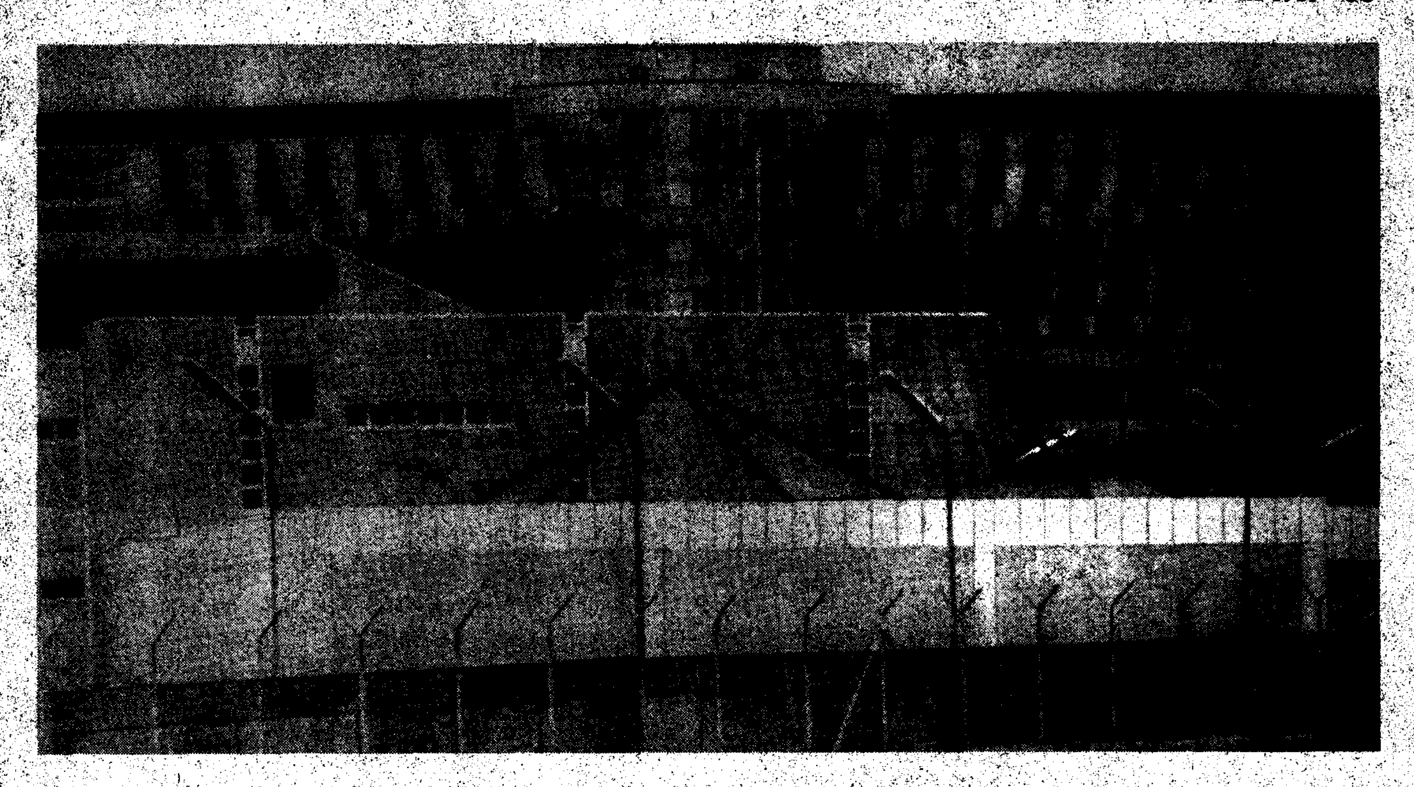
Hungerstreik gegen Isolationshaft

In der BRD werden Gefangene meist aus der RAF oder ähnlichen Gruppen isoliert; die in den siebziger Jahren entstandenen „Hochsicherheitstrakts" sind der bauliche Ausdruck dieser Isolation. Das Leben in der Isolation über Monate oder Jahre hinweg zerbricht Menschen. Der Gewerkschafter und Ökologe Heinz Brandt, der sowohl während des Faschismus in Konzentrationslagern als auch in der DDR in Isolationshaft gefangen war, sagte – so alt ist die Auseinandersetzung über Isolationshaft bereits – am 11. 5. 73: „Ich habe eine solche Nazi-KZ-Haft erlebt, die keine unmittelbare Ausrottungshaft war, sonst könnte ich heute hier nicht sprechen..., aber ich muß aus eigener Erfahrung sagen, die Isolationshaft, die ich durchgemacht habe..., ist schlimmer, gefährlicher, zermürbender und den Menschen in allen Auswirkungen zerstörender, als es für mich und alle meine Genossen und Widerstandskämpfer das KZ gewesen ist..., weil wir eben gesellschaftliche Wesen sind, weil es gegen die Existenzbedingungen des Gattungswesens Mensch verstößt, ihn zu isolieren." (aus einer Resolution auf dem Deutschen Ev. Kirchentag 1973, in Kursbuch 32, S. 183)
Seit Anfang Februar befinden oder befanden sich zahlreiche Gefangene in der BRD und Westberlin im Hungerstreik mit der Forderung nach verbesserten Haftbedingungen, insbesondere nach Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen. Es ist nicht der erste Hungerstreik gegen die Haftbedingungen. Der Hungerstreik von Holger Meins endete 1974 mit dem Tod. Auch jetzt sind Häftlinge in Lebensgefahr. Bemerkenswert und erschreckend ist, mit welcher Geschlossenheit über den Hungerstreik und insbesondere die ihn verursachenden Haftbedingungen in den etablierten Medien geschwiegen wird; es kommt einer Nachrichtensperre gleich. Gegen dieses Schweigen konnte weder eine von der Humanistischen Union organisierte Pressekonferenz mit den Anwälten etwas ausrichten, noch der Appell des Komitees für Grundrechte und Demokratie an die Behörden, unverzüglich Gespräche mit den Gefangenen über die Haftbedingungen aufzunehmen. Auch die Bemühungen von amnesty international sind verschwiegen worden. amnesty hat sich in mehreren Stellungnahmen bei Behörden des Bundes und der Länder gegen Einzelhaft und Kleingruppenisolation ausgesprochen (Amnesty International Report 1980, S. 274 ff) und sich zuletzt am 13. 3. 81 zutiefst betroffen darüber gezeigt, daß trotz gegenteiliger Äußerungen der Behörden Amnesty gegenüber die Haftbedingungen nicht verbessert wurden (die tageszeitung, 20. 3. 81).
Aber nicht nur die etablierten Medien schweigen, auch die Linke schweigt im großen und ganzen. Seit Jahren sind all diejenigen, die die Forderungen der Gefangenen nach verbesserten Haftbedingungen unterstützen, einer umfassenden Kriminalisierung ausgesetzt, die den Protest gegen die Haftbedingungen als „Werben" oder „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung" verfolgt. Erst kürzlich wurden in Stammheim drei Personen mit dieser Begründung verurteilt, die auf einem Transparent für Zusammenlegung von Gefangenen aus der RAF eingetreten sind (stern, 5. 3. 81).
Die Angst vor der Kriminalisierung wirkt. Verantwortlich für das Schweigen der Linken ist auch die Angst, bei Unterstützung der Forderungen nach verbesserten Haftbedingungen mit der RAF und ihren in der Konsequenz menschenverachtenden Aktionen des individuellen Terrors gleichgesetzt zu werden. Diese Gleichsetzung ist von den staatlichen Instanzen systematisch betrieben worden.
Das Schweigen muß überwunden werden. Politische Moral ist nicht teilbar, wir können nicht Menschenrechtsverletzungen – und solches ist die Isolationshaft ohne Zweifel – nicht zur Kenntnis nehmen oder zur Kenntnis nehmend darüber schweigen, wenn es gerade opportun erscheint. Schweigen aus Angst vor der Kriminalisierung ist Ausdruck kurzfristiger Opportunität, nicht längerfristiger politischer Vernunft. Die Massenverhaftungen in Nürnberg, die nicht nur straußsche Gleichsetzung von Instandbesetzern und Terroristen, die Diskussionen über die Beschränkung des Demonstrationsrechts sollten deutlich machen, daß es notwendig ist, die Zustände in den Gefängnissen der BRD aus dem Schattenbereich linker Kritik herauszuziehen.
Wir veröffentlichen im folgenden einen Artikel der „Knastgruppe Freiburg" zum Hungerstreik gegen die Isolationshaft.

Red.

ÜBER 200 GEFANGENE IM HUNGERSTREIK

Am 2. Februar begannen in mehreren Knästen der BRD kollektive Hungerstreiks, die von politischen und sozialen Gefangenen gemeinsam geführt wurden. Die Hauptforderung der ca. 200 Hungerstreikenden richteten sich gegen die Isolationshaft, gegen Hochsicherheitstrakte und Sicherheitstrakteinheiten; gefordert wurden mehr Möglichkeiten, zusammenzukommen. Die sozialen Gefangenen haben den Hungerstreik der politischen Gefangenen solidarisch 14 Tage lang unterstützt. Die Gefangenen aus der RAF kämpfen in Stammheim, Celle, Berlin-Moabit, Lübeck, Düsseldorf, Straubing und in der Schweiz für ihre Zusammenlegung und für die Freilassung von Günter Sonnenberg, der bei seiner Verhaftung durch einen gezielten Kopfschuß schwer verletzt wurde und haftunfähig ist.
Der Kampf der Gefangenen richtet sich hauptsächlich gegen die Isolation und die damit zwangsläufig verbundene Vernichtung der Gefangenen in den Knästen.
Die Hochsicherheitstrakte, in denen derzeit hauptsächlich Gefangene aus der RAF begraben werden sollen, stellen im Moment den schärfsten Angriff des Staates auf das Leben der Gefangenen dar. So wird durch die permanente Isolation und Überwachung ein Zustand erreicht – sensorische Deprivation – der die Sinnesorgane lahmlegt und zur Desorientierung der Gefangenen führt.
Mit der Erforschung der sensorischen Deprivation und den Hochsicherheitstrakten begann 1965 in den USA der CIA. „Es fanden und finden Versuche des CIA statt, den menschlichen Verstand zu kontrollieren. Es sollten Methoden entwickelt werden, mit deren Hilfe man Informationen von einem Menschen gegen dessen Willen und ohne dessen Erinnerung erhalten kann." (FR vom 5.8.1977)
Solche Versuche wurden ab 1971 auch an der psychiatri-



schen und neurologischen Klinik in Hamburg-Eppendorf unter Leitung von Prof. Dr. med. Groß durchgeführt. Groß und seine Leute erbauten sich eine „camera silens", einen schwingungsfrei aufgehängten und absolut isolierten Raum und begannen die Vernichtungsforschung mit dem Ziel, Methoden zu entwickeln, um Einzelpersonen oder eine Gruppe umerziehen zu können, um Schuldgeständnisse herauszubekommen und an verschwiegene Tatsachen zu gelangen. Das Mittel dazu war die Erreichung der Sensorischen Deprivation. Sensorische Deprivation bedeutet eine drastische (totale) Einschränkung der sinnlichen Wahrnehmung, also Isolation von der Umwelt, durch Aushungerung der Seh-, Hör-, Riech-, Geschmacks- und Tastorgane.

Doch zur Erreichung der Sensorischen Deprivation, also zur Vernichtung der Gefangenen, braucht man keine „camera silens", keinen dunklen Raum. Eine Situation wie die, in der sich die Frauen z.B. im Lübecker Hochsicherheitstrakt befinden, reicht voll aus.

Wir sind von jedem irgendwie normalen Tagesrhythmus und den damit verbundenen Geräuschen abgeschnitten. Ebenso wie wir keine andern Gefangenen sehen oder hören können, wissen andere Gefangene nicht, ob und daß wir im Trakt sind. Es gibt keinen Ablauf/Bewegung, die man verfolgen kann. Die zeitliche Orientierung läuft über den Tag-Nacht-Unterschied und dem von den Bullen bestimmten Zeitplan."

„Im Trakt – und das ist das wesentliche, wogegen wir hier kämpfen – gibt es keine Bewegung, z.B. sehen wir aus dem Fenster auf'ne weißgekalkte Mauer in 'ner Umgebung, die sich nicht verändert – in der also nie andere Gefangene Hofgang machen, sich bewegen, rufen usw. .. d.h. die Anhaltspunkte, die 'gestern' von 'vorgestern' unterscheiden, gibt es hier nicht."

„Die durch die Architektur des Traktes bedingte Akustik hat ne desorientierende Wirkung: man kann entweder nicht sagen woher ein Geräusch kommt oder man hört es seitenverkehrt: z.B. wenn einer von uns an die Wand klopft, weiß man nicht, ob links oder rechts. Manche Geräusche aus meiner Zelle höre ich, als kämen sie von draußen.

Es gibt keinen Geräuschhintergrund, was ne permanente Anspannung schafft. Durch die Stille nehmen wir jedes Geräusch wahr und registrieren es. Die Geräusche, die es gibt, d.h., die wir selber machen, sind unnatürlich und hart und sie machen die Stille nicht erträglicher."

„Über der Tür hinter Panzerglas ist eine Fernsehkamera eingelassen, die den Raum zum Fenster hin kontrolliert. ... Zwischen der Fensterklappe und der Panzerglasscheibe ist eine zweite Fernsehkamera montiert, die die Zelle in Richtung Tür übersieht. Kein toter Winkel, keine Ecke des Raumes, die nicht teleoptisch überwacht wird. Klosett und Waschgelegenheit befinden sich quasi auf offener Bühne vor einem anonymen Publikum. Das ist schlimmer als 1984. Die totale Television auf dem Scheißhaus war dem Orwell noch nicht eingefallen."

(Aus den Berichten der gefangenen Frauen aus Lübeck und einem Gefangenen aus Berlin).

Dazu Prof. Groß: „Die Bedingungen für die sensorische Deprivation werden nicht durch die Tatsache der Dunkelheit erreicht, sondern durch die Tatsache der absoluten Unveränderlichkeit und Kontinuität der sinnlichen Wahrnehmung bestimmt. Eine total weiß gekalkte Zelle, weiße Möbel und ein mit einem Fliegengitter verhängtes Fenster, haben, insbesondere, wenn sie monatelang die visuelle Wahrneh nung bestimmen, die gleiche Funktion".

„Zusammenfassend kann gesagt werden, daß sensorische Deprivation wohl das zur Zeit geeignetste Mittel zur Zerstörung spezifisch menschlicher Vitalsubstanz ist. Sensorische Deprivation ist zugleich die menschlichste und unmenschlichste Methode der verzögerten Auslöschung von Leben. *Über Monate und Jahre angewandt ist sie der prichwörtliche 'perfekte Mord'"*. (Der holländische Psychiater Sjef Teuns).

ENTWEDER IHR WERDET WIE MAHLER – ODER IHR KOMMT UM WIE MEINS!

Das ist die Alternative, vor die der Staatsschutz die Gefangenen stellt. Abschwören und die politische Identität aufgeben oder im Trakt verrecken, denn „sobald sich jemand lossagt vom Terrorismus, wird er sofort in den Normal-

vollzug verlegt." (Berlins Justizsenator Meyer)
Da es einen Normalvollzug für politische Gefangene aber nicht gibt, wie auch das Beispiel Lutz Taufer zeigte, der nur mit zwei Faschisten zusammen fernsehen und tischtennis-spielen „durfte", haben die politischen Gefangenen folgende überlebensnotwendige Forderungen aufgestellt, die in einer Hungerstreikerklärung der RAF wiedergegeben sind:
„Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen; das bedeutet:
– Zusammenlegung dieser Gefangenen unter Bedingungen – die Internaktion möglich machen, was die lückenlose elektronische, d.h. akustische und optische Erfassung der Kommunikation und schall-, licht- und luftkonditionierten Isolationseinheiten ausschließt –, die von der Internationalen Kommission zum Schutz der Gefangenen gegen Isolation in Westeuropa kontrolliert werden."

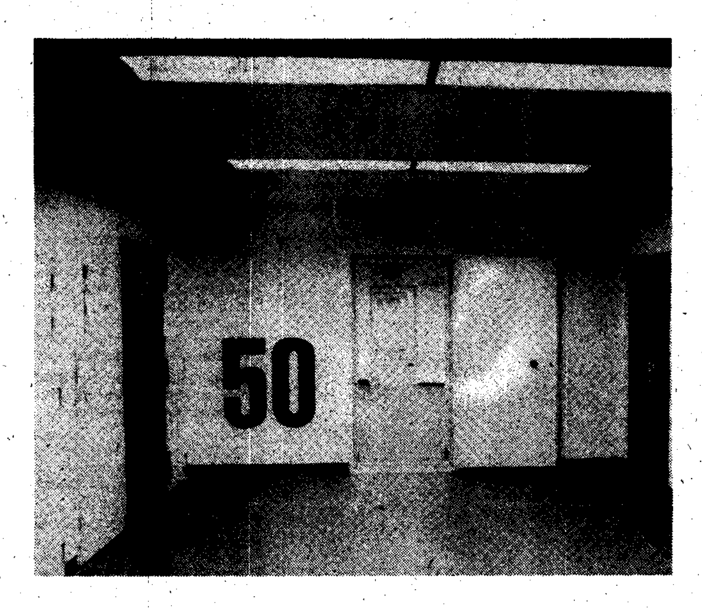
Zur Erzwingung dieser Forderungen sind die Gefangenen in den Hungerstreik gegangen, der für sie das letzte Kampfmittel ist um überhaupt auch nur Überlebenschancen zu bekommen.
Von Seiten des Staates und Staatsschutzes wird natürlich alles unternommen, um diesen Widerstand zu brechen. Das äußerste Mittel zu dem der Staatt greift, um den Hungerstreik zu beenden – wenn er die Gefangenen nicht lieber umkommen lassen will – ist das Mittel der Zwangsernährung.
In einem offenen Brief in der taz vom 13.3. fordern 80 holländische Ärzte ihre deutschen Kollegen auf, keine Zwangsernährung vorzunehmen:

„Wir sind der Meinung, daß Zwangsernährung von Gefangenen nicht erlaubt ist. Wir betrachten dies nicht als eine medizinische Handlung, sondern nur als Mittel, den Widerstand von Menschen zu brechen. In diesem Zusammenhang muß Zwangsernährung dann auch vielmehr als Folter betrachtet werden, statt als medizinischer Eingriff im Interesse des Gefangenen. Wir fordern sie auf, das Recht eines jeden Menschen, medizinische und paramedizinische Behandlung zu verweigern, zu respektieren." ... „Im übrigen weisen wir noch darauf hin, daß es sich bei den Gefangenen nicht um einen Selbsttötungsversuch durch Ernährungsverweigerung handelt. Ganz im Gegenteil sogar. Die politischen Gefangenen wollen (über-)leben. Gerade deshalb kämpfen sie für eine Besserung der Haftsituation und Aufhebung der systematischen Isolation, der sie von Anfang an ausgesetzt waren. Anfangs wurde gekämpft für die Gleichberechtigung mit den übrigen Gefangenen und Integration in den Normalvollzug.
Nachdem aber die Behörden wiederholt als Antwort auf mehrere kollektive Hungerstreiks erklärt hatten, daß sie die Isolation als notwendig und gerechtfertigt ansehen, kämpfen diese Gefangenen seit 1975 für die Zusammenlegung in Gruppen von 10 – 15 politischen Gefangenen.
Diese Forderung entspricht den Empfehlungen, die von unabhängigen, von deutschen Richtern ernannten medizinischen Gutachtern aufgestellt wurden.
Auf Grund der oben dargelegten Überlegungen, fordern wir, ärzte, die diesen Brief unterschrieben haben, Sie noch einmal dringend dazu auf, die Durchführung von Zwangsernährung an Gefangenen zu verweigern."
Christine Kuby schrieb während des letzten Hungerstreiks, Anfang 1980: „Zwangsernährung bedeutet immer Lebensgefahr, aber Zwangsernährung hier im Toten Trakt, ohne die medizinische Ausrüstung/Personal/Ausbildung etc...: ist akute Lebensgefahr für die Gefangenen – läuft nur aufs killen raus. Der Tote Trakt als Endlösung." (29.1.1980)

KRIMINALISIERUNG VON UNTERSTÜTZERN

Um jede Unterstützung für den Hungerstreik zu verhindern, geht die Bundesregierung diesmal auch hart gegen jede Form von Unterstützung für die Hungerstreikenden vor.
Wer es bisher gewagt hat, im Zusammenhang mit diesem Hungerstreik und den Haftbedingungen dieser Gefangenen an die Öffentlichkeit zu treten muß damit rechnen, festgenommen zu werden wegen einer kriminellen Handlung nach § 129a, d.h. „Mitgliedschaft bzw. Unterstützung einer kriminellen Vereinigung."
Folgende Beispiele zeigen dies deutlich:

- Im Februar wurden zwei Flugblattverteiler aus Karlsruhe verhaftet, weil in den Flugblättern die Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF als Folter angeprangert wurden und zur Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik aufgerufen wurde. Begründung: wieder § 129 a. Die beiden Gefangenen haben sich inzwischen dem Hungerstreik angeschlossen.
- In Kaiserslautern wurden im Februar drei Leute festgenommen, die sich ebenfalls für bessere Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF eingesetzt hatten. Ihnen wurden Dinge (wie Parolensprühen) vorgeworfen, die allesamt in den Zeitraum 1978/79 zurückgehen.
- Gleich nach Beginn des Hungerstreiks kündigte Generalbundesanwalt Rebmann an, daß gegen die Hersteller und Verbreiter von Hungerstreikerklärungen Ermittlungsverfahren wegen Verstoß gegen § 129 a eingeleitet würden.
- Am 25. und 26. Februar wurden in den Zellen der hungerstreikenden Gefangenen Razzien durchgeführt, wobei auch Verteidigerpost, die nur vom Richter eingesehen werden darf, geöffnet und beschlagnahmt wurde.
- Gleichzeitig wurden bei Rechtsanwälten in Frankfurt und Berlin Hausdurchsuchungen durchgeführt. Gegen die Anwälte wurden Ermittlungsverfahren wegen § 129a eingeleitet mit der Begründung, der Hungerstreik werde von außen gesteuert.
- Am 7. März war eine Demonstration in Frankfurt geplant, die auf die Haftbedingungen und den Hungerstreik aufmerksam machen sollte. Die Demonstration wurde verboten und jedes Zustandekommen von vornherein verhindert. Es wurden mehr als 70 Leute verhaftet, von denen noch 2 wegen § 129 a in Haft sitzen.



Hochsicherheitstrakt in der Haftanstalt Berlin-Moabit

AKTUELLE SITUATION

Auch nach sechs Wochen Hungerstreik von den Gefangenen haben die Behörden bisher keinerlei Reaktion auf die Forderungen der Gefangenen gezeigt. Wie in allen vorangegangenen Hungerstreiks lassen sich die Behörden Zeit. Sie waren ab. Hoffen auf Abbruch des Hungerstreiks.
Die Gefangenen werden zum Teil von jeglichem Kontakt inner- und außerhalb der Anstalt abgeschottet (Besuchsverbot), bzw. den Gefangenen werden auf richterliche Anordnung Kaffee, Tee und Tabak entzogen. Während in Westdeutschland, nach Angaben der Angehörigen, der Gesundheitszustand der Gefangenen noch nicht dramatisch ist, verschlechtert sich der Zustand der Gefangenen in Berlin zunehmend. Andreas Vogel ist zum Skelett abgemagert und kann sich nur noch im Rollstuhl fortbewegen. Bei Gudrun Stürmer ist nach Angaben ihres Anwalts ein Nierenversagen zu befürchten, da sie nicht mehr in der Lage ist, Flüssigkeit zu sich zu nehmen.
Die Zuspitzung gerade in Berlin ist nicht zufällig, sondern Ausdruck der Bedingungen im dortigen Hochsicherheitstrakt. Inzwischen werden Angelika Speitel, Hanna Krabbe, Stefan Wisniewski und Gerd Schneider bereits zwangsernährt.

SOLIDARITÄT MIT DEN GEFANGENEN

Gerade im Augenblick ist eine Solidarität mit den Hungerstreikenden nötiger denn je und wichtiger denn je. Es gibt viele Möglichkeiten, den Hungerstreik zu unterstützen.
So haben z.B. am 13. 3. Angehörige von politischen Gefangenen in der BRD in der UNO bei der Internationalen Kommission für Menschenrechte demonstriert und auf die Haftbedingungen aufmerksam gemacht. Der Direktor dieser Kommission, Theo van Boven, hat mit den Angehörigen ein informatives Gespräch geführt und sich bereit erklärt, bei der Bundesregierung zu intervenieren wegen der lebensbedrohlichen Situation von Gefangenen, besonders bei Gudrun Stürmer, Gabriele Rollnick und Andreas Vogel im Hochsicherheitstrakt in Westberlin.
Eine Möglichkeit, die Gefangenen zu unterstützen, wäre es z.B. ein aufmunterndes Telegramm an Theo van Boven zu senden. (Anschrift: Theo van Boven, Direktor der UNO-Menschenrechtskommission, Genf, Schweiz)
Andere Möglichkeiten können darin bestehen, den Gefangenen zu schreiben, Informationen über ihre Lage weiterzugeben, Flugblätter herzustellen etc. . . etc. . .
Jeder, der um Selbstbestimmung in seinen Lebensräumen kämpft, muß von daher erst recht den Kampf von Menschen unterstützen, denen nicht einmal die lebensnotwendigen Bedürfnisse erfüllt werden. Der augenblickliche Hungerstreik ist das einzige Ausdrucksmittel der Gefangenen gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen und muß daher breit von allen demokratischen Menschen unterstützt werden!!!

- UNTERSTÜTZT DEN HUNGERSTREIK DER GEFANGENEN!
- ANWENDUNG DER MINDESTGARANTIEN DER GENFER KONVENTION AUF DIE GEFANGENEN!
- ZUSAMMENLEGUNG IN INTERAKTIONSFÄHIGE GRUPPEN!
- FREILASSUNG VON GÜNTER SONNENBERG!

NICHTS IST TÖDLICHER ALS SCHWEIGEN

Knastgruppe Freiburg

FREIBURGER FRÜHLING

Chronologie

Freiburg, Dienstag, 3. März
In der Innenstadt wird ein Haus besetzt. Das ist ein frustiges Unternehmen, denn der Eigentümer hat das Haus unbewohnbar gemacht. Er hat Türen und Fenster zum Teil zumauern, die Treppe herausreißen und die Kamine zerschlagen lassen.

Freiburg, Mittwoch 4. März
Damit es auch niemandem einfiele, in dieser 'quasi-Ruine' zu wohnen, werden die ca. 30 Besetzer von 300 Polizisten und SEK-lern aus dem Haus getrieben. Die Wohnraumzerstörung ohne Zweckentfremdungs- und Abrißgenehmigung wird durch die staatliche Macht perfektioniert und legalisiert.
Am Abend treffen sich mehrere 100 Leute auf einem Plenum im Kulturzentrum des Schwarzwaldhof, der seit Freitag, dem 13.6.1980 besetzt ist. Die Stimmung ist explosiv. Ein Teil der Leute will seine Wut im Bauch nicht bis zur Demo an einem der nächsten Tage aufstauen. Er zieht in die Stadt. Steine fliegen gegen die Fenster von Banken und Kaufhäusern – 300 000,– DM Sachschaden. –
Eine Stunde nach der Aktion in der Innenstadt, in der sich kein „Ordnungshüter" hat blicken lassen, wird der Schwarzwaldhof von ein paar Hundertschaften Polizei umstellt. Ab ca. 1.00 Uhr sind die Polizeiketten dicht, es kommt nieman mehr herein und niemand mehr hinaus.



Freiburg, Donnerstag 5. März
Um 10.00 Uhr erfolgt die Verhaftung der 71 Bewohner und Besucher des Schwarzwaldhofs, einschließlich fünf Alt-Mieter durch das Sondereinsatzkommando (SEK). Zusätzlich werden 20 Leute verhaftet, die an den Absperrungen stehen, als die Leute abgeführt werden. Nach erkennungsdienstlicher Behandlung werden alle bis auf zwei erst am Abend wieder freigelassen.
Eine Demonstration mit etwa 2000 Teilnehmern zieht am Nachmittag vor ein Freiburger Polizeirevier, in dem sich ein Teil der festgenommenen Schwarzwaldhofbewohner befindet. In Sprechchören wird ihre sofortige Freilassung gefordert.

Als der Zug sich gerade wieder in Bewegung setzen will, werden massiv Wasserwerfer eingesetzt. Am Tag danach heißt es in der Presse, die Demonstranten hätten das Polizeirevier stürmen wollen.

Freiburg, Freitag 6. März
Eine Demonstration von ca. 4000 wird am Abend durch Polizeiknüppel beendet. Augenscheinlicher Anlaß des Knüppeleinsatzes sind einige Steinwürfe in die Fensterscheiben des Landgerichts, denen provokatives Polizeiverhalten vorausgegangen ist. Es gibt viele, zum Teil schwer Verletzte. Selbst kennbar gemachte Sanitäter bekommen den Knüppel massiv zu spüren. 30 Leute werden verhaftet. Am späten Abend besetzt die Polizei zusätzlich zum Schwarzwaldhof ein ganzes Viertel, in dem sich das alternative „Lager", der politische Buchladen „Jos Fritz", die linke Szcene-Kneipe „der Geier" und verschiedene WG's befinden. Die Razzia mit ca. 500 Polizisten gilt der Kneipe. 140 Leute werden zum Teil hinausgezerrt und fotographiert. Erst um 3.00 Uhr ziehen sich die Polizisten wieder zurück.

Freiburg, Samstag 7. März
Am Vormittag findet eine Kundgebung in der Innenstadt statt, anschließend ziehen mehrere 1000 zum Freiburger Knast, um die noch immer Inhaftierten zu grüßen. Am Nachmittag versammeln sich 1000 – 2000 auf einem Großplenum im Freien.

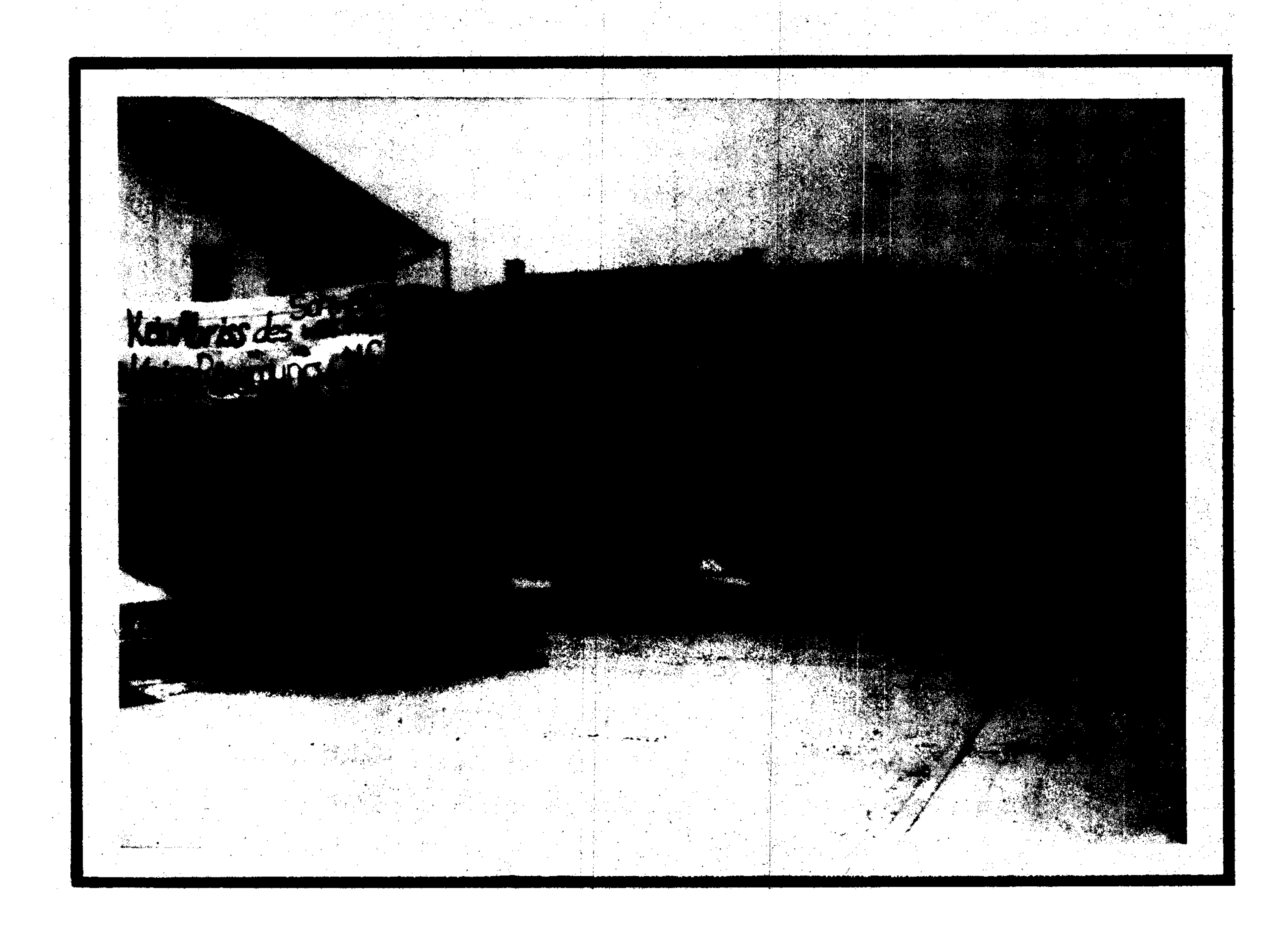
Freiburg, Sonntag 8. März
Ein friedliches Straßenfest wird brutal zusammengeknüppelt. Es gibt etliche Verletzte und 50 Verhaftungen. Seit 3 Tagen beherrschen mindestens 2000 Polizisten die Stadt, die alles, was sich regt, zusammen zu knüppeln drohen. An jeder Ecke stehen Polizeitrupps. Unsicherheit, Angst, Panik ergreift die Leute – Freiburg ist im Ausnahmezustand.

Freiburg, Dienstag 10. März
Eine Großdemonstration ist angekündigt – gibt es überhaupt noch jemanden, der sich auf eine Demo wagt?
Sie haben uns nicht kleingeknüppelt! Über 10 000 bilden den Demonstrationszug.

Freiburg, Freitag 13. März
Es werden immer mehr und nicht nur in Freiburg! Hier allerdings sind's 21 000, die an dem von einem Polizistenheer befestigten und von Panzerwagen gesicherten Schwarzwaldhof vorbeiziehen.

Letzte Meldung:
Freiburg, Dienstag, 24. März

Der Schwarzwaldhof ist noch immer von der Polizei besetzt. Einer der früheren Bewohner – Schorsch – sitzt noch im Knast. Die härteste Beschuldigung gegen ihn lautet auf Rädelsführerschaft bei einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB). Schorsch wird in der U-Haft von fast jedem Kontakt zur Außenwelt abgeschirmt.



Kundgebungsbeitrag eines Bewohners

Heute wäre der Schwarzwaldhof genau 9 Monate besetzt.

Die letzten vier Tage habe ich damit zugebracht 9 Monate meines Lebens aufzulösen. Ich habe mein Haus ausgeräumt. Die Erfahrung der totalen Entmündigung, jede Socke und jeden Fetzen Papier registriert zu bekommem, haben meine Wut und meine Trauer zu einem Punkt gebracht, den ich noch nie erreicht hatte.

Ich habe ein Gebiet verlassen müssen, daß 9 Monate mit **unserem** *Leben erfüllt war, daß jetzt von Bullen besetzt ist, die mit ihrer Ignoranz und Ordnungssucht auf all dem herumtrampeln, was wir aufgebaut haben.*

Ich habe nicht wochenlang das Budozentrum hergerichtet, damit die Bullen es jetzt als Schlafraum benutzen. Ich habe nicht Raum zum Leben besetzt, um jetzt zuzuschauen, wie dieser Raum systematisch zerstört wird. Ich habe nicht getanzt, gelacht, geheult und geredet, um jetzt wieder vor Absperrgittern und Natodraht zu stehen.

Ich habe das alles und mehr getan, weil ich eine Art zu Leben suche, die es in dieser Stadt nicht geben darf, weil sie für vieles gefährlich ist.

Ich habe 9 Monate so intensiv wie noch nie zuvor gelebt. Nicht immer gut, nie ruhig. Diese Art Leben ist chaotisch. Sie schwankt zwischen Extremen, zwischen Höhenflügen und Tiefpunkten. Ein Leben mit verschiedenen Leuten, mit Auseinandersetziungen, die oft schwierig waren. Ich habe viel gelernt, viele Anstöße bekommen und mich verändert. Auch über eine Erfahrung von Solidarität, wie ich sie vorher nicht gekannt hatte. Denn bei allen Problemen gab es über das Leben in einem besetzten Gebiet ein gemeinsames Grundverständnis.

Ich habe verloren, einfach über die Straße gehen zu können und Leute zu treffen, die ich mag. Ich habe die Hinterhöfe verloren, wo wir im Sommer essen konnten. Ich lebe nicht mehr mit 80 Leuten zusammen, das Mocambo ist leergeräumt, das Cräsch ist geschlossen. Im - Budo schnarchen die Bullen. In der Villa haben sie Natodraht durch Gemeinschaftsraum und Eßzimmer gezogen. In der Kindergruppe tagt die Einsatzleitung.

Jetzt habe ich Haß, Wut und Trauer in mir. Vielleicht bin ich nicht so belastbar wie die ältere Generation, wie es Psychologen so gern interpretieren, aber ich frage jeden, was er wohl für Gefühle hätte, wenn ihm sein Leben so massiv zerstört würde. Ich habe meine Sachen in zwei Garagen abgestellt, ich lebe aus dem Rucksack, schlafe bei Freunden. So wie mir geht es den anderen von uns auch. Wir treffen uns abends zum Essen, und diese Treffs sind wichtig für mich, einfach weil ich die Leute sehen will, mit denen ich so lange gelebt habe. Sie sind Ruhepunkte in der Hektik dieser Tage, Versuche uns zusammen gegen die Zerstörung zu wehren.

Jeder von uns braucht diese Punkte. Wir sind versprengt über die Stadt, Wohnzusammenhänge sind zerstört. Ich brauche diese Ansätze von Zusammengehörigkeit zum Weitermachen.

Mein Haß und meine Wut verhindern die Resignation.

Was in diesen Tagen passiert ist, ist, daß ich härter geworden bin. Härter gegen den Bullenterror und gegen unsere sogenannten Freunde im Stadtrat. Daß ich radikaler geworden bin, was die Art des Kampfes betrifft. Daß ich mich über die vielen Leute freue, die mir das Gefühl der Solidarität wiedergeben. Daß ich mein Haus lieber selbst zerstöre, als es den Bullen zur Vernichtung zu lassen. Daß meine Entschlossenheit weiterzumachen, weiterzubesetzen größer geworden ist denn je, denn ich habe 9 Monate lang gelebt wie ich es wollte und ich will weiter so leben.

Daß sie uns zerschlagen wollen ist klar, daß es ihnen nicht gelingen wird, ist auch klar. *chris*

»Angst«

Sie begegnet uns überall. Die Angst.
Warum Angst haben? Wovor Angst haben? Vor der Macht z. B. Sie ist zugegen bei Prüfungen, in der Schule oder an der Universität. Oder beim Bulleneinsatz, in Brokdorf oder Freiburg oder Nürnberg oder... Sie steht hinter Kündigungen und Atomkraftwerken.
Oder Angst vor Unfällen, Katastrophen. Auf der Straße oder beim Bergsteigen und Klettern. Bei der Arbeit oder durch ein Erdbeben. Im Krieg.
Angst vor der Angst. Angst erzeugt Angst, verstärkt sie, kann sie übermächtig machen. Angst aus Unkenntnis, aus falscher Einschätzung.
Wir müssen unsere Ängste verringern, überwinden! Nicht die vor der heißen Herdplatte. Da ist Vorsicht angebracht. Wir müssen unseren Verstand einsetzen. Kenntnis, Einschätzung, klare Ziele. Nicht panikartig fliehen. Unser Verhalten beeinflussen, ändern, der Situation anpassen. Dann ist auch die Angst, die begründet ist, nicht mehr so groß! Es funktioniert!



Gabi Meier
[illegible]otzstr. 41
78 Freiburg

Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Fragen an meine Mitbürger

Da läßt ein Mensch, der sich nur fürs Geld interessiert, ein gutes Wohnhaus leerstehen und verkommen, während in der Stadt Tausende nach einer Wohnung suchen.
Das läßt euch kalt.
Dann ziehen über Nacht ein paar Leute ein und beginnen das Haus zu renovieren und sagen: Wir wollen Mietverträge, denn der Besitzer hat kein Recht, Wohnraum zu vernichten.
Ihr zuckt die Achseln und schließt abends Eure Haustüre zweimal ab.
Dann kommen in der Frühe schwer bewaffnete Polizisten und schmeißen die Leute raus, drängen sie an Spanische Reiter und knüppeln mit schweren Holzprügeln auf die Unbewaffneten ein.
Der Besitzer läßt die Fenster zumauern.
Ihr trinkt ein Bier und sagt: In dieser Stadt läßt sich leben, hier herrscht Ordnung.
In der folgenden Nacht schlagen Leute, die das alles nicht kalt gelassen hat, die das nicht in Ordnung finden, die von den Knüppeln getroffen waren, in ihrer Wut Schaufenster von Banken und Kaufhäusern ein.
Und urplötzlich seid Ihr da, hellwach, sehr laut, sehr verantwortungsbewußt und schreit: Das ist Terror! Das ist Verbrechen! Putz das Gesindel weg!
Ich frage Euch, warum seid Ihr so wählerisch, wenn Ihr aufschreit? Das Klirren von Schaufensterscheiben zerreißt Euch das Trommelfell, aber wenn vierstöckige Wohnhäuser zusammenkrachen, dann seid Ihr taub.
In Freiburg in der Hummelstraße 6 stand noch bis Ostern 1973 ein Doppelhaus mit 35 großen Zimmern, das der Besitzer verfallen lassen wollte. Das Haus wurde instandgesetzt, im Keller war ein Jugendzentrum, im ersten Stock ein Frauentauschladen. Das Haus war Anlaufstelle für viele, die sich in dieser abweisenden Touristenstadt nicht zurechtfanden. Das Haus wurde abgerissen. Heute herrscht dort wieder die Rechtsordnung, der Hausfrieden und der Landfrieden. Genauer gesagt: Dort ist jetzt ein Parkplatz für genau sieben Autos, die sonst obdachlos geworden wären. Es herrscht wieder Friede, weil die Menschen weg sind.
Hinter den Schaufensterscheiben wohnen keine Menschen, sondern Schaufensterpuppen. Aber in der Hummelstr. 6 haben Menschen gewohnt, genauso wie in der Freiau, in der Belfortstraße, der Faulerstr., am Dreisameck und im Schwarzwaldhof.

Ihr seid einverstanden mit jeder Gewalt, wenn es darum geht, die Menschen aus diesen Häusern zu vertreiben und die Häuser zu vernichten. Ich sehe also, es geht Euch garnicht um Gewalt, es geht Euch um die Menschen; Ihr wollt nur Eines, nämlich, daß sie verschwinden.
Ihr wißt, daß es Wohnungsnot gibt und Arbeitslosigkeit und Kindesmißhandlungen und eine Selbstmordrate und Umweltzerstörung und Aufrüstung, aber das sind alles nur Wörter. Jedes Elend läßt Euch kalt, solange es sich verkriecht oder weggekehrt wird in die Mülltonnen der Gefängnisse und psychiatrischen Anstalten. Die Herointoten in der Frühstückszeitung beunruhigen Euch nicht. Eure eigene Angst beunruhigt Euch nicht, solange das Fernsehen da ist zur Ablenkung.
Aber wehe, wenn sich nur ein bißchen von diesem Elend und dieser Wut aus der Zerstreuung sammelt und öffentlich zeigt. Und wenn dann Einige zum Widerstand aufrufen. Dann seid Ihr zutiefst erschrocken. Wohlgemerkt: Nicht das Elend erschreckt Euch, sondern die Tatsache, daß es vorgezeigt wird. Nicht, daß Leute verkommen und verrecken erschreckt Euch, sondern daß sie leben wollen und sich wehren. Dann wollt Ihr sie ausräuchern lassen aus ihren Löchern im Dreisameck oder im Schwarzwaldhof; dann klatscht Ihr Beifall, wenn sie blutig geprügelt werden; dann fiebert Ihr wie Fußballfans, wenn die Jagdhunde des Sondereinsatzkommandos in die Menge stürmen, um einzelne Menschen zu fangen. Ihr seid haßerfüllter und gewalttätiger als jeder Demonstrant, der einen Stein schmeißt.
Manche von Euch sind AKW-Gegner und halten sich für besonders schlau, wenn sie mit Abscheu auf Hausbesetzer zeigen. Habt Ihr denn nicht gehört, was der Ministerpräsident erklärt hat: Ich dulde keine Hausbesetzungen und keine Platzbesetzungen! Die lokalen Gremien sind entmachtet, Stuttgart hat das Kommando; die Stadt ist besetzt; Razzien wo Widerstand vermutet wird; Straßenpatrouillen, wie in Nordirland; eine gleichgeschaltete Presse; überall Angst.
Wenn Du telephonierst, redest Du vorsichtig, es könnte jemand mithören; wenn Du aus dem Haus gehst, nimmst Du den Ausweis mit; nur nicht auffallen, Du wärst denen ja ausgeliefert...
Lothar Späth rächt sich in Freiburg für seine riesigen Verluste bei der Landtagswahl und für die Halsstarrigkeit der Freiburger in Sachen Wyhl und Fessenheim. In einem halben Jahr vielleicht kommt er dann wieder an den Kaiserstuhl.

SPENDENKONTO FÜR PROZESSE ETC.:
M. L. VANOLI; Konto-Nr. 5 711 703, Volksbank Freiburg

Auszug aus der Sondersendung von
RADIO GRÜNES FESSENHEIM – Antenne Freiburg Kaiserstuhl (gesendet am 10.3.1981)